Antifaschistisches INFO BLATT 23

Sommer 1993 4,- DM

Solingen: Einzeltäter?

Behinderte unterm Hakenkreuz

Die DESG und die DENKFABRIK

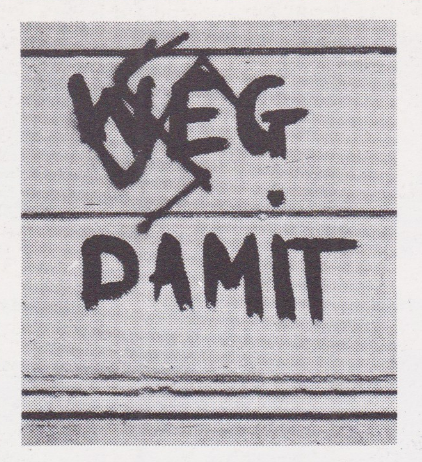
DIE BÜRGER

Die alte NEUE FRONT

Die historische Antifaschistische Aktion

C18 Anti-Antifa-Netz aufgedeckt





Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 23, Sommer 1993
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aus dem Inhalt

An alle Leute, die uns Geld aufs Konto überweisen:

Schreibt doch bitte deutlich, von wem und für was dieses Geld ist. Wir haben keine Lust mehr, bei jedem Kontoauszug erstmal Rätselraten zu spielen, dann drei Briefe loszuschicken um nachzufragen, ob das Geld eventuell von der oder der Person sein könnte. Wenn Ihr bereits Mahnungen bekommen habt, aber der Meinung seid, daß Ihr diese schon bezahlt habt, dann meldet Euch bei uns und klärt das bitte und schmeißt die Mahnungen nicht einfach in den Papierkorb. Wie schon in der letzten Ausgabe erwähnt gibt es immer noch bzw. schon wieder jede Menge Beträge, die wir nicht zuordnen können, da die/der Absender/in des Geldes nicht mit der/m Empfänger/in der Zeitung übereinstimmt. Infoläden müssen als Infoladen xyz überweisen und nicht als Meier oder Schulze, alles klar???

Die neuen Postleitzahlen:

Weiter geht es mit den neuen Postleitzahlen: Sollte auf dem Briefumschlag noch Eure alte PLZ stehen, dann schickt uns doch bitte Eure neue. Wir können es nicht leisten, die Postleitzahlen eigenständig umzustellen, das ist einfach zu viel Arbeit für uns.

Die genervte Abo- und Finanzverwaltung

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik vollzieht sich inzwischen in solcher Rasanz, daß wir einfach nicht mehr hinterherkommen. Die Änderung des Grundgesetzartikels 16 und die direkte Antwort: die Morde von Solingen; die Entscheidung um den §218; die rigorosen Kürzungen des Sozialhaushltes, die viele Menschen schon jetzt in ihrer Existenz bedrohen – wir können schlicht und einfach nicht angemessen über alle Themen berichten. Wir ersticken in Material und hinken gleichzeitig der Aktualität hinterher.

Deswegen möchten wir auf andere Zeitungen aufmerksam machen, die sich mit bestimmten Themen intensiver auseinandersetzen (können), als es der Rahmen des Antifa-Infos zuläßt. Ihr findet in der Zeitung dazu mehrere Hinweise. Mit dem Schwerpunkt »Rassismus und Medien« und vielen Sachen zu Roma und Cinti ist z.B. das ZAG Nr. 7 erschienen (Anz. S.46), über die Vorgänge in Solingen wird die nächste Nummer des NRW-Infos genauer berichten (s.S.10)...

Eure Info-Redaktion

Berichtigung:

Auf dem Bild S.17 Info Nr.22 ist links Ivonne Baier (sie hat gute Kontakte zur NF (Pivitsheide!), tritt z.Zt. wg. eines laufenden Prozesses etwas kürzer) zu sehen. Die mittlere Frau ist nicht Katrin Baier und mittlerweile nicht mehr bei den Faschos aktiv!

Was tut ein Layouter, wenn ihm zum wiederholten Mal die dankbare Aufgabe übertragen worden ist, aus 60 Seiten 50 zu machen? Er setzt alles etwas kleiner, in etwa so:
Der Nachteil war dann nur, daß die gesamte Zeitung auf 4 Seiten paßte und wir können ja unseren werten KäuferInnen nicht 4,- DM für 4 Seiten abnehmen. Also wurde doch alles wieder etwas größer gesetzt. Scherz beiseite: Die gesamte Zeitung ist dieses Mal etwas kleiner gesetzt, das war die Alternative zu jede Menge Artikel rausschmeißen oder verschieben. Dafür möchten wir uns bereits an dieser Stelle entschuldigen. Die spezielle Antifa-Info-Lese-Lupe kostet zum Vorzugspreis nur 3.599,- DM und ist über unsere Adresse gegen Vorkasse zu bestellen.



Die letzte Maiwoche, die Woche vor Pfingsten 1993, ist eine dunkle Woche in der deutschen Geschichte: Am Mittwoch, den 26.5. beschließt der Deutsche Bundestag mit Zwei-Drittel-Mehrheit de facto die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl; einen Tag später einigt sich die Koalition auf die Einführung einer Pflegeversicherung, die zudem auf Karenztagen aufbaut, nebenbei verkündet Finanzminister Waigel noch seine Sparvorhaben; und schließlich, am 28.5., erklärt das Bundesverfassungsgericht das neue Abtreibungsrecht für ungültig. Die Grundgesetzänderung zum Asyl wird von den Faschisten gleich am Wochenende mit einer Reihe von Aktionen beantwortet, die den Auftakt zu einer Welle von neuen Brandanschlägen bilden. Einer dieser Aktionen fallen fünf türkische Frauen und Mädchen zum Opfer (s. Artikel). Die Brandanschläge sind als deutliches Signal der faschistischen Rechten zu lesen, die damit unseres Erachtens die nächste Phase bei der militanten Verbreitung ihres Rassismus einleiten: Nach der massenhaften Mobilisierung gegen Flüchtlinge nun der gezielte Angriff auf die »etablierteren« ImmigrantInnengruppen. Die Wiederbelebung des militanten Rassismus ist schrittweise angegangen worden. Solingen wird in einem anderen Artikel dieses Heftes behandelt. In diesem Artikel werden die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen der politischen Führung Thema sein.

Die Abschaffung des Asyls

Die Konsequenzen aus dem Kompromiß zum Grundgesetz Art.16, die in der faktischen Abschaffung des Asyls durch Einführung des Art.16 a bestehen, haben wir detailliert in der letzten Nummer dargestellt. Zusammenfassend heißt das:
– Abschiebung in »sichere Drittländer« trotz Asylantrages
– Deutschland ist für Flüchtlinge auf dem Landwege nicht mehr zu erreichen
– auf dem Luftwege erreichen nur noch Flüchtlinge mit gültigem Paß Deutschland
– Flucht wird noch mehr zu einem Privileg der Reichen
– die Chancen für verfolgte Frauen, nach Deutschland zu kommen, werden noch geringer.

Die faktische Abschaffung des Asyls, die Zustimmung der SPD hierzu, kann die Rechte als vollen Erfolg für sich verbuchen. Nachdem nacheinander CSU, CDU-Rechte, CDU, FDP und schließlich SPD auf die flüchtlingsfeindliche Abschottungslinie, die von den faschistischen und profaschistischen Ideologen vorgezeichnet wurde, einschwenkten, sprechen heute nicht einmal mehr die Grünen/Bündnis 90 oder die PDS von einem »Bleiberecht für alle« oder fordern die konsequente Öffnung der Grenzen.

Das Antifa-Info im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Das geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe Ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt Ihr den Bestellvordruck auf der Rückseite verwenden. Wenn Ihr die entsprechende Knete oder einen Scheck gleich mit in den Briefumschlag steckt, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen. Ist Euch das zu unsicher, dann überweist das Geld auf unser Konto. Bei allen Überweisungen ist es wichtig, daß Ihr eindeutig draufschreibt, von wem das Geld kommt und wohin die Infos geschickt werden sollen. Wir schicken nur Abos raus, wenn sie bezahlt sind – also Cash in Voraus.

Ein Einzelabo umfaßt fünf Ausgaben und kostet 30,– DM. Das Abo verlängert sich nicht automatisch, mit der letzten Nummer erhaltet Ihr einen Hinweis, daß das Abo abgelaufen ist. Über Förderabos für 40,– DM oder mehr freuen wir uns riesig. Ihr unterstützt damit die Antifa-Arbeit und das Erscheinen des Infos.

Alle bereits erschienenen Infos könnt Ihr natürlich auch nachbestellen. Ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der nebenstehenden Liste (alte Preislisten sind ungültig), es kommt dann immer noch der entsprechende Portobetrag hinzu. Auch hier gilt, daß wir nur bereits bezahlte Sachen verschicken.

Menschen, die unser Info weiterverkaufen, bekommen es billiger. Meldet Euch bei uns und sagt, wieviel Infos Ihr haben wollt, wir teilen Euch dann die genauen Versandbedingungen mit.

Bereits erschienene Infos, ein Inhaltsverzeichnis der Nummern 0 bis 20 ist gegen Rückporto erhältlich.

Portokosten:
3,– DM bis 5 Stück, 5,– DM ab 6 Stück

Ausgabe	Datum		Preis
INFO 0,	87,		1,00 DM
INFO 1,	87,	Kopie,	6,00 DM
INFO 2,	Dezember 87,		2,00 DM
Sondernr.,	Mai 88		2,00 DM
INFO 3,	März 88,		2,00 DM
INFO 4,	88,	Kopie,	7,50 DM
INFO 5,	Nov./Dez. 88,	Kopie,	6,00 DM
INFO 6/7,	Feb./März 89,	Kopie,	8,50 DM
INFO 8,	Mai/Juni 89,	Kopie,	8,50 DM
INFO 9,	Okt./Nov. 89,	Kopie,	9,50 DM
INFO 10,	Feb./März 90,		3,00 DM
INFO 11,	Mai/Juni 90,		3,00 DM
INFO 12,	Sept./Okt. 90,	Kopie,	7,00 DM
INFO 13,	Winter 90/91,		3,00 DM
INFO 14,	Frühjahr 91,		3,00 DM
INFO 15,	Sommer 91,		3,00 DM
INFO 16,	Winter 91/92,		3,00 DM
INFO 17,	März 92,		4,00 DM
INFO 18,	Mai/Juni 92,		4,00 DM
INFO 19,	Juli/Aug. 92,		4,00 DM
INFO 20a/b,	Nov./Dez. 92,	Kopie,	10,50 DM
INFO 21,	März/April 92,		4,00 DM

Speziell für Infoläden/Antifagruppen:
INFO 0,2,3,11,13,14,17,18 für 15,- (incl. Porto)



Flüchtlinge bleiben isoliert

Der Widerstand gegen diesen Schritt blieb klein. In Bonn gab es zwar eine größere Blockade des Bundestages, doch war die Beteiligung angesichts einer langfristigen bundesweiten Mobilisierung eher ein Zeichen für die Isolation der Gegner der Asylrechtsänderung. In Berlin kam diese Isolation ganz deutlich zum Ausdruck. Eine kleine Demonstration, an der nur zur Hälfte Deutsche teilnahmen, machte klar, wie isoliert gerade die Flüchtlinge sind.

Sparen für die nationale Einheit

Die Bonner Koalition hat sich auf eine Pflegeversicherung geeinigt. Sie bedeutet einen Anschiß für die Lohnabhängigen. Um die Unternehmer sanft zu behandeln, um ihnen die geplante Einführung einer Pflegeversicherung schmackhaft zu machen, will die Regierungskoalition zu ihrer Finanzierung sechs Karenztage einführen, d.h. daß Lohnabhängige entweder bis zu sechs Krankheitstage im Jahr als Urlaub anrechnen lassen müssen, oder aber auf Lohn verzichten müssen. Die Wirtschaft lehnt diese Regelung ab, da die Lohnnebenkosten durch Karenztage nicht sinken würden, während die Pflegeversicherung die armen Unternehmer zusätzlich belaste.

Sämtliche Gewerkschaften, von DGB bis zur Katholischen Arbeitnehmerbewegung und dem Deutschem Beamtenbund kündigten Protest gegen die Pflegeversicherung an. Die ÖTV will streiken. Diese neue Form der Finanzierung ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der, seit langem schrittweise betriebenen und seit dem Anschluß der DDR forcierten, Zerschlagung des Sozialstaates. Es ist wohl kein Zufall, daß Theo Waigel am selben Tag Sparvorhaben verkündete. Ende Juni sind diese Maßnahmen konkretisiert worden. Kernstück sind Kürzungen im sozialen Bereich einerseits, Arbeitszeitverlängerungen für Beamte andererseits. In Sachsen protestierten LehrerInnen (die unter Zeitverträgen stehen und darum streiken dürfen) bereits Ende Juni gegen eine Arbeitszeiterhöhung von täglich einer Stunde! Die Kürzungen in sozialen Bereichen werden besonders an Arbeitslosen- und Sozialhilfe vorgenommen. Dies geschieht in einer Zeit, in der schon die Bundesregierung ankündigt, daß es 700.000 Entlassungen geben wird.

Der Berliner Senat gehört zu den eifrigsten Sparern. Die Berliner BeamtInnen sollen wieder fast 40 Stunden arbeiten müssen. Solche Entscheidungen haben immer Rückwirkungen auf die allgemeine Entwicklung der Arbeitszeit. Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung sind ein weiterer Bestandteil. Einsparungen am maroden Nahverkehrsnetz bei gleichzeitiger Gebührenerhöhung, Vergrößerung der Kita-Gruppen (bei gleichzeitigem gesetzlichen Gebärzwang - s.u.), Privatisierung öffentlicher Freizeiteinrichtungen, drastische Einsparungen bei den Selbsthilfegruppen treffen vor allem die »kleinen Leute«. Daneben wird die elitäre Bildungspolitik, die Zerschlagung der beiden West-Unis in ihrer bisherigen Form forciert.

Für besondere Furore sorgte der Entschluß, zwei Theater und ein Orchester zu schließen. Der Tagesspiegel kommentierte ungewohnt scharf am 24.6.:
»... Kahlschlag mit einer auffälligen und unguten Tendenz. Unangetastet bleibt die

Spitzenkultur, gestrichen wird die Arbeit in die Breite.« Auf Druck westlicher Schauspieler regt sich hier pressewirksam Protest. Die Abwicklung und Auflösung zahlreicher Kultureinrichtungen der ehemaligen DDR vollzog sich weniger spektakulär. Gegen einige dieser Entscheidungen hat sich in Berlin punktueller Widerstand entwickelt. Neben verschiedenen Uni-Instituten ist eines der beiden Theater besetzt. Die ErzieherInnen an den Kitas waren wieder im Streik.



Das Verfassungsgericht: Frauen müssen gebären

Allen Erwartungen entsprechend verkündete der 2.Senat des Bundesverfassungsgerichts am 28.5., die Gesetzesnovelle zum § 218 sei verfassungswidrig und damit ungültig. Der 2.Senat umfaßt, bis auf eine Frau, nur Männer, einige von ihnen sind überzeugte Katholiken oder aktive »Lebensschützer«. Diese Entscheidung steht in der Tradition der bundesdeutschen Verfassungsgerichte, die bereits 1975 eine Fristenlösung ablehnten und damit die bislang im Westen gültige Praxis der Indikationsregelung erzwangen – schon damals gegen die (knappe) Bundestagsmehrheit.

Die Indikationsregelung gewährte unter bestimmten Voraussetzungen die Stellung einer sozialen Indikation. In diesen Fällen wurden Abtreibungen von den Krankenkassen finanziert. Die Gewähr, daß die Möglichkeit zur Abtreibung nicht ausschließlich vom Geld abhängt, fällt in der derzeit gültigen Übergangsregelung weg. Gegen die Fristenlösung in der DDR, die seit 1974 in Kraft war und nun abgeschafft wird, bedeutet die Indikationsregel einen reaktionären Zustand. In der DDR konnten Frauen bis zur zwölften Woche jederzeit einen Abbruch vornehmen lassen. Eine Beratung war möglich, aber freiwillig.

Beratungsinstitute sind darauf festgelegt, die schwangere Frau zur Austragung des Kindes zu überreden. Bis Dezember können die zur Zeit tätigen Einrichtungen weiter beraten. Dann ist damit zu rechnen, daß etlichen progressiven Einrichtungen die Zulassung aberkannt wird. Davon könnte z.B. »pro familia« betroffen sein. Schon jetzt ist es aber zum Beispiel in ganz Ost-Berlin so, daß nur zwei Beratungsstellen kirchenunabhängig sind.

Die für ungültig erklärte Gesetzesnovelle hat im Bundestag wie in der deutschen Bevölkerung eine Mehrheit hinter sich. Diese Neuregelung, die die Fristenregelung der alten DDR aufhebt und hier einen Rückschritt darstellt, gegenüber der westdeutschen Indikationsregelung einige fortschrittliche und einige rückschrittliche Elemente enthält, anerkennt nach wie vor nicht das Recht von Frauen auf Selbstbestimmung und eigenverantwortliche Entscheidung über Abtreibungen. Wir fordern weiterhin die ersatzlose Streichung des § 218 Strafgesetzbuch.

Gegenwehr

Vor dem Urteil, am 28.5. und um das Inkrafttreten der Übergangsregelung herum gab es einige Demonstrationen. Die Demonstrantinnen und z.T. auch Demonstranten blieben weitgehend isoliert, die Aktionen schlecht besucht. Der öffentliche Sturm der Entrüstung blieb aus. Ein Zeichen nicht für Zustimmung der Frauen, sondern für Resignation. Insbesondere männliche Spitzenpolitiker, wie Stolpe, Kohl und Schäuble, aber auch Bundesfrauenministerin Angela Merkel forderten, unabhängig von ihrer jeweiligen Einschätzung des Urteils, dazu auf, es zu respektieren.

Es fällt auf, daß die meisten Kritikerinnen und Kritiker des Urteils bewußt oder faktisch, in ihrer konkreten Politik dieser Aufforderung nachkommen. Die Möglichkeiten, durch öffentlichen Druck auf eine Abschaffung des § 218 zu drängen, werden nicht weiter erwogen. Statt dessen wird versucht, aus der beschissenen Situation noch das Beste zu machen, sich mit der neuen Rechtslage einzurichten. So versuchen etwa engagierte Ärztinnen und Ärzte und die Berliner Ärztekammer das Gesetz legal zu unterlaufen. Etwa indem – inhaltlich voll zu Recht – der Begriff der medizinischen Indikation auf Gefährdung der psychosozialen Situation ausgeweitet wird.

Auch ein Teil der Frauenbewegung reagiert ähnlich. Kurz nach dem Urteilsspruch wurde eine Frauenkasse gegründet, die Frauen bei der Finanzierung des Abbruches unterstützen will. So nötig diese Einrichtung wohl werden wird: auch sie ist ein Versuch, die unerträgliche Situation erträglicher zu machen. Damit bleibt es für die Frau bei einer individuellen Lösung des Problems. Für beide Reaktionen gilt, daß die Spitze der Forderungen abgebrochen bleibt: Die offensive Einforderung des Selbstbestimmungsrechtes der Frauen. Durch diese Forderung war der § 218 in den 70ern in die öffentliche Diskussion gerückt worden, in einer Zeit, in der gesellschaftspolitische Themen von links bestimmt und vorgegeben wurden. Aber seitdem ist die gesamte Linke erstarrt.

Auch darum sind die reaktionären Kräfte der Gesellschaft in die Gegenoffensive gegangen. Die Mischung aus Chauvinismus, »neurechter« Agitation und katholischer Reaktion, die sich in den »Lebensschutz«-Organisationen zusammen fand, drängte die emanzipatorische Initiative der Frauenbewegung im Lauf der 80er zurück. Bereits vor fünf Jahren war es auf der Grundlage dieser Politik möglich, die Prozesse von Memmingen durchzuführen.

Die derzeit geltende Übergangsregelung zu Abtreibungen

Bis zur Neuregelung hat das Verfassungsgericht eine bundesweit geltende Übergangsregelung festgesetzt, die seit dem 16.6.93 gilt. Demnach bleibt eine Abtreibung in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten straflos, wenn sie von einem Arzt auf Verlangen der Frau vorgenommen wird. Der Nachweis einer Beratung mindestens drei Tage vor dem Abbruch muß von der Frau erbracht werden; sie muß von einer anerkannten Beratungsstelle vorgenommen sein, welche verpflichtet ist, die Frau in Richtung Austragung zu beraten. Die alten Beratungsstellen dürfen nur noch bis Ende des Jahres beraten, dann gelten detaillierte Richtlinien des Verfassungsgerichts für die Zulassung der Stellen. Krankenkassen dürfen (!) nur noch für den Abbruch zahlen, wenn die Frau vor Gericht »beweisen« konnte, daß sie vergewaltigt wurde, gesundheitliche Gefährdung der Mutter oder nicht behebbare Schädigung des Kindes besteht (kriminologische, medizinische oder embryopathische Indikation).

Es besteht die Möglichkeit, daß das Sozialamt zahlt, auch wenn die Frau mit ihrem Einkommen über dem Sozialhilfesatz liegt. In Berlin gilt im Westen: Frauen müssen nach Abzug der Miete weniger als 1450,- DM zur Verfügung haben. Im Osten sind es 1250,- DM. Pro Kind erhöht sich der Betrag jeweils um 407,-. Es kommt dabei nicht auf das Einkommen der Familie, sondern ausschließlich der Frau an. Vorgelegt werden müssen nur die eigenen Einkommensnachweise incl. Wohn- und Kindergeld und die letzte Mietquittung. Neben- und Folgekosten des Eingriffes zu tragen, haben die Krankenkassen versprochen.

Eine Möglichkeit der Finanzierung kann auch die »Frauenkasse« sein. Über die Voraussetzungen können wir derzeit nicht informieren, eine Adresse liegt uns auch nicht vor. Leser und Leserinnen, die spenden möchten, zahlen unter dem Kennwort »Frauenkasse« auf das Konto der Ärztekammer Berlin bei der Apotheker und Ärztebank (Kontonummer 170 113 4000).

UNO-Missionen und starke Sprüche

Chronologisch stellt der Auftritt des neuen bayerischen Ministerpräsident Edmund Stoiber auf dem Sudetentag in Nürnberg den Abschluß der von uns beschriebenen Woche dar. Die Sudetendeutschen fordern massiv in die Tschechei zurückkehren zu dürfen. Die weltweit erstarkte Rolle Deutschlands macht's möglich. Durch dieses Erstarken konnte Deutschland die EG und USA zur Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina drängen. Damit wurde, wie US-Außenminister Christopher unlängst erklärte, die Situation in Jugoslawien enorm angeheizt. Britische und französische Politiker schlossen sich Christophers Einschätzung an.

Es wird immer deutlicher, daß die Bundesregierung eigene außenpolitische Ziele offensiver verfolgt. In diesem Interesse wird es nötig werden, außenpolitisch auch militärisch agieren zu können. Schrittweise werden die Formen des Einsatzes der Bundeswehr ausgeweitet. Prinzipiell ist die Rechtmäßigkeit jetzt durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt worden, lediglich gezielte Kampfeinsätze bleiben grundgesetzlich verboten. Aber die Einsätze werden die deutsche Bevölkerung an Militäraktionen gewöhnen, bis schließlich ein immer größerer Teil auch Kampfeinsätzen zustimmen wird, bis eine Grundgesetzänderung durchgesetzt werden kann. Butros Ghalis Forderung nach deutscher Beteiligung in Ostafrika gilt als bestellte Aktion. Die Forderung nach einem Sitz im Sicherheitsrat wird innenpolitisch genutzt werden, um Kampfeinsätze zu ermöglichen. In einer Zeit, in der die UNO es zu ihrer Aufgabe macht, als Weltpolizei überall militärisch zu intervenieren, kann die Regierung dann gut begründen, warum Kampfeinsätze »unter dem Dach der UNO« legal sein müssen.

Was tut die Linke?

Die Politik der BRD gegen Flüchtlinge hat nur geringen Widerstand hervorgerufen. Immerhin hat es Demonstrationen und Aktionen gegeben. Der Protest gegen das Urteil zum §218 blieb defensiv. Das Thema ist aber noch keineswegs vom Tisch. Möglicherweise wird in der nächsten Phase, wenn die Neuregelung auf der Tagesordnung steht, der Widerstand größer und offensiver sein. Die Sparabsichten, die Zerschlagung des Sozialstaates haben jedenfalls verschiedene Einzelbewegungen hervorgebracht. Doch die Bedingungen für einen breiten Widerstand sind denkbar ungünstig. Jeder bisherige Ansatz des Widerstands wird im Sommerloch unterbrochen. Gelingt es in dieser Zeit den Regierungen Fakten zu schaffen, so kann es sein, daß die Initiativen nicht wieder aufgenommen werden. Oft ist dann auch die Luft raus.

In den vergangenen beiden Jahren hat die Politik das Sommerloch wirksam benutzt, um den Zorn der Bevölkerung mittels des verbreiteten deutschen Rassismus gegen Flüchtlinge zu lenken. Dieses Mittel wird aus verschiedenen Gründen so nicht zu nutzen sein. Angesichts der Wahl 1994 muß die Regierung die Grundgesetzänderung als Erfolg verkaufen; dem dienen die Zeitungsartikel über rückläufige Flüchtlingszahlen. Die Terrorwelle gegen TürkInnen aufzugreifen, ist der Regierung nicht möglich. Im Gegenteil liegt es im außenpolitischen Interesse, besonders gute Beziehungen zur türkischen Regierung zu halten. Eine Möglichkeit wäre, den Zorn gegen links zu lenken, noch besser: gegen ausländische Linke. Eine solche Terroristenhatz würde aber nicht annähernd so »effektiv« von den sozialen Problemen ablenken, wie es die Pogrome der letzten beiden Jahre getan haben.

Angesichts des Terrors in Folge des Solinger Mordanschlages probte die Regierung eine besonders »intelligente« Politik, für die Kohl berüchtigt ist: das Nicht-Verhalten oder Aussitzen. Diese Strategie wird diesmal nicht reichen. Unter günstigen Bedingungen, wenn wir als Kraft präsent wären, läge hier eine Chance und Aufgabe für die politische Linke. Die Bündelung der isolierten Kämpfe, die richtungsweisende Initiative ist die zentrale Rolle, die wir einzunehmen hätten. Für die Antifa hieße das konkret, die Zusammenhänge zwischen Sozialabbau, Kapitalinteresse, Außenpolitik einerseits, zwischen frauenfeindlicher Ideologie und Politik, Rassismus und Abschottung sowie faschistischer und nationalistischer Propaganda und terroristischer Aktivität bewußt zu machen. Das setzt eine Einbettung in die laufenden sozialen Kämpfe voraus. Bedauerlicherweise ist die fortschrittliche Kraft, die diese Katalysatorfunktion übernehmen könnte, kaum in Sicht. Im Gegenteil verabschiedet sich ein großer Teil der politischen Linken geradezu aus der deutschen Politik.

In einer Gesellschaft wie der deutschen, auf dem Hintergrund von weit verbreitetem Rassismus, heißt das den Faschisten das Feld zu überlassen. Das Einschwenken auf eine nationalrevolutionäre, vorgeblich sozialrevolutionäre Linie durch den größten Teil der faschistischen Gruppen macht diese Bedrohung noch gefährlicher. ■



Die Unterdrückung behinderter Menschen unterm Hakenkreuz

ISOLATION – STERILISATION – ERMORDUNG

Beschimpfungen auf der Straße und seit einiger Zeit vermehrt auftretende körperliche Angriffe - so sieht die Realität aus, in der behinderte Menschen heute leben.

Realität ist auch, daß im letzten Jahr Urlauber das Recht auf finanzielle Entschädigung erfolgreich vor Gericht einklagen konnten, weil sie ihr Frühstück im Hotel in Anwesenheit Behinderter verspeisen mußten. Realität ist, daß behinderte Menschen in dieser Gesellschaft zur Randgruppe gemacht und isoliert werden. Der unfreiwillig am häufigsten gegangene Weg ist von der Sonder-Kita über die Sonderschule (damit einhergehend ein Schulabschluß, der wenig Möglichkeiten der Berufswahl läßt) zu Werkstätten für Behinderte; also Isolation in allen Lebensabschnitten. Weiterhin wird bereits wieder die »Euthanasie« Behinderter von Nichtbehinderten diskutiert und angedacht.

Die Aktualität dieser Debatte und die damit einhergehende Gefahr, Behinderte erneut zu entrechten, zwingen uns ebenso wie das Wissen um die heutige Lebensituation Behinderter zum Hinsehen und entschiedenen Eingreifen. Dabei müssen wir die Geschichte bis zum Faschismus zurückverfolgen, um eine Wiederholung erkennen und verhindern zu können.

Dieser Artikel ist ein Anfang – ein Versuch, das Vorgehen gegen Behinderte während des Faschismus aufzuzeigen – den »Mord vom Schreibtisch aus«. In diesem Zusammmenhang möchten wir unseren LeserInnen, die sich intensiver mit diesem Thema auseinandersetzen wollen, »die randschau. Zeitschrift für Behindertenpolitik« empfehlen (siehe Anzeige S.29).



Das Leben behinderter Menschen war, soweit die Geschichte zurückzuverfolgen ist, immer von gesellschaftlicher Ausgrenzung – auf der einen Seite durch Vergötterung und Heiligsprechung, auf der anderen, weitaus häufiger praktizierten, durch Verteufelung, Isolation und Tötung, geprägt. Das hatte verschiedene Gründe, deren Ursprung jedoch derselbe war: Die Angst und Unsicherheit gegenüber Unbekanntem und »Andersartigem«.

Eine Verschärfung der Situation wurde durch den Beginn der Industrialisierung herbeigeführt. Menschen wurden zunehmend unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit und Arbeitsproduktivität eingestuft – ein Kriterium, das sich bis heute nicht nur gesellschaftlich sondern auch in den Köpfen Vieler unverrückbar festgesetzt hat – und dem Menschen mit Behinderungen so nicht entsprechen können. Diskriminierung durch Definierung und Isolierung war demzufolge keine neue Erscheinungsform des Nazismus, sondern lange zuvor entstanden. Daneben muß aber auch gesehen werden, daß es in Deutschland vor der faschistischen Machtübernahme Bemühungen um Förderungsmöglichkeiten für Behinderte gab, es existierten Hilfsorganisationen, besondere Schulformen und Heime.

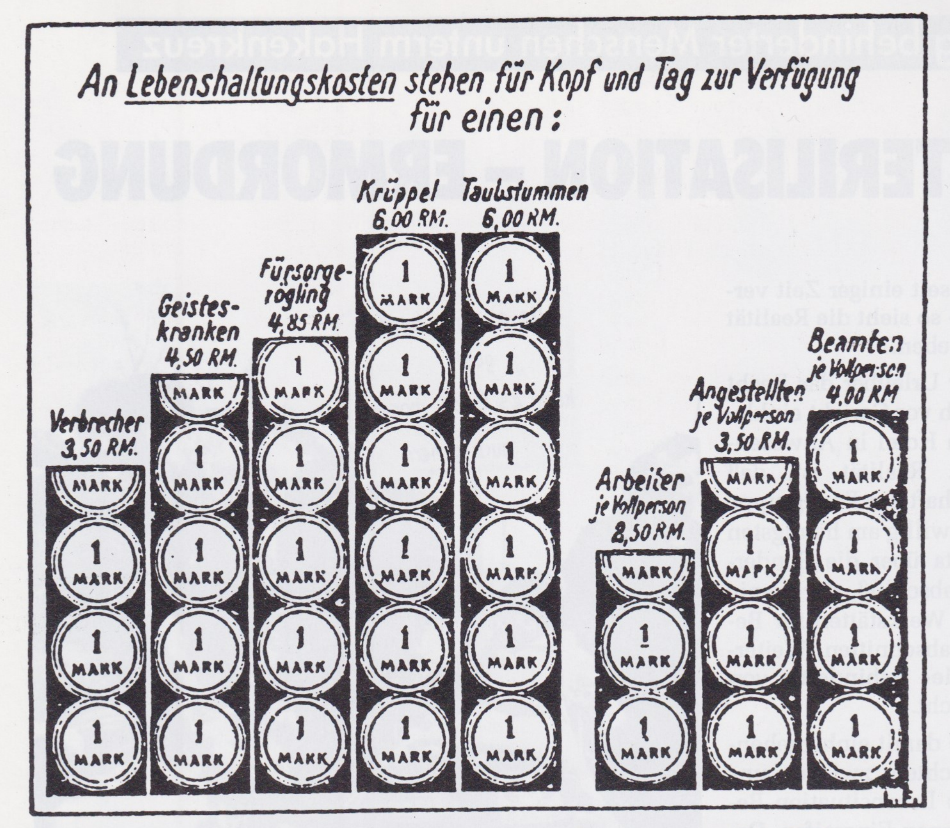
Es stellt sich die Frage, wie es den Faschisten vor diesem Hintergrund möglich war, eine bis dahin in der Geschichte nie dagewesene groß angelegte Vernichtungsaktion durchzuführen, der Hunderttausende Behinderte zum Opfer fielen. Warum wurden die Nazis in ihrem Wahn, den geplanten Massenmord zu realisieren, nicht gestoppt?

PROPAGANDA – Kalkuliertes Mittel und erste Stufe des faschistischen Massenmordes

Der industrielle Ausrottungsversuch behinderter Menschen wurde nicht von heute auf morgen vollzogen. Die Faschisten töteten nach Plan, wohldurchdacht bis ins Detail, sozusagen »alles zu seiner Zeit«. Das Mordprogramm sah stufenweises Vorgehen vor, erster und unverzichtbarer Bestandteil war eine Propaganda, die eine qualitative Wertung von Menschen nach Rassenzugehörigkeit und verbunden damit eine Kosten-Nutzen-Rechnung transportieren sollte.

Einen hohen Stellenwert erhielt in diesem Zusammenhang die bereits Mitte der 20er Jahre erschienene Schrift mit dem Titel »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens«, in der sich der derzeit anerkannte Prof. der Psychiatrie und Neuropathologie HOCHE über die Minderwertigkeit und Wertlosigkeit behinderten Lebens äußert. Er bezeichnet Behinderte als *»Ballastexistenzen, Fremdkörper im Gefüge der menschlichen Gesellschaft und leere Menschenhülsen, neben denen ganze Generationen von Pflegern dahinaltern«*. Er untermauert diese Aussagen mit Hilfe von Kosten-Nutzen-Rechnungen, die aufzeigen sollen, welche Summen *»dem Nationalvermögen für einen unproduktiven Zweck entzogen werden«*. In der selben Schrift erläutert der Strafrechtslehrer BINDING die rechtlichen Möglichkeiten der Freigabe der Tötung von behinderten Menschen.

Die Faschisten nutzten dankbar dieses Material, zumal es von Professoren verfaßt worden war, die schon während der Weimarer Zeit bedeutende Stellungen innehatten. Ein weiterer Versuch, dem faschistischen Wahn einen Anstrich von »wissenschaftlicher Erkenntnis« zu geben, bestand in der Auslegung der Theorie Darwins zur Abstammungslehre. Es wurde erklärt, daß die natürliche Auslese (Das Stärkere besiegt das Schwache, nur das Gesunde überlebt...) durch Industrialisierung und durch Fortschritte in Medizin und Forschung nicht mehr gewährleistet sei und nur deshalb geistig und körperlich Behinderte überleben würden – es also eine natürliche Konsequenz sei, diesen Part der Natur zu übernehmen und »nachzuhelfen«. Wichtigstes Hilfsmittel zur Vermittlung der rassistischen Ideen waren die Medien. Vor allem im Film konnte der Gegensatz zwischen dem Idealbild des gesunden, schönen, arbeitsfähigen Deutschen und dem Zerrbild des hilflos dahinvegetierenden, unproduktiven Behinderten, der selbst unter seiner Existenz leidet, besonders plastisch transportiert werden. Erhalten gebliebene filmische Dokumente aus der Nazi-Zeit zeigen deutlich auf, welches Bild der nichtbehinderten Bevölkerung vermittelt wurde – im denkbar ungünstig-



Kosten-Nutzen-Rechnung der Nationalsozialisten (aus: »Volk und Rasse«, Heft 8, 1933)

sten Licht unter Hervorhebung unattraktiver Äußerlichkeiten wurden behinderte Menschen zu abstoßenden, angstmachenden Gestalten degradiert.

Bereits 1936 erschien der Roman »Sendung und Gewissen«, dessen Verfasser HELMUT UNGER seit 1933 Pressechef des »Reichsärzteführers« WAGNER war. Das Buch wurde verfilmt und stieß auf großen Publikumszuspruch. Die Handlung: Die Ehefrau eines Arztes ist unheilbar krank, erbittet von ihrem Mann den Tod und erhält von ihm das tödliche Gift - aber erst, nachdem den Zuschauern in eindrücklichen Szenen geschildert wurde, wie sehr sie selbst unter diesem Dasein leidet und wie wenig Wert sie ihrem eigenen Leben beimißt. Der Ausgang der Handlung ist vorprogrammiert: Der Arzt, selbstverständlich Mitglied der Nazi-Partei, bekennt sich vor Gericht heroisch zu seiner Tat und wird freigesprochen. Bei genauer Betrachtung dieses Filmes wird ein für die faschistische Propaganda äußerst wichtiger Bestandteil deutlich: Dem Publikum mußten Behinderte nicht nur als Ballast der Gesellschaft vor Augen geführt werden, sondern auch als Existenzen, die ihren Unwert selbst begreifen, darunter leiden und nur durch die eigene Unfähigkeit daran gehindert werden, diesem Leben ein Ende zu setzen.

Auch heute kämpfen viele behinderte Menschen gegen die Anmaßung Nichtbehinderter, ihr Lebensgefühl beurteilen zu wollen. In dem Film »Der Pannwitz-Blick« erzählt ein Spastiker davon, wie oft ihm Außenstehende Schmerzen beim Gehen zuschreiben, die er gar nicht empfindet. So interpretieren Nichtbehinderte das, was sie nicht verstehen und deshalb auch nicht ertragen können. In dem selben Film berichtet eine Frau, als sogenanntes Contagan-Kind ohne Arme geboren, von ihrem Kampf gegen Armprothesen, die Ärzte ihr gegen ihren Willen anpaßten, obwohl ihre geschickten Füße längst deren Funktion übernommen hatten. Nicht die Frau hatte Schwierigkeiten, mit ihrer Behinderung zu leben, sondern ihre Umwelt. Wenn wir die heutige Situation behinderter Menschen richtig einschätzen wollen mit dem Ziel, sie zu verbessern, sind wir gezwungen, Vergleiche zu ziehen und bestehende Parallelen zur Nazi-Zeit aufzuzeigen, um sie zu bekämpfen. Kosten-Nutzen-Rechnungen, die die Faschisten als stärkstes Argument in ihrer Kampagne gegen Behinderte benutzten, tauchen seit Jahren in veränderter Form wieder auf, wenn es um die Forderung nach gleichberechtigten Lebensbedingungen Behinderter geht. Damals freilich hatte die Demagogie der Faschisten offenere und aggressivere Züge. Deutlicher Ausdruck dafür war der Unterricht in Schulen und Hochschulen, der willkommenen Zugriff auf Kinder und Jugendliche bot, und das nicht nur im Pflichtfach »Rassenlehre«. Im »Lehrbuch der Mathematik für höhere Schulen« von ADOLF DORNER (Aufl. 1935/36) lautet beispielsweise eine Rechenaufgabe folgendermaßen: *»Der Bau einer Irrenanstalt erfordert sechs Millionen RM. Wieviel neue Wohnblocks a 15 000 RM würden für diese Summe gebaut werden können?«*.

Als sich die Deutschen euphorisch auf den Krieg vorbereiteten, bedeutete dies eine erneute Verschärfung der faschistischen Propaganda. Es ging nicht mehr allein um *»sinnlos vergeudetes Geld«* – es ging um Gelder, die für den Krieg benötigt wurden. Es wurde nicht von *»verschwendetem Wohnraum«* gesprochen, sondern von dem Bedarf an Lazaretten, wo die im mutigen Kampf fürs Vaterland verwundeten Helden gepflegt werden sollten. Und letztendlich wurden gesunde Männer nicht in Heimen neben den »leeren Menschenhülsen« gebraucht, sondern an der Front.

Die ersten Schritte des Mordplans als unabdingbare Vorausetzung für die Umsetzung der folgenden hatten die Nazis hinter sich gebracht. ISOLIERUNG der Behinderten in allen Bereichen war das Ergebnis der planmäßig verlaufenen Kampagne. Der Boden war bereitet, die Nazis konnten nun an die Realisierung ihres Mordprogrammes gehen.

Die 2. Stufe – Sterilisation und Kindestötung

Am 14. Juni 1933 wurde vom nazistischen Reichstag das »Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses« verabschiedet. Es ermöglichte die Zwangsterilisation von Behinderten und auch Alkoholikern. In den Jahren 1933 - 1936 wurden 200.000 Menschen auf diese Weise ihres Rechtes auf Selbstbestimmung beraubt und entmündigt. Darunter befanden sich auch AntifaschistInnen und Menschen jüdischen Glaubens, deren Gesinnung als Zeichen *»geistiger Beschränktheit«* zur Krankheit erklärt wurde. Ausdruck für den Umgang mit dem deutschen Faschismus und dessen Opfern nach 1945 in der Bundesrepublik ist, daß niemand der Zwangsterilisierten als Verfolgter des Naziregimes anerkannt und entschädigt wurde. Nach Aussage bundesdeutscher Gerichte wurde das Sterilisationsgesetz für rechtmäßig erklärt, da es derzeit durch sogenannte »Erbgesundheitsgerichte« bestätigt worden war.

Die Mörder in weißen Kitteln

Die Verstümmelungsaktion reichte den Nazis nicht aus, sie wollten die totale Vernichtung des sogenannten »lebensunwerten Lebens«. Bereits 1934 erklärte der bayrische Staatskommissar für Gesundheitswesen Dr. SCHULTE, daß die Zwangssterilisation nicht genüge, sondern daß, so wörtlich, »Psychopathen, Schwachsinnige und andere Minderwertige abgesondert und ausgemerzt werden müßten«. Hitler äußerte sich zum ersten Mal öffentlich und konkret 1935 auf dem Nürnberger Parteitag zum Reichsärzteführer Wagner zu diesem Thema: Er gedenke, im Kriegsfalle »Euthanasie« anzuwenden.

»Der Fall Knauer«

Am 23. Mai 1939 fand eine Unterredung zwischen dem Eheparr KNAUER und dem Direktor der Leipziger Universitätsklinik Prof. Dr. CATEL statt. Auf die Frage der Eltern, welche Lebenserwartung ihr schwer geschädigtes Kleinkind habe, antwortete der Arzt: Das Beste wäre der Tod ... für das Kind und für die Eltern. Das Ehepaar wehrte sich nicht gegen dieses Urteil, sondern fragte: Ist es nicht möglich, das Kind zu »erlösen«? Jahrelange Propaganda hatte Früchte getragen, Minderwertigkeitsgefühle auf der einen Seite, Mißbrauch von Macht auf der anderen. Der Arzt verwies die Eltern an die »Kanzlei des Führers der NSDAP«. Diese Kanzlei gewann in den Jahren des Naziregimes vor allem in Fragen der »Euthanasie« noch an enormer Bedeutung. Dorthin richteten die Knauers ihr Bittschreiben um Tötung des eigenen Kindes, von wo aus es auf Grund seiner Erstmaligkeit direkt Hitler selbst zugestellt wurde. Der beauftragte seinen Leibarzt Dr. KARL BRANDT, *»die erforderlichen Feststellungen in Leipzig zu treffen und dementsprechend das Weitere zu veranlassen«*. Dies bedeutete nichts an-

deres, als nach Prüfung des Briefinhaltes die Einschläferung des Kindes vorzunehmen, was auch unverzüglich geschah.

Der »Fall Knauer« war der Startschuß für die Ermordung von vorerst weiteren 5.000 Kindern. Hitler ermächtigte nun den bereits erwähnten Brandt und außerdem den Chef der »Kanzlei des Führers« BOUHLER dazu, in Fällen ähnlicher Art analog dem Fall Knauer zu verfahren. Die Aktion Kindestötung begann.

Um Verdachtsmomente auszuschließen, gab sich die »Kanzlei des Führers« den Tarnnamen »Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden«. Diesem anfangs aus nur sieben Eingeweihten bestehenden Gremium gehörten u.a. auch Dr. Unger (Roman »Sendung und Gewissen«) und Dr. Catel (»Fall Knauer«) an. Die Ergebnisse der Arbeit des Gremiums fanden ihren Niederschlag in einem Runderlaß des Reichsinnenministers vom 18. August 1939, in dem allen Geburtshelfern eine Meldepflicht über Neugeborene mit erkennbaren psychischen oder physischen Schädigungen auferlegt wurde. Dasselbe Schreiben verpflichtete Ärzte, behinderte Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu melden. Diese Auflage wurde verschickt unter der Begründung: »Klärung wissenschaftlicher Fragen auf dem Gebiet der angeborenen Mißbildung und der geistigen Unterentwicklung«. Die in Frage kommenden Fälle wurden an sogenannte Gutachter weitergeleitet: Prof. CATEL, Prof. HEINTZE und Dr. WENTZLER, die einzig aufgrund der Einsicht in die Meldebögen, also ohne die Kinder gesehen zu haben, über Tod oder Leben entschieden.

Die zur Tötung vorgesehenen Kinder kamen in sogenannte »Kinderfachabteilungen« des Reichsausschusses, deren leitende Ärzte der Tötungsaktion positiv gegenüberstanden. Begründet wurden die Einweisungen den Eltern gegenüber mit der therapeuthischen Qualität der Behandlung und der Aussicht auf Heilerfolg. Die meisten Eltern fielen auf diese Versprechen herein und übergaben ihre Kinder den Anstalten und somit letztendlich dem Tod.

Nach Terminkalender wurden die Opfer in der »Kinderfachabteilung« planmäßig getötet, so wurde der Tötungskurve der Anschein eines natürlichen Verlaufs gegeben. Bis auf eine Anstalt in Elgfing-Haar (Bayern), wo die Kinder durch gezielten Nahrungsentzug einen qualvollen Tod erlitten, wurden überwiegend Überdosen Luminal verabreicht, was Lungenentzündungen und Bronchitis und somit einen scheinbar natürlichen Tod zur Folge hatte.

Eltern, die nicht bereit waren, ihre Kinder einweisen zu lassen, wurden mit Hilfe vielfältigster Methoden gezwungen. Ihnen wurde der Entzug des Sorgerechts angedroht, alleinstehende Mütter erhielten die Aufforderung zum Arbeitseinsatz oder Kriegsdienst, so daß ihnen nur die Anstalt als Unterbringungsort für ihr Kind blieb, die »Kanzlei des Führers« arbeitete aus diesem Grunde mit den Arbeitsämtern zusammen.

Es gab vertrauensseelige und mißtrauische Eltern. In jedem Fall hieß es, geschickt Ahnungen zu widerlegen und jeden Verdacht aus dem Weg zu schaffen. Paradoxerweise gab es auch Eltern, die die Bitte äußerten, das Kind zu töten. Daruf konnten die Anstalten natürlich nicht ohne weiteres eingehen, war die Tötung doch immerhin ungesetzlich! Bis zum Ende der Nazi-Herrschaft war der »Reichsausschuß« tätig. Ca. 5.000 Kinder, später nicht selten auch 10-12jährige, fielen einer Aktion zum Opfer, die keinerlei schriftliche Grundlage hatte, denn Hitler hatte seine Ermächtigung nur mündlich erteilt, ebenso die Zusage, daß alle Beteiligten straffrei handeln würden.

Der 20-fach größere Mordauftrag – Die dritte und letzte Stufe des faschistischen Mordauftrages

Am 19. Juli 1939 sprach Hitler mit dem Reichsleiter Bouhler über die Möglichkeiten der Tötung erwachsener »Geisteskranker«. Nach einigen Wochen erging an die »Kanzlei des Führers«, die auch mit der Kindestötung beauftragt war, der Mordauftrag.



Eine gesetzliche Grundlage gab es auch für diese Aktion nicht, da Hitler dies kategorisch ablehnte. Alle Beteiligten verließen sich auf die mündliche Zusage auf Straffreiheit und die einzige vorhandene schriftliche Ermächtigung Hitlers, die lautete: *»Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann. gz.: Adolf Hitler«*

Auf der ersten Beratung des aus 14 Beteiligten bestehenden Gremiums am 10. August 1939, an der unter anderem erwähnter Bouhler und Dr. Brandt teilnahmen, wurden die anwesenden Ärzte von Bouhler über die geplante Tötungsaktion in Kenntnis gesetzt. Auf die Frage, wer von ihnen freiwillig an der Durchführung des Programms teilnähme, erhielt er, bis auf eine Ablehnung, nur zustimmende Antworten. Es folgten zahlreiche Sitzungen und Besprechungen. Einen Namen hatte die Aktion schon - T4, nach dem Sitz des zentralen Büros in der Tiergartenstr. 4 benannt.

Die Realisierung des Mordplanes

Am 09.Oktober 1939 gingen an alle Pflege- und Heilanstalten Meldebögen heraus, die bis zum 01.November 39 ausgefüllt zurückgeschickt werden mußten. Die ausgefüllten Formulare wurden zum zentralen Büro der Aktion gebracht, wo für jeden Meldebogen eine Einzelakte, eine Karteikarte und 4-5 Kopien angefertigt wurden. Allein aufgrund dieses Materials entschieden die »Gutachter« über Leben und Tod. Dr. PFANNMÜLLER z.B. begutachtete auf diese Weise vom 14.11.40 bis 1.12.40 2190 Fragebögen, also durchschnittlich 137 täglich, ohne jemals einen Patienten gesehen zu haben.

Nach der Beurteilung durch die »Gutachter« gab der »Obergutachter« sein endgültiges Urteil. Dann wurden die mit »+« versehenen Meldebögen zur Transportabteilung gesandt.

Die Transportabteilung war für den Weg von der Pflegeanstalt zur Tötungsanstalt verantwortlich. Um diesem Vorgang einen seriösen Anstrich zu geben und jeden Verdacht zu vermeiden, wurde die »Gemeinnützige Kranken-Transport-GmbH« (GEKRAT) gegründet.

Am Ende des Jahres 1939 waren alle Vorbereitungen zur Durchführung der geplanten Massen-Aktion abgeschloßen. In der 1.Hälfte des Januar 1940 fand das erste Vergasungs-Experiment statt. 18-20 Personen wurden in der Heilanstalt Brandenburg in den sogenannten »Duschraum« gebracht und dort vergast, mehrere Tötungsärzte schauten dabei zu. Zweck des Probemordes war die Einweisung der zukünftigen Tötungsärzte, ein Durchtesten des Ablaufes und das Prüfen der Gaskammerkapazitäten.

Das Experiment verlief zur Zufriedenheit der Mörder. Bis 1945 wurden über Hunderttausend Behinderte Menschen Opfer der Massenmordaktion, sie wurden vor allem durch Nahrungssenkung, medikamentöse Überdosen und Vergasung getötet. ■

Pfingsten 1993

Chroniken faschistischer und rassistischer Gewalt in der heutigen Zeit zu führen ist eine fast nicht mehr lösbare Aufgabe. Sie zu veröffentlichen wäre eine eigene Zeitung für sich. Wir haben eine Anzahl von Übergriffen zusammengestellt, die allein zu Pfingsten stattgefunden haben, es besteht in keinem Fall Anspruch auf Vollständigkeit.

28/29.5. Solingen, Brandanschlag (s. Art.)
28/29.5. Berlin-Lichtenberg, Brandanschlag auf Flüchtlingsheim, 400 Flüchtlinge evakuiert, 16 Menschen mußten ins Krankenhaus
28/29.5. München, Brandanschlag auf ein von afrikanischen Flüchtlinglingen bewohntes Haus, mehrere Menschen wurden verletzt.
28/29.5. Iserhagen bei Hannover, ein Flüchtlingsheim wurde angegriffen
28.5. Kassel, unfrankiertes Bekennerschreiben der »Nationalsozialistischen Jugend Kassel« zu Anschlag auf ein Heim wurde Montag früh in den Briefkasten der Fuldataler Gemeindeverwaltung gesteckt
29.5. Epinal, Gebetshaus der Türkisch Islamischen Vereinigung in Epinal, Lohtringen, verwüstet
29.5. Wendisch-Rietz, 15 rechte Jugendliche randalierten vor einer Disko, eine Person wurde verletzt.
30.5. München, Brandanschlag auf ein von Immigranten und Deutschen bewohntes Haus. Mehrere Personen mußten mit Rauchvergiftung behandelt werden.
30.5. Schweriner See, 30 Rechte überfielen einen Campingplatz, mehrere Verletzte, bei Durchsuchung wurden Baseballschläger, Gaspistolen usw. gefunden, aber keine Festnahme.
30.5. Greifswald, Ein Flüchtlingsheim wurde mit Steinen angegriffen.
30.5. Friesack (Nauen), Friedhofsschändung, Grabsteine wurden mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.
30.5. In Oderbruch Seelow wurde die Gedenkstätte geschändet, Gedenktafeln für russische Soldaten wurden abgerissen.
30.5. Friedersdorf (KW), am sowjetischen Ehrenmal wurden Grabsteine mit SS-Runen und Hakenkreuze beschmiert.
30.5. Dahlwitz-Hoppegarten wurde ein Brite von einer Gruppe Hools zusammengeschlagen.
30.5. Chemnitz Greifenbachstauweiler in Geyer versammelten sich 200 Boneheads bei einem Pfingsttreffen.
30.5. Köln, Brandanschlag aus fahrendem Auto auf ein Flüchtlingswohnheim, BewohnerInnen konnten Brand löschen.
30.5. Worbis, drei Boneheads wurden von sechs Boneheads überfallen, sie mußten sich niederknien und ihnen wurden die Haare abgeschoren.
30.5. Syke, Niedersachsen, zehn Boneheads greifen Auto von türkischer Familie an.
30/31.5. Wuppertal, Anschlag auf ein von ImmigrantInnen bewohntens Haus
30.5. Wolfsburg, vier Boneheads bedrohen drei Rumänen mit Messer und Pistole
30.5. Allgäu, ein Brandanschlag auf ein von ImmigrantInnen bewohntes Haus.
31.5. Magdeburg, Brand vor der Wohnung einer Russin , sie könnte den Brand löschen
31.5. Grenoble, Brand in einer Elektrowarenfabrik die einem türkischem mann gehört. Die Fabrik wurde vollkommen zerstört, es gab überall Hakenkreuzschmierereien.
31.5. Dresden, Faschoaufmarsch zum Gedenken an R.Sonntag

Hoyerswerda ... Mannheim ... Rostock ... Mölln ... Solingen ... und kein Ende ?!

Der folgende Artikel wurden uns von Leuten von der ANTIFASCHISTISCHEN NRW-ZEITUNG zur Verfügung gestellt. Diese Gelegenheit möchten wir dazu benutzen, auf diese hervorragende neue Zeitung aufmerksam zu machen. Der Vorläufer, der Antifaschistische Bericht Wuppertal, hat mit dieser Neuerscheinung sein Erscheinen eingestellt. Die erste Ausgabe ist im Mai dieses Jahres erschienen. Sie enthält eine Menge Wissenswertes z.B. über den durch das Attentat von Solingen in die Schlagzeilen geratenen Kampfsportverband DHKKV, den Düsseldorfer Nazisumpf um Rouhs und Lemmer usw. Diese Zeitung ist nicht nur für die LeserInnen aus NRW unbedingt zu empfehlen. Sie ist über folgende Adresse zu beziehen: Antifa. Zeitung NRW, Brunnenstr. 41, 42105 Wuppertal. Sie kostet 2,50 DM + Porto, ein Abo über 4 Ausgaben (1 Jahr) kostet 12,- DM.

Solingen: Einzeltäter oder organisierte Neonazis?

Fünf junge Türkinnen, darunter drei Kinder starben am frühen Morgen des 29. Mai in Solingen nach einem Brandanschlag auf ihr Wohnhaus. Die Polizei präsentierte innerhalb einer Woche vier mutmaßliche Täter. Abgeschlossen sind jedoch weder die Ermittlungen der BKA-Sonderkommission »Sole«, noch sind die zahlreichen Ungereimtheiten am bisherigen Erkenntnisstand ausgeräumt.

Der Tathergang

Nach offiziellen Informationen sah der Ablauf des Brandanschlags folgendermaßen aus: Die Jugendlichen Markus Gartmann(23), Felix Köhnen (16) und Christian Buchholz (20) kommen gegen Mitternacht bereits stark angetrunken an der Gaststätte »Schlagbaumer Hof« vorbei. Dort wird gerade ein Polterabend gefeiert. Die Gäste wollen die Nazi-Skinheads nicht mitfeiern lassen. Sie werden von zwei Jugoslawen und dem Wirt herausgeworfen, die Jugoslawen werden von den Nazis als Türken »identifiziert«. Draußen treffen sie dann zufällig den ihnen angeblich nur flüchtig bekannten Christian Reher. Reher, der in der Gruppe akzeptiert werden will, fängt an gegen Türken zu hetzen. Er macht den Vorschlag, das Haus der Familie Genc anzuzünden. Alle vier gehen zu einer nahegelegenen Tankstelle und kaufen einen Kanister Benzin. Anschließend gehen sie zur Unteren Wernerstraße 81. Die Haustür ist nicht verschlossen. Reher und Köhnen gehen ins Haus, übergießen eine im Flur stehende Holztruhe mit dem Benzin und zünden sie gegen 1.30 Uhr mit einer brennenden Zeitung an. Die beiden Älteren, Gartmann und Buchholz, stehen draußen Schmiere. Sie rennen weg, als der Brand beginnt, werden dabei aber von Nachbarn beobachtet. Gegen 1.42 wird die Feuerwehr alarmiert und ist fünf Minuten nach Ausbruch des Brandes vor Ort. Sie kann das Leben der fünf jungen Türkinnen nicht mehr retten.

Offene Fragen

Nach der offiziellen Schilderung entsteht das Bild eines spontan, eher zufällig und vor allem unter starkem Alkoholeinfluß ausgeführtem Anschlags haßerfüllter Jugendlicher. Die Täter kannten sich teilweise nur flüchtig. Eine Verbindung zum organisierten Rechtsextremismus wird von der Bundesanwaltschaft, die sich die »Pressehoheit« zum Fall gesichert hatte, bestritten. Die Verhafteten seien »Nachahmungstäter von Mölln«. Eine geplante Tat, die Teil einer politischen Strategie ist, scheidet hiernach völlig aus. Allerdings existieren Zeugenaussagen, die der o.g. Darstellung völlig widersprechen. Sie führen zu dem Schluß, daß der genaue



Hergang der Tat nicht als geklärt betrachtet werden kann. Auch zeigen sie die Möglichkeit auf, daß der Anschlag nicht »spontan« entstanden ist. Der Großteil der Rekonstruktion des Tathergangs stützt sich auf die Aussagen von Christian Reher. Außer ihm gab nur Markus Gartmann den Anschlag zu, widerrief dann, um später erneut ein Geständnis abzulegen. Seine Aussagen sollen die von Reher im großen und ganzen bestätigen. Könnnen und Buchholz schweigen sich zur Tat aus. Aus dem Bekanntenkreis der Verhafteten kommen Aussagen, die mit der offiziellen Schilderung nicht in Einklang zu bringen sind. So sollen Köhnen, Gartmann und Buchholz zu der Hochzeitsfeier im Schlagbaumer Hof eingeladen gewesen sein. Es habe auch keinen Streit mit Ausländern sondern untereinander (!) gegeben. Darüber hinaus bestreitet Felix Köhnen, Christian Reher überhaupt zu kennen. Eine andere Zeugin hat am Abend des Anschlags zwischen 0 Uhr und 0.30 Uhr, also etwa eine Stunde vor dem Anschlag, nicht weit vom Tatort entfernt eine Gruppe von etwa 15 bis 20 jungen Männern in Bomberjacken an der BP- Tankstelle an der Schlagbaumer Straße beobachtet. Die Polizei geht davon aus, daß es sich dabei um Rechtsextremisten gehandelt hat. Interessant ist, daß diese Gruppe Autos mit auswärtigen Kennzeichen (Düsseldorf und Wuppertal) fuhr. Die Präsenz einer größeren Gruppe Rechtsradikaler in Solingen könnte mit einem Prozeß zusammenhängen, der am Vormittag gegen ein Mitglied der autonomen Szene eröffnet wurde. Dieser war angeklagt ein Mitglied des rechten Ordnertrupps DHKKV bei einer antifaschistischen Demonstration schwer verletzt zu haben. Der Polizei lagen Erkenntnisse vor, daß Rechtsextremisten aus Solingen und Umgebung zu dem Prozeß mobilisierten. Der verheerende Anschlag vom 29. Mai war nicht der erste Übergriff zu dieser Zeit. Bereits in der Woche vor dem Anschlag kam es in Solingen zu einer ungewohnten Häufung von anti-türkischen Angriffen. Vor einer Moschee wurde die Holzbrüstung in Brand gesteckt, ein türkisches Lebensmittelgeschäft und das Versammlungslokal eines türkischen Vereins wurden mit Steinen beworfen. Auch die Familie Genc hatte bereits Drohungen erhalten. Skinheads, die sich im nahegelegenen Park »Bärenloch« trafen (unter ihnen auch zumindest einige der Verhafteten), drohten: »Ihr werdet brennen wie die Juden«. Der als erster verhaftete Reher äußerte noch wenige Tage vor dem Anschlag die Absicht, das Haus in der Unteren Wernerstraße abzubrennen: *»Wir haben uns dieses Haus schon genau angeschaut. Es wird bald abgefakkelt«*. Merkwürdig ist auch, daß sich nach offizieller Darstellung kein Bediensteter der Tankstelle an vier angetrunkene Nazis, davon mindestens zwei im Skinhead-Outfit, erinnern kann, die einen Kanister Benzin kauften. Bleibt noch die chronologische Nähe zu anderen ausländerfeindlichen Anschlägen, die in der Nacht zum 29.05. in der Bundesrepublik ausgeführt wurden, zu erwähnen. Diese lassen an der »Spontanität« des Anschlags weitere Zweifel aufkommen.

Kontakte zum Rechtsextremismus

Auch über das Verhältnis der vier Tatverdächtigen zueinander existieren widersprüchliche Darstellungen. Das Solinger Tagblatt berichtet am 7. Juni, die Inhaftierten kannten sich seit Jahren. Sie haben regelmäßig sich regelmäßig am gemeinsamen Treffpunkt Grillplatz Bärenloch getroffen. Dem widersprechen Aussagen, die mutmaßlichen Täter haben sich nur »flüchtig« oder »gar nicht« (Köhnen) gekannt. Fakt ist, daß alle vier in der Kampfsportschule des einschlägig bekannten Bernd Schmitt verkehrten. Köhnen, Gartmann und Buchholz haben dort regelmäßig am Training teilgenommen. Reher hatte sich zumindest dort angemeldet, über seine Teilnahme am Training existieren widersprüchliche Aussagen.

Der DHKKV – Die Fäden laufen zusammen?

Bernd Schmitts Kampfsportschule »Hak-Pao« ist unter den Namen DHKKV (Deutscher Hochleistungskampfkunst- Verband) bzw. DKI (Deutsche Kampfsportinitiative) als Ausbildungseinrichtung und Saalschutz für Rechtsextremisten bekannt (siehe ausführlichen Artikel in Antifa. Zeitung NRW, Mai 93). Zeitweilig fand dort jeden Freitagabend getrennt vom öffentlichen Trainingsbetrieb ein »Nahkampftraining« statt, das von Rechtsextremisten aus mehreren Städten besucht wurde. Ausländer waren dabei nicht zugelassen. Trainiert wurde in Tarnklamotten mit Messern, Knüppeln und anderen Utensilien. Nach Berichten des antifaschistischen Nachrichtenmagazins »Germany Alert« war Schmitts DHKKV spätestens seit August 1992 eine Unterorganisation der Nationalistischen Front. Auf dem Parteitag in Kremmen/Brandenburg sei beschlossen worden, die Kampfsportgruppe als Ersatz für das zuerst geplante »Nationale Einsatzkommando« (NEK) einzuspannen. Der DHKKV sollte aus Angst vor Repression seine formelle Eigenständigkeit behalten. Nach Informationen aus dem inneren Kreis hatte der DHKKV bundesweit etwa 400 Mitglieder. Voraussetzung für eine Mitgliedschaft waren weniger sportliche Qualitäten als eine »nationale Einstellung«. Bernd Schmitt entschied angeblich allein über die Aufnahme. Die Führung des DHKKV stellten neben Schmitt die in vielen Nazi-Organisationen aktiven Bernd Koch und Wolfgang Schlösser (siehe Antifa. Zeitung NRW, Mai 93). Koch schildert die Situation beim DHKKV-Führungstrio kurz nach dem Anschlag folgendermaßen: *»..da hat der Bernd Schmitt mich abgeholt.. raus, raus, raus, es geht jetzt gleich los... da hab' mal erst eine Nacht übernachtet bei einem anderen Kameraden...«*. Schmitt und Schlösser sind seitdem untergetaucht, die Kampfsportschule in Gräfrath, inzwischen fristlos gekündigt, ist geschlossen, nachdem DHKKV-Leute in einer Nacht- und Nebelaktion kistenweise Material hinausgeschleppt hatten. Bernd Koch selbst hat zugegeben, den 16jährigen Felix Köhnen *»mit leichtem Propagandamaterial«* agitiert zu haben. Von Bedeutung sein könnte der »Führungsstil« des untergetauchten Profilneurotikers Schmitt. Er, der sich mit zahlreichen Meistergraden schmückt, die er nie erworben hat und der mittlerweile aus fast allen Kampfsportverbänden rausgeflogen ist, in denen er Mitglied war, legte nämlich immer Wert darauf, ein ausgesprochenes Autoritätsverhältnis zu seinen Schülern aufzubauen. Für viele seiner Schüler mit labiler Persönlichkeit spielte Schmitt die Rolle des »Ersatz-Vaters«. Beobachtungen von mehreren Bekannten Schmitts lauten übereinstimmend, daß zumindest einige seiner Schüler alles taten, was Schmitt wollte.

Weitere Spuren nach Rechts

Interessant wäre auch die Rolle von Brigitte Reher, der Mutter von Christian. Sie selbst hat Verbindungen ins rechtsextreme Spektrum. So hat sie noch Pfingsten am Treffen der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« in Bayern teilgenommen. Ihr Freund Thomas Leck ist nach Informationen von »Germany Alert« mit führenden Mitgliedern der Düsseldorfer »Freien Wählergemeinschaft« (FWG) befreundet. Mutter und Freund sind ebenfalls untergetaucht. Mitt-

lerweile räumen sogar die Ermittlungsbehörden Verbindungen der Verhafteten zu rechtsextremistischen Kreisen nach Köln und Düsseldorf ein, wie das Solinger Tageblatt am 14. Juni berichtete. Gesichert ist die DVU-Mitgliedschaft von Markus Gartmann, dessen Parteiausweis bei der Hausdurchsuchung gefunden wurde.

Einschätzung: Rechter Terror und Asylrechtsänderung

Zwei Tage nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts in der Bundesrepublik ging es los. Militante Faschisten nahmen die nächste Teiletappe ihres mörderischen Feldzuges in Angriff. Ziel: Die hier seit Jahrzehnten lebenden Ausländerinnen und Ausländer.

Nun hat es in der jüngeren Vergangenheit der Bundesrepublik rassistisch motivierte Anschläge gegeben, die in etwa nach dem Muster der verharmlosenden Geschichte der Boulevardzeitungen abliefen. Außenseiter meinten sich in Cliquen durch Gewalttaten profilieren zu müssen. Cliquen, in denen permanent bei zu vielen Bieren davon gefaselt wird, gegen die AusländerInnen müsse endlich etwas geschehen, »da müßte mal eine Bombe drauffliegen«. Jugendliche Republikaner und DVU-Anhänger meinten mehr tun zu müssen, als nur Reden zu halten und Flugblätter zu verteilen. Geleitet werden die *»irregeleiteten Chaoten und Extremisten«* (Außenminister Kinkel nach Solingen) nicht nur von strammen Rechten wie in der Klingenstadt, sondern auch von der bürgerlichen Politik. Im Bundestag herrscht seit Jahren der Konsens, gegen die von Rechten propagierte »Überflutung« der Bundesrepublik vorgehen zu müssen. Die CDU heizte Wahlkämpfe mit diesem Thema an und die SPD zog nach. Seit Jahren werden Bestimmungen und Gesetze verschärft, die es ImmigrantInnen und Flüchtlingen immer schwerer machen, in der BRD einen gesicherten Aufenthalt zu bekommen.

Die PolitikerInnen teilen die ImmigrantInnen in ein schwer durchschaubares, gesetzlich verankertes Raster, in dem die einzelnen je nach Herkunft und Vorgeschichte mehr oder weniger erwünscht sind. Die komplizierten Unterscheidungen zwischen EG-Staatsangehörigen, SpätaussiedlerInnen, ImmigrantInnen mit Herkunftsländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, VertragsarbeitnehmerInnen, geduldeten und anerkannten Flüchtlingen, AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlingen können von kaum jemand mehr nachvollzogen werden. Insbesondere rassistische Jugendliche unterscheiden nur noch zwischen »Asylanten«, »Türken« und »Polen«. Sie werfen alle in einen Topf und ihre Brandsätze scheinbar blind und wahllos auf Opfer aus diesem Kreis.

Längst gibt es polizeiliche Ermittlungen sowie Beobachtungen von AntifaschistInnen, die Absprachen vor Gewaltoffensiven der Neofaschisten aufdeckten. So soll nach Angaben eines Mitarbeiters des ehemaligen »Gemeinsamen Landeskriminalamtes« für die neuen Bundesländer Mitte des Jahres 1991 ein Treffen mit dem Kühnen-Nachfolger Christian Worch von der Nationalen Liste aus Hamburg stattgefunden haben. Die Teilnehmer waren sich einig, daß verstärkt Aktionen gegen ImmigrantInnen durchzuführen seien. Kurze Zeit später tobte der von organisierten Rechten durchsetzte Mob von Hoyerswerda.

Ende August des letzten Jahres trafen sich dann Neonazis aus ganz Europa im belgischen Diksmuide. Bei dem alljährlich stattfindenden nationalistischen Gedenktag der Flamen erscheinen jeweils mehrere tausend Rechte. Letztes Jahr wurde dort in einem Arbeitskreis über einen Gegenschlag gegen die Linke beraten. Unmittelbar danach entstanden in der gesamten BRD sogenannte Anti-Antifa-Gruppen, die dann auch tatsächlich Psychoterror und Gewalt gegen Teile der bundesdeutschen Linken ausübte. Terrorisiert wurde ein breites Spektrum, vom Gewerkschafter aus Bochum bis zur aktiven Antifaschistin aus Bonn. Zum Feindbild gehören auch Kommunalpolitikerinnen und Lehrer. Eine zentrale Figur ist auch hier wieder Worch aus Hamburg.

Auch bei dem Solinger Anschlag kann es sich um eine abgesprochene Sache handeln. Mit der Abschaffung des Asylrechts haben die Rechtsaußen ein Etappenziel ihrer rassistischen Politik erreicht. In Sachen Asylrecht haben die Bürgerlichen längst vor den Rechtsradikalen kapituliert, die Grundideen des drei Tage vor dem Anschlag in Solingen neugeregelten Asylrechts finden sich im Programm der Republikaner von 1990.

Begannen die militanten Rechten unmittelbar nach der gesetzlichen Verankerung des de-facto Einreisestopps für Flüchtlinge gegen ihr nächstes Feindbild vorzugehen, die ArbeitsimmigrantInnen? Daß die Rechten den Kreis ihrer Angriffsziele momentan erweitern, zeigen die Anti-Antifa-Aktivitäten gegen Linke. Für ein koordiniertes Vorgehen spricht auch, daß es in der Nacht von Solingen bundesweit gleich fünf rassistisch motivierte Anschläge gab, zwei in München, je einer in Recklinghausen, Berlin und Solingen. Auch die Ausführung der Anschläge hat sich plötzlich bundesweit geändert. Die Knochenköpfe werfen jetzt nicht mehr mit Brandsätzen, sondern dringen in die Häuser ihrer Opfer ein und legen gezielt an zentralen Stellen verheerende Brände.

Wo wären die Wirtschaft und das soziale System ohne die Arbeit der ImmigrantInnen? Wie tief rutscht das internationale Ansehen der BRD durch die anhaltende rechte Gewalt, wiederum zum Schaden der Wirtschaft? PolitikerInnen müssen bestrebt sein, schleunigst Schadensbegrenzung auf internationaler Ebene zu betreiben. Hierzu scheint vor allem zu gehören, den braunen Sumpf von Solingen und Umgebung völlig im Dunkeln zu lassen. Wer aber wegschaut und schweigt, läßt die rechten Terroristen gewähren und weitermachen. Die vier in Solingen festgenommenen Bauernopfer sind kein Verlust für eine Szene, die ansonsten wenig Repression unterliegt und bundesweit tausende von Gefolgsleuten hat.

Seit dem Verbot der »Aktionsfront nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten« (ANS/NA) des verstorbenen Nazi- Führers Michael Kühnen Mitte der 80er Jahre wissen die Rechten, wie sie Verbote unbeschadet überstehen können. Kaum ist die eine Gruppe verboten oder in der Öffentlichkeit diskreditiert, werden zwei neue gegründet. Und je mehr Gruppen existieren, desto wirkungsloser ist das Verbot von drei oder vier einzelnen Organisationen. So blieben bei den Verboten der Nationalistischen Front, der Deutschen Alternative und der Nationalen Offensive durch Innenminister Seiters im Dezember letzten Jahres zentrale Organisationen der neofaschistischen Rechten unbeschadet. Etwa die Freiheitliche Arbeiterpartei, eine der Nachfolgeorganisationen der verbotenen ANS/NA, die von Kühnens Anhänger nach dem Verbot unterwandert wurde. FAP-Skins sorgen beispielsweise für anhaltenden Terror in Essen. In Bonn terrorisiert die FAP ImmigrantInnen und Linke. Unbeschadet blieb auch die Nationale Liste des oben erwähnten Christian Worch mit ihren Ablegern in den neuen Bundesländern. Worch war übrigens auch bei den Angriffen in Rostock vor Ort.

Die wenigen Verbote durch Innenminister Seiters sind eher als Schauveranstaltung zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit anzusehen. Effektiv waren sie nicht.



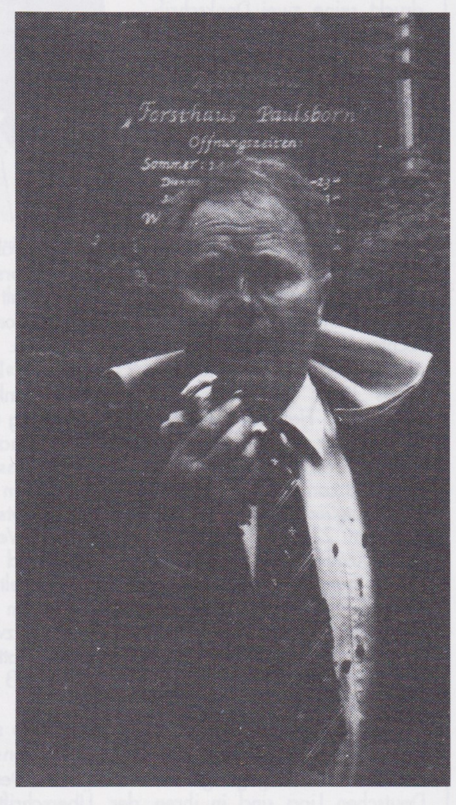
Die Neue Rechte

Und wieder eine neue Rubrik! In Zukunft versuchen wir einen von uns schon lange vernachlässigten Bereich des Neofaschismus intensiver im INFO darzustellen. Die sogenannte »NEUE RECHTE«, die sich aus den Ideen der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik in den 70er Jahren wiederbelebt hat und heute stärker an Einfluß zu gewinnen versucht. Im INFO Nr.18 ist ein Artikel über die geschichtliche Entwicklung nachzulesen. Zu recht ist damals kritisiert worden, daß wir uns lediglich die Jungen Nationaldemokraten und die Nationalistische Front aus dem Bereich der militanten Neofaschisten, als Beispiele der Vertreter dieser Ideologie, herausgesucht haben. Das hat mehr Verwirrung als Klarheiten geschaffen. Vertreter der »Neuen Rechten« und noch mehr die Übernahme ihrer Ideologie, wie es bei der JN oder NF besteht, finden wir nicht nur im Bereich der Militanten oder den rechten Parteien, sondern, was aus unserer Einschätzung viel gefährlicher ist, punktuell, in konservativen bis hin zu linken Parteien und Diskussionszusammenhängen. Die eigentlichen Motoren der »Neuen Rechten« entwickelten sich in erster Linie nicht über Parteien, sondern gruppierten sich um Zeitschriften und Denkzirkel. So ist z.B. für uns das Projekt »Paneuropa« eine eigene, im CDU-Bereich entwickelte Europa-Idee, die ihre Wurzeln zwar anfangs der 30iger Jahre hat, aber erstmal mit der »Neuen Rechten« nichts zu tun hat. Deswegen versuchen wir in einer neuen Rubrik einen Überblick über die Wurzeln und die neuesten Entwicklungen zu geben. Dabei werden wir natürlich nicht an ihren Ausläufern, wie z.B. der Braunzone (d.h. Verbindungen zwischen Konservativer und Neofaschistischer Ideologie) oder an ihrem Einfluß in Parteien, vorbeigehen. Wir hoffen auf euer Anregung, Infos und Kritik...

Die »Deutsch-Europäische-Studiengesellschaft (DESG)« und die »Denkfabrik Europa der Völker«

In ihrer Mai-Nummer der DESG-inform (Infoblättchen der DESG) titelt die Zeitschrift: *»GEWALT GEGEN RECHTS. In letzter Zeit werden nicht nur Parteitage und Versammlungen rechter Parteien zu stören und zu verhindern versucht, sondern neuerdings auch Seminare von Theoriezirkeln und Treffen von Leserkreisen. Dieses Schicksal traf am ersten Mai-Wochenende auch die 5. Tagung der Denkfabrik Europa der Völker in Berlin. Kurz vor Beginn versperrten Angehörige »Unabhängiger antifaschistischer Gruppen« die Zugänge zum Tagungslokal und verweigerten mit Brachialgewalt einigen Besuchern den Zutritt... Da der Wirt des Tagungslokals Angst um sein Etablissement hatte, konnte das Seminar nicht stattfinden.«*

In einem Flugblatt, das am 1. Mai von den antifaschistischen Gruppen an die Gäste des Lokals im Grunewald verteilt wurde, heißt es: *»Inmitten des bunten Treibens findet hier heute eine Konferenz statt. Faschistische und national konservative Politiker von Republikanern oder der Deutschen Liga und auch honorige Professoren von verschiedenen Universitäten treffen sich heute ab 15 Uhr in diesem Gasthof. Sie werden sich auf dieser Konferenz, die sie Denkfabrik Europa der Völker nennen, damit beschäftigen, wie sie ihren Einfluß in das realpolitische Geschehen ausbauen können. In Äußerungen auf vorangegangenen Treffen dieser Art bekundeten diese Schlips- und Kragen-Faschisten Sympathie mit den Schlägerhorden von Rostock, Hoyerswerda, Mölln etc. Sie diskutieren zum Beispiel einen Reichsverfassungsentwurf mit dem faktisch alle heute noch verankerten Grund- und Menschenrechte beseitigt werden sollen...«*



Teilnehmer der 5.Tagung der Denkfabrik Europa der Völker am 1. Mai 1993 in Berlin-Grunewald: Pech gehabt!

Da können wir nur sagen: Volltreffer, hier haben Antifas einmal eins jener Treffen der »Neuen Rechten« erwischt, die nicht so sehr in unserem Blickfeld liegen und die ganz bewußt in aller Stille ablaufen sollen. Nicht umsonst sollte dies schon die 5.Tagung der DEUTSCH-EUROPÄISCHEN STUDIENGESELLSCHAFT (DESG) in Berlin werden. Seit der ersten Tagung am 13./14.4.91 wurde hier sozusagen unter Experten der Ernstfall offen diskutiert. Als Arbeitsergebnisse werden in der DESG-inform 8/92 in einer Zwischenbilanz Konzepte vorgestellt, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus bis Ende der 90er Jahre den Untergang des Kapitalismus vorhersagen und an der Entwicklung des »neuen Reiches« arbeiten. Diese sind, mit Ausnahme des ersten Textes von LOTHAR PENZ (der in der Reihe »Junges Forum« erschien), alle von REINHOLD OBERLERCHER und in der Zeitschrift »Staatsbriefe« von HANS DIETRICH SANDER (schon im Info 22 beschrieben) abgedruckt worden.

Oberlercher, der sich selbst als Theoretiker des SDS der 68er und Mitarbeiter von Rudi Dutschke bezeichnet, legte auf der 3.Tagung seine Eischätzung vor: *»Sah es am ereignisreichen Ende der 80er Jahre für die*

verblendeten Westextremisten so aus, als habe der Kapitalismus über den Kommunismus gesiegt, so wird spätestens am Ende der 90er Jahre vor aller Welt deutlich geworden sein, daß mit dem Zusammenbruch des Kommunismus der Untergang des Kapitalismus begann, daß beide nur zwei Seiten derselben Sache waren und sich wie Krummstab und Geißel ergänzten.«

Es werde zu einem »Systemzusammenbruch« kommen, und *»die Chaossituation haben wir in zwei Jahren, kurz nach der Bundestagswahl, wenn der Parlamentarismus nicht mehr regierungsbildungsfähig ist. Dann spätestens müssen die Denkzirkel zu Ende gedacht haben und dann sind auch Teile des Staatsapparates bereit, das systemüberwindende Programm der notwendigen Maßnahmen durchzuführen. Da ist einiges zu machen weil der Staatsapparat selbst auseinanderfallen wird.«*

Infolgedessen legt Reinhold Oberlercher ein Jahr später in der Nummer 1/93 der Zeitschrift »Staatsbriefe« konsequent einen »Entwurf eines Hundert-Tage-Programms der nationalen Notstandsregierung« vor. In hundert einzelnen Forderungen wird ein Programm entworfen, das »das deutsche Volk von den gröbsten Übeln zu befreien hat«. Daraus einige Punkte:
»4. Einstellungsverbot für ausländische und volksfremde Arbeitskräfte am deutschen Arbeitsmarkt, und zwar auch für jene Arbeitsplätze, die ausländisches Eigentum sind.
5. Beschäftigungsverbot für ausländische und Volksfremde Arbeitskräfte am Deutschen Arbeitsmarkt ein Jahr nach Erlaß des Einstellungsverbotes.
10. Ausweisung aller arbeitslos gewordenen Ausländer.
18. Hohe Geld- und Arbeitsstrafen für unerlaubten Aufenthalt in Deutschland.
47. Verbot des Pazifismus und des Bellizismus als den beiden Grundformen totalitärer Ideologie und Rechtszerstörung.
48. Wiederherstellung von Krieg und Frieden als völkerrechtlicher Begriffe wie als außenpolitischer Realitäten.
83. Säuberung der deutschen Sprache und der öffentlichen Schrift von Amerikanismen und anderen Verfremdungen.
97. Revision des Geschichtsbildes zu Gunsten Deutschlands und weltweite Durchsetzung mittels auswärtiger Kulturpolitik.
98. Durchsetzung der deutschen Sprache als anerkanntes Gemeingermanisch und führende Kultursprache der Welt...«

Diese Punkte haben wir deshalb so ausgeführt, um einmal greifbar zu machen, welcher uralter Müll hier auf hochgespieltem Niveau verbraten wird. Die restlichen Forderungen sind im gleichen Stil. Selbst die »Frankfurter Allgemeine« vom 24.4.93 erkannte, die »Staatsbriefe« hätten mit dem Hundert-Tage-Programm von Oberlercher *»die Karten auf dem Tisch gelegt«*. Das Programm erinnere *»fatal an das, was im Deutschland der dreißiger Jahre praktiziert wurde«*. Soweit zum Inhalt.

Wer ist dieser »Theoriekreis«

Der »Theoriekreis«, der die Tagungen organisierte, hat eine lange Geschichte, die bis in die 60er Jahre zurückreicht. Die Initiatoren wie KLAUS DIETER LUDWIG und der heutige Geschäftsführer der DESG, HEINZ DIETER HANSEN (Hamburg), kommen zum einen aus dem 1960/61 verbotenen »Bund Nationaler Studenten« (BNS), der als Vorläuferorganisation der »jungen/neuen Rechten« gilt. LOTHAR PENZ (Hamburg) der die Denkfabriktagungen mitgestaltet, gründete hieraus das »Junge Forum«, das erste eigenständige Organ der »Neuen Rechten«. Er war der führende Vertreter des »SOLIDARISMUS«, einer auf OTTO STRASSER zurückgehende Idee der »Neuen Rechten« (siehe Kasten).

Bert Wawrzinek



Bert Wawrzinek, Betreiber einer »nonkonformen« Buchhandlung, ist einer der ersten Vertreter der »Neuen Rechten« in den neuen Bundesländern. Der Dresdener ist Begründer und dann langjähriger stellv. Vors. des »Sachsenbund e.V.« und veranstaltete in diesem Rahmen Gedenkfeiern für General Olbricht und Fahrten zur letzten Ruhestätte des »Kampffliegers« Max Immelmann. Wawrzinek ist allerdings auch in allen Kreisen der sog. »Neuen Rechten« zuhause. In der Zeitschrift »Europa vorn« berichtete er vom »Initiative Deutschland 90«-Kongreß, den die führenden Theoriezeitschriften »wir selbst«, »Europa« (heute »Zeitenwende«) und die »Junge Freiheit« gemeinsam im Nov.90 in Koblenz veranstalteten. Neben Referaten von Hans-Ulrich Kopp, Siegfried Bublies, Harald Thomas und Dieter Stein lieferte das Mitglied der Wiking Jugend, Frank Rennicke, das musikalische Beiprogramm. Wawrzineks Resumee damals: es bedarf einer Querfrontstrategie, das Vereinen des Nationalen mit dem Sozialen, die ehrliche Verständigung jenseits ausgetretener Pfade, und es wird mehr bringen als der x-te Aufguß einer »Ausländer-raus!«-Partei. Und genau in diesem Sinne, den Ideen der »Konservativen Revolution« der Weimarer Zeit, arbeitet er. Er ist als Autor in »wir selbst« zu finden, nimmt die Täter von Hoyerswerda in Schutz, interviewt für die »Junge Freiheit« Robert Rink von der DSU und kommentiert in der Mai-Nr. von »Europa vorn aktuell« die Gespräche von Constantin Meyer (Nationale Offensive) mit der damaligen PDS-Vizechefin Christine Ostrowski dahin, aufgrund der gemeinsam erlittenen Ausgrenzung durch die Etablierten enger zusammenzuarbeiten!!!

Rudolf Krause:

Der erste REP im Bundestag

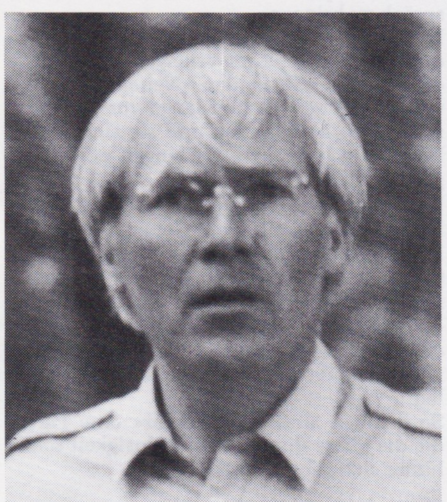


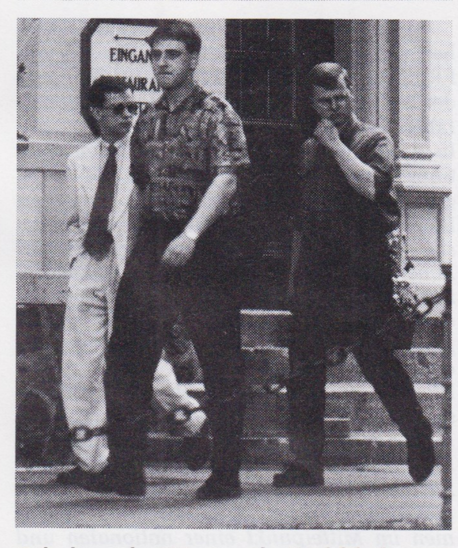
Einer der begehrtesten Männer in den Zeitschriften der »Neuen Rechten« ist zur Zeit Rudolf Krause. »Staatsbriefe« druckt seine zwei Denkschriften. »Europa vorn aktuell« gewinnt ihn für ein Interview und einen Artikel und »Junge Freiheit« berichtete sowieso ständig über seine Aktivitäten. Krause, Jahrgang 1946, wohnhaft in Bonese, wurde 1990 im Wahlkreis Altmarkt für die CDU in den Bundestag gewählt. Er war Mitinitiator des 1992 gegründeten »Deutschland-Forum«, ein Zusammenschluß der äußerst rechten Kreise in der CDU. Initiatoren waren unter anderem Claus Jäger (MdB, Göppingen) und Heinrich Lummer (Berlin), der neben Krause einer der drei Sprecher ist. Bis März 93 sammelte das Forum 500 Mitglieder um sich. Bereits am 23.11.92 veröffentlichte Krause eine Denkschrift »Zur nationalen deutschen Frage«. Sie strotzte nur vor dumpfem Urgrund in den Formulierungen und enthielt unter anderem die Feststellung, die »rechtskonservativen Parteien NPD, Republikaner, DVU und die aus Dissidenten dieser drei Parteien hervorgegangenem Deutschen Liga sind in ihren Programmen im wesentlichen verfassungskonform« und somit koalitionsfähig. Auf Druck vom Landesvorstand der CDU Sachsen-Anhalt veränderte er leicht den Wortlaut, nicht jedoch Inhalte. Als er die 2.Denkschrift »Deutschlandpolitische Gedanken; Volksparteien- Führung und Ordnung« am 18.3.93 nachlegte, wurde ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet. Am 15.4. stellt er sich der Deutschen Liga als Referent zur Verfügung (siehe Rechter Rand Nr.22). Am 24.5. wechselte er zu den REPs nachdem er mit Schönhuber bereits zwei Vorgespräche geführt hatte, und kam so dem Ausschluß zuvor.

Als Kostprobe seines »urdeutschen« Denkens ein Zitat aus der ersten Denkschrift unter der Überschrift *»Die völlige Verwahrlosung weiter Teile der deutschen Jugend«: »Charakterloser Internationalismus, selbstmörderischer Liberalismus und das Fehlen von Nationalstolz, nationaler Würde, nationaler Verantwortung, nationaler Ehre und nationaler Identität im gesamten linkslastigen Bildungssystem haben besonders in der Zeit der Verwahrlosung der religiösen Grundsätze und ethischen Normen verheerende Folgen auf die Jugend. Hierzu kommt die kriminell- militante Aggression von Medien, intellektueller Öffentlichkeit und verhetzten linken Jugendlichen, die jede gesunde nationale Regung in eine gleichermaßen kriminelle, aber rechte Ecke zu stellen versucht und das Wachsen einer gesunden nationalen Jugendbewegung verhindert, die unsere heranwachsenden Mädel und Jungen wieder inneren Halt, Achtung vor den alten Menschen, Achtung vor der deutschen Handarbeit, Achtung vor der deutschen Mutter, Achtung vor der deutschen Familie und Achtung auch vor dem verwundeten und wehrlosen Ausländer anerzieht. Eben des Fehlen all dessen, was man deutschen Edelmut, sittliche Größe, gesundes Volksempfinden und kerndeutsche Anständigkeit nennen kann.«*

Die gesunde nationale Jugendbewegung aus Hoyerswerda, Mannheim, Rostock, Mölln, Solingen und ... läßt grüßen.







Teilnehmer der 5.Tagung der Denkfabrik am 1. Mai 1993 in Berlin-Grunewald

Zum anderen gründete 1964 SVEN THOMAS FRANK (heute REP-Aktivist), die »Initiative der Jugend« aus der die »Außerparlamentarische Mitarbeit«, ein Zentrum der »nationalrevolutionären Basisgruppen«, hervorging. Zusammen mit den »Basisgruppen Neuer Nationalismus« aus Bochum, in der auch HENNING EICHBERG aktiv war, und den »Volkssozialisten« um Friedhelm Busse (der heutige FAP-Führer) trafen sich all diese Gruppen, mit teilweise verschiedenen Ansätzen, im Diskussionszirkel der »Sababurgrunde« seit Anfang der 60er Jahre in Nordhessen. Getragen wurden diese Treffen von einem Gönner- und Förderkreis, der sich seit Ende der 60er Jahre »Deutsch-Europäische Gesellschaft« nannte. 1972 entstand hieraus die »Deutsch-Europäische Studiengesellschaft« in ihrer heutigen Form. Im Gründungsvertrag der GmbH saßen Vertreter der »Neuen Rechten« wie LUDWIG und MICHAEL MEINRAD, zusammen mit den jüngeren NPD-lern GÜNTER DECKERT (heute wieder NPD) und PETER DEHOUST (heute Hrsg. von »Nation und Europa« und Mitglied der »Deutschen Liga«). In den Sababurgrunden gaben vor allem Henning Eichberg, Lothar Penz und WOLFGANG STRAUß ihr bestes von sich und formulierten die Grundlagen der »Neuen Rechten« in Distanz zur »Alten Rechten«, die sich auch nach dem Scheitern der NPD '69 an der 5% Hürde parteipolitisch betätigte. Anschließend wurden die Theorien zur Erneuerung des Rechten Lagers im »Jungen Forum« wiedergegeben.

Mit Gründung überregionaler Organisationsstrukturen der »Neuen Rechten« (wie »Sache des Volkes« und »Solidaristische Volksbewegung«) verlor die DESG in den späten 70er Jahren an Bedeutung. Der Seminarbetrieb wurde einige Jahre eingestellt und erst am 1./2.12.84 wiederbelebt. Damals wurden die Versuche resümiert, die Einfluß auf die Grünen und ökologische Themen gewinnen wollten. ReferentInnen waren URSULA HAVERBECK-WETZEL (Weltbund zum Schutze des Leben) und NPD-Funktionär ROLF KOSIEK. Seit 1985 gibt die DESG unter Klaus Dieter Ludwig ein eigenes 8-seitiges Informationsblatt heraus, das einen breiten Überblick über die Aktivitäten im neofaschistischen, bis hin zur Braunzone des konservativen Lager gibt. Eine Rubrik »Linke« ist ebenso vorhanden, wie vor allem die Beobachtungen des ehemaligen »Ostblocks«. Seit 91 wurde die »Sababurgrunde« unter dem Titel »Denkfabrik Europa der Völker« wieder neu aufgelegt. Es war längst überfällig, die biederen Brandstifter wieder ans Licht zu holen. ■

Zum Schluß sei noch auf eine gute Broschüre mit dem leider verharmlosenden Titel »Braunzone« verwiesen, die sich mit der DESG und dem »Hoffmann von Fallersleben-Bildungswerk« genauer befaßt (s. Anz.).

Die »Solidarier«

Der Begriff des »Solidarismus« geht zurück auf die von Eduard Stadtler, Karl Helfferich u.a. gegründete »Vereinigung für nationale und soziale Solidarität«, deren Mitglieder sich »Solidarier« nannten. Aus der von dieser 1919 initiierten »Vereinigung für politikfreie Politik« bildete sich der »Bund für Deutschlands Erneuerung« unter Stadtlers Vorsitz, der für eine Parteiüberwindung auf der Basis eines volksgemeinschaftlichen, sozialdarwinistisch begründeten Nationalismus agierte.

Als wichtige Ideologen der »Solidarier« gelten Arthur Moeller van den Bruck und Max Hildebert Böhm. Die »Solidarier« konstituierten sich zum »Deutschen Herrenklub«, der sich im Juni 1919 aus Protest gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages in »Juni-Klub« umbenannte und zu dessen Gründungsmitgliedern auch Otto Strasser gehörte. Dieser legte in seinem Buch »Der Aufbau des deutschen Sozialismus (Solidarismus)« die Grundsätze des »Solidarismus«fest, dessen zentrale Ordnungsidee er wie folgt umschrieb: »Die Herausbildung einer tragenden Elite ist schlechthin die Lebensfrage einer neuen Ordnung... gemäß einem zu prägenden Idealtyp der deutschen Weseheit.«

Entnommen aus dem Buch »Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik« von Margret Feit, Campus Verlag 1987

Referenten bei der »Denkfabrik Europa der Völker«

1.Tagung am 13./14.April 1991

-PENZ, LOTHAR (DESG, Hamburg);
Thema: »Das souveräne Deutschland braucht ein souveränes Volk«

-STRAUSS, WOLFGANG (führender Theoretiker der »Neuen Rechten«)

-SCHMÄHLING, ELMAR (Flottillenadmiral, er hat kurzfristig abgesagt)

-WEBER, ERICH (»Wirtschaftsjournalist«)

2.Tagung am 9./10. November 1991

-Prof.Dr. SEIFERT, WOLFGANG (lehrt an der Uni in Kiel);
Thema: »Die Auswirkungen im Ostblock auf die Ökonomische Situation und die deutsche Politik«

-Dr. SIMON, HELMUT (Pressesprecher der REPS in BaWü)
Thema: »Von auserwählten Völkern und gelobten Ländern«

-Prof.Dr. LORKOVIC, HRVOJE (Hamburg)
Thema:»Über die Herausbildung eines neuen Identitätsbewußtseins bei den Kroaten«

-Dr. POTRZEBOWSKI, STANISLAW (PL)
Thema: »Über die Polnische Gruppe 'Zagruda'«

3. Tagung am 2./3. Mai 1992

-KUNZE, KLAUS (Rechtsanwalt aus Uslar/Niedersachsen);
Thema: »Gibt es überhaupt einen idealen Staat«

-KRAUSE, ROLF (Rechtsanwalt)
Thema: »Über den Wesensgehalt des Grundgesetzes«

-Dr. OBERLERCHER, REINHOLD;
Thema: »Erläuterungen zum Reichsverfassungsentwurf«

4. Tagung am 8./9. November 1992

-PENZ, LOTHAR;
Thema: »Die Weimarer Hypothek der Bonner Demokratie«

-MÖLZER, ANDREAS (Bundesrat und Grundsatzpolitischer Referent der FPÖ in Österreich);
Thema: »Entwicklungen in Österreich«

-Dr. SANDER, HANS DIETRICH (»Staatsbriefe«, München) und Rechtsanwalt PAULI, JOHANNES (Mitbegründer der »Deutschen Liga«)
Podiumsdiskussion: »Ob auf dem Parlamentarischen Wege mit einer politischen Partei – wie z.B. den Republikanern – die Volkssouveränität als Seele der Republik wieder zurückgewonnen werden könne.«

DSU bundesweit zu den Wahlen

Der 5. Bundesparteitag der »Deutschen Sozialen Union« hat es am 24.4.93 entschieden: Die DSU, bis jetzt als »Schwesterpartei« der bayr. CSU geführt, wird eine bundesweite Ausweitung anstreben. Durchgesetzt hat sich der Befürworterkreis um den bisherigen sächsischen Landesvorsitzenden ROBERT RINK (Hrsg. des Diskussionspapieres »Deutschland pur« gegen den bisherigen Bundesvorsitzenden REINHARD KELLER, der die Partei verließ. Rink wurde zum neuen Bundesvorsitzenden, ROLF LATUSSEK (zudem noch Bund der Vertriebenen-Vizepräsident) und BÄRBEL BALLHORN (ehemals SPD) wurden zu den StellvertreterInnen gewählt. Die Ausdehnung war bereits länger versucht worden. Gesprächspartner waren hierbei die nach 32 Jahren wiedergegründete »Deutsche Partei« (Vors. WOLF V. ZWOROWSKY, 21 Jahre CDU-Abgeordneter), die von Brigadegeneral a.D. REINHARD UHLE-WETTLER (ex-REP) neugegründete »Gemeinschaft Freiheitlicher Demokraten«, die »Christliche Liga, biebeltreue Christen«, die »Unabhängigen Ökologen« (um Gruhl und den Flügel, der die ÖDP verließ) und aktive Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis des »Deutschland-Forums«. Vorangetrieben wurde dieser Prozeß von WERNER ROTH und BALDUR JAHN. Roth leitet den »Konservativen Gesprächskreis Wetzlarer Forum« und zusammen mit CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING (Hrsg. von »Criticon«, München) das »Konservative Büro« in Bielefeld. Baldur Jahn ist langjähriges Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Junge Freiheit«, und Kreisvorsitzender der DSU in Gleithein (Sachsen). Er arbeitete zusammen mit Robert Rink im DSU-Arbeitskreis »Geschichte und Zukunft Deutschlands«, die im Nov.92 ein überparteiliches Offenes Forum im Rathaus von Leipzig veranstalteten. Gastreferent war wiederum Caspar von Schrenck-Notzing. Am Rande: Robert Rink war auch für die Unterstützung der »Opfer« der Hausdurchsuchungen in Sachsen – die nach den ausländerfeindlichen Anschlägen stattfanden – Ansprechpartner.

Einschätzung: Der Kreis, der sich hier als bundesweite Wahlpartei versucht, wird allein (ohne die REPs im Westen), auch aus finanziellen Gründen, kaum Chancen für die kommenden Wahlen haben. Dennoch ist die Mischung hochinteressant.

Europa vorn - wo geht's lang?

Verwirrung kann zur Zeit bei der Lektüre des Impressums des »neurechten« Blättchens »Europa vorn aktuell« eintreten. Bis Februar 93 gab der Deutsche Liga Aktivist MANFRED ROUHS (Köln) die Zeitschrift allein heraus. Am 15.2.93 wurde er vom Kreis CHRISTIAN EITEL, TORSTEN LEMMER, PETRITSCH und Rouhs abgelöst. Petritsch ist Mitglied der Faschoband »Störkraft«, Lemmer (Düsseldorf) ist der Manager und war langjähriger Fraktionsgeschäftsführer der »Freien Wählergemeinschaft« (FWG) Düsseldorf. In der nächsten Nummer von »Europa vorn aktuell«, die 14-tägig erscheint, wird eine »LER & Partner GmbH i.G.« als Hrsg. präsentiert. LER steht für Lemmer (Geschäftsführer), Eitel, Rouhs (Geschäftsführender Gesellschafter). Im selben Heft wird die Gründung der »Modernen Zeiten« bekanntgegeben, die Fascho- und Skin-Platten vertreibt und das gleichnamige Fascho-Musikzine zusammen mit Andreas Zehnsdorf (vormals Hrsg. von »(Ketzerblatt) FRONTAL«) herausgibt. Eine Nummer später heißt die ganze Angelegenheit »Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH i.G.«. Am 15.5.93 erscheint im ViSdP von »Europa vorn aktuell« wieder Manfred Rouhs allein – von Partnern keine Spur. Platten sollen allein über den »Europa vorn Vertrieb« bestellt werden und sind im Heft aufgelistet. Auch von der großspurigen Ankündigung, das 14-tägige Heftchen, ab Dez. 93 wöchentlich, in Konkurrenz zur »Jungen Freiheit« erscheinen zu lassen, ist nichts mehr zu lesen. Auch die »Europa vorn spezial«, die bis jetzt vierteljährlich erscheinen sollte und in der internationale Kreise der »Neuen Rechten« (ALAIN DE BENOIST F, ROBERT STEUCKERS BL, MICHAEL WALKER GB, MARCO TARCHI I) mitarbeiteten, soll in Zukunft unregelmäßig erscheinen.

Einschätzung: Hier scheinen neben einigen laufenden Querelen auch die Kapazitäten nicht unerschöpflich zu sein. Was nützt ein wöchentliches Erscheinen wenn man/frau dann nichts mehr in Händen hält.

»Förderkreis Gerhard Kaindl« gegründet.

Zu Ehren des am 4.4.92 bei einem Überfall ums Leben gekommenen Schatzmeisters der Deutsche Liga Berlin, wurde auf Initiative des »Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk« (Berlin) ein Förderkreis gegründet. Zu den ersten Mitgliedern zählen unter anderem Prof. Klaus Motschmann (Uni Berlin) und Herbert Barth. Barth steht dem Fallersleben-Bildungswerk vor, das Deutsche Liga dominiert ist.



»Partei Die Bürger - Vereinte Deutsche«

»Die Bürger« sind ein Konkurrenzunternehmen zur DEUTSCHEN LIGA. Diese Konkurrenz besteht jedoch nicht nur auf dem Papier, sie existiert tatsächlich und reicht bis zur gegenseitigen Denunziation. Im »Vergleich« zwischen der Liga und den »Bürgern« ist die Liga - bundesweit gesehen - klar dominierend, sie hat die bessere Infrastruktur und schafft es weitaus häufiger, sich mit spektakulären Aktionen ins Gespräch zu bringen.
In einigen Regionen haben die »Bürger« jedoch mehr Bedeutung erlangen können wie die Liga, so z.B. in den »Neuen Ländern«, wo die »Bürger« schon lange vor der Deutschen Liga aktiv waren und sie sich vor allem in Sachsen und Thüringen eine Basis geschaffen haben.
Ein weiterer regionaler Schwerpunkt dieser Partei ist das Rhein-Main-Gebiet.
Die »Bürger«, bzw. ihnen angeschlossene Gruppen, haben sich in der Vergangenheit nur mit mäßigem Erfolg an Wahlen beteiligt - jedoch, fast überall wo sie antraten, gelang es ihnen, die Deutsche Liga (oder der Liga nahestehende Wahlbündnisse) zu überholen.
So gesehen sind »Die Bürger« eine Partei, die die Phase der Bedeutungslosigkeit schon hinter sich gebracht hat.

National-Liberal?

Mit dem Begriff »national-liberal« beziehen sich die »Bürger« auf die Thesen von FRIEDRICH NAUMANN (1860-1919), einem der bedeutendsten Ideologen des »National-Liberalismus«.
In Anlehnung an diesen historischen »National-Liberalismus« sehen sich die »Bürger« als die »geistige Elite des deutschen Bürgertums« und ihre Aufgabe darin, *»dieses große nationale Erbe mit dem fortschrittlichen und humanistischen Gedankentum zu bewahren, fortzuführen und entsprechend den sich wandelnden gesellschaftspolitischen Erfordernissen weiter zu entwickeln.«*
Diese »gesellschaftspolitischen Erfordernisse« beschreiben die »Bürger« wie folgt:
»In einer Zeit, in der das soziale Denken geradezu pervertiert wird, wo nicht mehr der Einzelne mit seinem Schicksal, nicht mehr die soziale Volksschicht mit ihren Problemen im Mittelpunkt einer nationalen und sozialen Politik stehen, sondern Volksfeinde, Ausländer und selbsternannte soziale Randgruppen, die die öffentliche Meinung terrorisieren, in dieser, für das deutsche Volk so bedrohlichen Zeit, stehen die Bürger ein, für eine Demokratie des Volkes, für eine nationale Politik, in der die Interessen der Volksgemeinschaft gleichermaßen, wie die Interessen des einzelnen Bürgers berücksichtigt werden.«
Aus dieser »Erkenntnis« leiten die »Bürger« ihre Forderungen ab, wie z.B. *»Für den Schutz der einheimischen Bevölkerung und Kultur vor multikultureller Überfremdung«* und *»für eine Begrenzung der Einwande-*

Partei »DIE BÜRGER«

Der folgende Artikel ist uns vom »Antifa INFO Frankfurt/M.« zur Verfügung gestellt worden. Von dieser Zeitung sind bisher acht Ausgaben erschienen. Wer sich die Zeitung mal näher betrachten will, kann sie unter der Adresse: Antifa-Info, B. Becker, c/o Cafe EXZESS, Leipzigerstr. 91, 60487 Frankfurt/M. bestellen. Die Zeitung kostet 3,- DM plus Porto. Wieviel ein Abo kostet, können wir an dieser Stelle leider nicht sagen, da diese Information ihrer letzten Ausgabe nicht zu entnehmen ist. Für weitere Rückfragen steht Euch das Antirassistische/Antifaschistische Notruf- und Infotelefon Frankfurt unter der Nummer 069/703337 zur Verfügung.

Anhand ihres Selbstverständnisses zählen sich »DIE BÜRGER« zu den »Sammelparteien«, sie selbst nennen sich »NATIONAL-LIBERALE PARTEI FÜR DEUTSCHLAND« oder auch »PARTEI DIE BÜRGER - VEREINTE DEUTSCHE«. Doch setzen die »Bürger« nicht ausschließlich auf Mitgliederwerbung um jeden Preis, ihre Taktik besteht vor allem auch im Aufsaugen und in der Vereinnahmung schon bestehender Gruppen und Kleinstparteien und in der Eingliederung bereits bestehender gruppenübergreifender Strukturen in den »Dachverband« »DIE BÜRGER«. Mit dieser Taktik hatten sie in der Vergangenheit schon einigen Erfolg.

Im Rhein-Main-Gebiet hat sich bereits die Partei »DIE DEUTSCHEN« den »Bürgern« angeschlossen. Weitere enge personelle und ideologische Verflechtungen führen bspw. zur neofaschistischen VEREINIGUNG FÜR GESAMTDEUTSCHE POLITIK, zur hiesigen GDNF, aber auch zu Gruppen der Rechtskonservativen und der sogenannten Braunzone. Die besondere Bedeutung der »Bürger« besteht somit auch darin, daß sie den Brückenschlag zwischen dem rechts-konservativen Lager und den militanten Neofaschisten darstellt.

Gestern Los Angeles und Sarajevo,
1. Mai Kreuzberg und Friedrichshain!
Morgen schon Realität im Tiergarten ?



Multikulturelle Jugendliche treten auf einen wehrlosen Weißen ein

Wahlwerbung der »Bürger« in Berlin

rung insbesondere aus außereuropäischen Kulturkreisen«.

»Ausländer-Raus« und »Law-and-Order« zur Rettung des deutschen Kleinbürgertums und der deutschen Volksgemeinschaft - deutlicher kann eine rechtsradikale Politik kaum zum Ausdruck gebracht werden. Doch die »Bürger« vermeiden es, ihren politischen Standpunkt als »rechts« einzuordnen, sie ersetzen »rechts« mit »national« oder eben mit »deutsch« und berufen sich auf den historischen National-Liberalismus als *»eigentliche Begründerin der parlamentarischen Demokratie und der freiheitlich- demokratischen Grundordnung«.*
Doch diese Darstellung des historischen National-Liberalismus ist grundsätzlich falsch und somit erscheint der Bezug der »Bürger« hierauf in einem ganz anderen Licht.
Reinhard Kühnl hat in seinem Buch »Formen bürgerlicher Herrschaft« diesen National- Liberalismus analysiert und beschreibt deren führenden Vertreter Friedrich Naumann als einen Politiker, der den Parlamentarismus als *»brauchbares Instrument zur politischen Führerauslese«* sah. Zum Aufstieg des National-Liberalismus um die Jahrhundertwende schreibt Kühnl weiter:
»Die liberale Konkurrenz, die ursprünglich zur sozialen Harmonie und zum Glück aller führen sollte, wurde jetzt ins Brutal-Elitäre umgebogen: Im Kampf ums Dasein setze sich der Stärkere eben durch, und der Schwächere bleibe mit gutem Grund auf der Strecke. Das entspreche nicht nur dem Willen der Natur, sondern diene auch der Auslese der Besten und insofern auch dem Wohl der Gesamtheit.

Der neue Liberalismus, der sich in Deutschland bezeichnenderweise »Nationalliberalismus« nannte, hat nicht gezögert, aus diesen theoretischen Prämissen reale Konsequenzen zu ziehen und die imperiale Machtpolitik dieser Ära kraftvoll zu unterstützen. Zunächst einmal aber fungierte dieser Sozialdarwinismus als Rechtfertigung für die erbarmungslose Vernichtung der kleinen Selbständigen und die Unterwerfung der Lohnarbeiter durch die Kapitalistenklasse: »In jedem Geschäft und jeder Fabrik, geht ein beständiger Ausleseprozeß vor sich...Nur wenn die Zeiten ungünstiger und härter werden, wenn die Arbeitsplätze rarer werden, dann geht der Ausleseprozeß besser vor sich, und Unfähige und Unwürdige werden endgültig ausgeschieden. Das ist das Überleben der Besten...« - »Der Wettbewerb in der Wirtschaft ist kein Rosenbett, sondern ein Schlachtfeld, auf dem im Kampf ums Dasein diejenigen, die in industrieller Hinsicht sich am besten angepaßt haben, überleben«. Mit dieser Wendung des Liberalismus zum Sozialdarwinismus war die Gewalt als Mittel zur Lösung der Probleme menschlichen Zusammenlebens legitimiert, war der imperialistische Krieg ebenso gerechtfertigt wie die wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Diktatur. Hier ist der Punkt, an dem der Faschismus anknüpfen konnte.«

Ob die »Bürger« den »National-Liberalismus« nur vordergründig als Schlagwort benutzen, um die Kennzeichnung »rechts« zu umgehen, oder ob sie sich tatsächlich in der Tradition des historischen Nationalliberalismus sehen (so, wie sie es vorgeben), bleibt unklar. Eine ideologische Aufklärung findet in den Publikationen der »Bürger« kaum statt.
In jedem Fall bleibt der »National-Liberalismus« der »Bürger« nur eine politische Flickschusterei, bei der mit einem weniger verfänglichen Schlagwort vordergründig getäuscht wird und bei der unter allgemein positiv besetzten Begriffen wie »humanistisch«, »fortschrittlich« oder »liberal« rechte Ideologie gestreut wird.

Weitere Schwerpunkte im Programm und in den Forderungskatalogen der »Bürger« zeigen deutlich ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. So stehen die »Bürger« ein:
- für die Familie als Garant des gesunden (deutschen) »Volkskörpers«, zeitgemäß umschrieben als *»für die Förderung und den Schutz von Mutter und Kind. Die Kinder sind die Zukunft unseres Volkes. Ihnen gilt alle unsere Fürsorge.«* Die Übernahme von Lebensschützer-Parolen schließt sich daran logischerweise an.
- für Elitenbildung durch Forderungen *»für das gegliederte Schulsystem, das die Allgemeinbildung hebt und die Begabten fördert«* und *»für die Anpassung des Hoch- und Fachschulwesens an die ständig steigenden Bedürfnisse der Volkswirtschaft und des Arbeitsmarktes«.*
- für den angeblichen »Schutz des Klein- und Mittelstandes« u.a. durch *»Kontrolle der Übernahme deutscher Wirtschaftsbetriebe durch ausländische Konzerne«.*
Hierbei liebäugeln die »Bürger« mit dem imperialistischen Wirtschaftsmodell Naumanns, der einen Plan »einer mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit unter deutscher Federführung« entwarf.
- für den Ausbau der inneren Sicherheit, wofür die »Bürger« polizeistaatliche Konzepte parat haben. Der Schwerpunkt hierbei ist der Kampf gegen die »Ausländerkriminalität«, gegen »internationale Drogenhänd-

»Unabhängige Arbeiterpartei« (UAP)

Die UAP wurde 1962 gegründet und bezieht sich auf die Politik der Brüder Strasser, welche zu NS-Zeiten den »linken« Flügel der NSDAP verkörperten. Die Partei hat ihren Sitz in Essen und soll angeblich noch über mehrere hundert Mitglieder verfügen. In ihrem 30jährigen Bestehen konnte die UAP nicht einen Wahlerfolg erringen und konnte in den 70ern höchstens in Essen eine lokale Bedeutung erlangen.

Jedoch gilt sie als eine der Vorreiterinnen des »Neuen Nationalismus«, bzw. des sogenannten »Dritten Weges«, welcher die Schaffung der Weltmacht Europa unter Führung eines wiedervereinigten, neutralen und bewaffneten (Groß-)Deutschland propagiert. Diese Theorie entwickelte sich zur wichtigen Grundlage für neurechte Weltanschauung und wurde nachfolgend von vielen Gruppen im Kern übernommen. Der Vorsitzende Erhard Kliese ist Mitglied der Partei »Die Bürger« und war auch zeitweise Bundesvorsitzender der »Deutschen«.

Die »Aktion 62«

Versteht sich selbst als Sammelbewegung und existiert als Diskussions- Zusammenschluß von Kleinparteien. In ihr haben sich zusammengefunden die UAP, »Die Deutschen«, die »Vereinigung Gesamtdeutsche Politik« und die letzten Reste der »Deutschen Partei« (welche in den 50er Jahren parlamentarische Bedeutung hatte). Dominiert wird die Gruppe »Aktion 62« von Personen der »Bürger/Die Deutschen« und der UAP, u.a. SIEGFRIED MÜLLER und HANS-GÜNTHER FRÖHLICH. Gegründet wurde die »Aktion 62« 1971 als Antwort auf die NPD-dominierte »Aktion Widerstand«. Der Anstoß zur Gründung kam von der UAP, die zu dieser Zeit im Clinch mit der NPD lag. Nach Auffassung von Richard Stöss (Parteienhandbuch) führte die Gründung der »Aktion 62« zwar zu vielen Einzelgesprächen zwischen den Rechtsgruppen aber nicht zur angestrebten »Einheitsfront«.

ler«, etc. »Bürger«-Motto: »Multikulturell ist multikriminell«.

Die »Bürger« setzen ausschließlich auf Panikmache und Verunsicherung in der Bevölkerung, sie entwerfen das Schreckensszenario eines von »multikulturellen Kriminellen« überschwemmten Landes, in dem nichts mehr sicher ist, weder der Arbeitsplatz noch die Wohnung, weder die Rente noch die körperliche Unversehrtheit. Einmal sah sich sogar die Justiz genötigt, einzuschreiten. Am 30.10.91 wurden in den Fraktionsräumen der »Bürger« in Köln 30.000 Flugblätter mit ausländerfeindlichem Inhalt beschlagnahmt und Joachim Weier und Friedrich Ring wegen »Aufstachelung zum Rassenhaß« angeklagt. Am 6.2.92 wurden beide in erster Instanz freigesprochen, da die Staatsanwaltschaft jedoch Berufung einlegte, befindet sich der Prozeß momantan in der zweiten Instanz.

»Legitimation der Gewalt«

Wie schon im historischen National-Liberalismus die Gewalt »zur Lösung der Probleme menschlichen Zusammenlebens« wird, so haben die »Bürger« sich dies offenbar auf den Leib geschrieben, auch wenn sie immer wieder ihre »grundsätzliche Ablehnung von Gewalt und Haß« betonen. Doch können sich die Neonazis bei ihren alltäglichen Hetzjagden und Angriffen des unverhohlenen Beifalls der »Bürger« sicher sein. Zu den Pogromen in Rostock schreibt das monatliche Mitteilungsblatt der Partei, das »Bürgerforum«, vom September 1992:

Rostock ist erst der Anfang

Neue Freiheitshelden ?

von Friedrich Ring

Vier Tage und vier Nächte, vom 22.-26.August 1992, durften die BonnBerliner Statthalter der Selbstherrlichkeit erleben, was die Deutschen von ihrer Politik des Volksverrats und der Diktatur des Multikulti-Wahns halten: Rostocker Jugendliche griffen erstmals und unter dem Schutz und dem uneingeschränkten Beifall tausender Bürger massiv die Wohnblocks an, in denen ein Teil der fremdländischen Invasionsarmee auf Steuerzahlers Kosten seit Monaten zwischengelagert wird. Geschützt von der deutschen Polizei konnten die total-versorgten Gäste der Bundesregierung allerdings in Ruhe dem wilden Treiben zusehen.

Auch die jetzige deutsche (?) Regierung provoziert in ihrem unglaublichen Treubruch gegen das eigene Volk geradezu eine neue Generation von Widerstandskämpfern.

Gehören hierzu nicht bereits die Jugendlichen von Rostock ?

Daß diesmal niemand ernsthaft zu Schaden kam, beweist das es den deutschen Jugendlichen nur um Räumung des Asylantenhotels, nicht jedoch um körperliche Gewalt oder Mordlust ging, wie bei den Angriffen der Asylanten gegen Deutsche (siehe Zittau, der Mord an Holger Müller durch Asylbewerber!). Trotzdem werden die verhafteten deutschen Jungs bestimmt genug büßen müssen!

Noch sind es nur überschäumende Jugendliche, die aktiven Widerstand leisten. Doch sollte das schlafende deutsche Volk erwachen und aufstehen, werden nicht nur Polizeiautos, dann kann ganz Deutschland brennen.

Die Verantwortlichen für eine solche Entwicklung sitzen in BonnBerlin!

Bei der Darstellung des Gruppen- und Personenfeldes der »Bürger« haben wir uns auf die nachfolgend aufgeführten Gruppen beschränkt, weil eine komplette Aufzählung der den »Bürgern« angeschlossenen und der von »Bürgern« dominierten Gruppen wohl den Rahmen dieses Artikels gesprengt hätte. Von regionaler Bedeutung sind auf jeden Fall »DIE DEUTSCHEN« sowie die »VEREINIGUNG GESAMTDEUTSCHE POLITIK«.

»Deutsche Autofahrer Interessengemeinschaft« (DAFIG)

Der Journalist Michael Schomers beschreibt in seinem Buch »Deutschland ganz rechts« von 1990 die DAFIG (gegründet 1988) als den Arm einer »Kulturgemeinschaft für germanische Volksreligion - Wotans Wölfe«, in welcher Ring und Weier »Hohepriester« sind. Als solche gerieten sie in die Schlagzeilen, als »Kulturfeiern« dieser Gruppe mit neofaschistischem Einschlag öffentlich wurden. Der Name DAFIG wurde ausschließlich aus populistischen Gründen gewählt.

Den Kreis der »AKTION 62« sowie die »UNABHÄNGIGE ARBEITERPARTEI« (UAP) haben wir kurz aufgeführt, um die Bandbreite der »Bürger« zu verdeutlichen, denn zumindest die UAP wird gemeinhin dem Spektrum der »Neuen Rechten« zugeordnet.

Entstehung und Vorläuferorganisationen

Die »Bürger« gründeten sich am 25.11.1989 in Köln. Gründer waren die Stadtratsmitglieder JOACHIM WEIER, FRIEDRICH RING und MANFRED ZEISE. Die Partei ist nach offizieller Darstellung aus der »DEUTSCHEN AUTOFAHRER INTERESSENGEMEINSCHAFT« (DAFIG) und »verschiedenen Bürgergruppen« hervorgegangen. Die »Bürger«-Vorsitzenden Weier und Ring zogen im Oktober 1989 als Vorsitzender der DAFIG auf der Republikaner-Liste in den Stadtrat ein. Sie verließen die REP-Fraktion im Februar 1990 und bilden seitdem die Fraktion »Die Bürger«. Nur wenige Zeit nach dem Fraktionsaustritt von Weier, Ring und Manfred Zeise (DAFIG-Mann, kam als Nachrücker in den Stadtrat) löste sich die Kölner REP- Fraktion vollständig auf. Die verbliebenen REP-Ratsmitglieder gingen zur Deutschen Liga.

Der Parteivorsitzende Ring ist seit mindestens 1982 im rechten Spektrum aktiv. Damals gründete sich in Köln der »DEUTSCHE BÜRGERSCHUTZ« (DBS), für den Ring (damals noch Mitglied der CDU) als Vorsitzender fungierte. Ziel dieses Vereins ist »der Schutz der Interessen und der Identität der Deutschen«. Gefährdet seien diese Interessen, wie auch die »Lebensqualität und die Sicherheit des Bürgers« durch das »sprunghafte Anwachsen der Kriminalität.« Verantwortlich für die Kriminalität und Identitätsverlust sei wiederum der »unkontrollierte Zustrom der Ausländer« und die »millionenfache Überschwemmung und Überfremdung durch Völker aus völlig fremden Kulturkreisen...«.

Neben den DAFIG-Leuten gehört weiterhin BERTRAM OERTEL, Vorsitzender der »BÜRGERINITIATIVE FÜR DEUTSCHLAND« zu den Begründern der »Bürger«. Oertel, erster Stellvertreter des Vorsitzenden Ring, gilt auch als der ideologische Kopf der Partei. Er fungiert als Chefredakteur und Meinungsmacher im Bürgerforum. Schon als Vorsitzender der »BI für Deutschland« gab er ein übles ausländerfeindliches Hetzblatt mit dem Namen »Pro Deutschland« heraus.

(entnommen u.a. aus dem Buch »Deutschland ganz rechts«) ■

Der folgende Text ist uns von Gütersloher AntifaschistInnen zugesandt worden. Wer mehr über Ernst Niekisch, die Widerstandsbewegung und die historischen Beziehungen der »Nationalrevolutionäre« zur Linken wissen will, kann sich an die am Ende des Textes abgedruckte Adresse wenden.

Hat die GdNF ihr Konzept bei Ernst Niekisch abgeschaut?

Die alte »Neue Front«



Ernst Niekisch

Dieser Artikel bezieht sich auf den im vorigen Antifa-Info abgedruckten Beitrag mit dem Titel »GdNF Intern«. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Herkunft des Begriffes »Neue Front« und mit ihrem historischen Vorbild. Wenn auch nicht klar ist, ob Kühnen sich mit der nationalrevolutionären »Widerstandsbewegung« Ernst Niekischs auseinandergesetzt hat, so ist jedoch sehr auffällig, daß Struktur, Aufbau und zum Teil auch Inhalte der »GdNF« zum Teil wortgleich mit der Selbstdarstellungsbroschüre der »Widerstandsbewegung« von 1932 übereinstimmen. Wie so oft, so auch hier: Alter Wein in neuen Schläuchen. Nur schade, daß das Originalkonzept ein intelligentes war.

Der Begriff der »Neuen Front« in nationalen Zusammenhängen ist nicht besonders neu. Schon 1920 erschien ein Sammelband, in dem unter anderem auch ein Beitrag von Moeller van den Bruck, einem Vordenker der sogenannten »Konserativen Revolution«, abgedruckt war. Der Titel dieses Sammelbandes war »Die Neue Front«.

Im Weimarer Deutschland war die Unzufriedenheit über den »Schandfrieden« von Versailles allerorten zu spüren. Diese »nationale« Unzufriedenheit war keine Sache, die sich nur auf die »Rechte« beschränkte. Es gab durch die veränderte Gesamtlage Deutschlands zwei politisch völlig unterschiedliche Pole, die sich scheinbar einander annäherten: Teile der Linken waren der Meinung, daß sich in dem Verhalten der Siegermächte nach 1918 eine neue Form des Imperialismus ausdrückte, der nun auch gegen Völker Europas angewandt würde. Deutschland, aber auch die Sowjetunion, wurden als »proletarisierte«, vom Westen ausgebeutete Nationen angesehen. Aus dieser Analyse zog man den Schluß, daß die soziale Befreiung der Arbeiterklasse nicht ohne die »nationale Befreiung des Vaterlandes« möglich sei.

Teile der Rechten entdeckten, daß nach dem Sturz der Monarchie eine Massenunterstützung nötig war, um weiterhin »nationale« Politik betreiben zu können. Das Besitz- und Großbürgertum war kaum betroffen vom Versailler Vertrag. Mit ihrer Unterstützung war daher nicht zu rechnen. So mußte eine neue »KäuferInnenschicht« nationaler Ideologie gefunden werden, nämlich die, die unter Versailles, wie unter allem anderen auch, am meisten zu leiden hatte, nämlich die ArbeiterInnenklasse.

So gab es »Linke«, die die »nationale Frage« in den Vordergrund stellten, und Rechte, die sich für die Belange der ArbeiterInnenklasse stark machten. Und es gab eine ganze Reihe von Personen, deren politische Heimat zwischen »links« und »rechts« pendelte. Es gab in der Weimarer Republik keine Struktur, sei sie kommunistisch, anarchistisch oder sozialistisch, die keine nationalistische Unter- oder in einzelnen Fragen sogar bestimmende Strömung in sich hatte. Im Spannungsfeld der Auseinandersetzung um die Nation entstand die Idee der »Neuen Front«.

Die Befürworter der »Neuen Front« wollten das »Klassenschema« der alten Politik durchbrechen. Sie warfen der Linken vor, zu antinational, pazifistisch und staatsfeindlich zu sein – der Rechten nahmen sie übel, daß sie den Erhalt ihres Besitzes über die nationalen Bedürfnisse stellte. Ihrer Auffassung nach konnte nur eine von allen Volksschichten getragene nationale Politik den Wiederaufstieg Deutschlands garantieren. Nur wenn Zugeständnisse an die »Arbeiterschaft« gemacht wurden, konnte man mit Unterstützung von dieser Seite rechnen.

Es gab zwei bestimmende Strömungen in der Rechten, die sich als Vertreter der »Neuen Front« betrachteten: Die NSDAP und die »National-Revolutionäre«. Es wäre zu kompliziert, an dieser Stelle die genauen Beziehungen zwischen diesen beiden Gruppen zu beleuchten, Tatsache ist aber: trotz großer inhaltlicher Übereinstimmungen gab es erhebliche Auseinandersetzungen zwischen den beiden Strömungen. Das Konzept der »Neuen Front« wurde in der NSDAP wegen seines vorhandenen »antikapitalistischen« Ansatzes, platt gesagt, von der »SA-Linie« und den Strasserianern vertreten.

In dem Maße, in dem die NSDAP zur Massenpartei wurde, wurde ihr von den anderen AnhängerInnen der »Neuen Front« die Zugehörigkeit zur selben abgesprochen. In Abgrenzung zur NSDAP wurde die »Neue Front« in Form der sogenannten »Widerstandsbewegung« des Ernst Niekisch institutionalisiert. Ernst Niekisch (Geb. 1889 in Schlesien) trat 1917 in die SPD ein, wurde später zum Vorsitzenden des Zentralrates der Bayrischen Arbeiter-, Soldaten und Bauernräte gewählt, arbeitete hier mit den Schriftstellern Ernst Toller und Erich Mühsam zusammen. Mit dem Zusammenbruch der Räterepublik trat er in die USPD ein und war deren Fraktionsvorsitzender im bayrischen Landtag. Später, im Zuge seines Umzuges nach Berlin, trat er wieder in die SPD ein und baute in ihr über verschiedene Zeitungen und den damals schon nationalistischen »Hofgeismarkreis der Jungsozialisten« nationalistische Zusammenhänge auf.

Bis 1926 war Niekisch einfach ein »Nationaler Sozialist« in der SPD, der daran glaubte, daß der Wiederaufstieg Deutschlands nur durch die »Arbeiterschaft« zu erreichen sei. Notwendig hielt er hierfür die Abkehr vom Marxismus und die Zuwendung zum »Staatsbejahenden Lassalleanismus.» (Lassalle war der »größte« theoretische und praktische Gegenspieler von Marx/Engels in der deutschen ArbeiterInnenbewegung des vorigen Jahrhunderts: Unter anderem ging Lassalle davon aus, daß jedes Volk von einem »Volksgeist« bestimmt werde. Diese »Volksgeister« sollten sich dann nach Lassalle zu einem »Weltgeist« vereinigen. Da der »Deutsche Volksgeist«, der deutsche »Nationalcharakter«, dem sozialistischen Ideal nach Lassalle am nächsten kam, war es unumgänglich, daß der »deutsche Volksgeist« sich weltweit durchsetzen müsse. Die merkwürdige Zielvorstellung Lassalles endete dann mit einer »sozialistischen Weltrepublik«, die sich aus den einzelnen Völkern zusammensetzen und die maßgeblich von deutscher Seite geführt werden würde.)

1926 folgte dann im Zusammenhang mit Niekischs SPD-Austritt eine organisatorische und inhaltliche Schwerpunktänderung. Einerseits startete Niekisch mit der »Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens«, einer Rechtsabspaltung der SPD, den Versuch, eine nationalrevolutionäre Massenpartei der Arbeiterbewegung zu etablieren. Er wurde Chefredakteur der ASP-Zeitung »Volksstaat«, die er »nationalrevolutionär« bestimmte und machte die Partei durch in ihr gegründete kleine »nationalrevolutionäre« Zirkel zum Kristallisationspunkt dieser Bewegung.

Niekisch wollte die ASP zur erfolgreichsten Partei der »Neuen Front« machen, war sich aber der Schwierigkeiten durchaus bewußt: »In diesem Deutschland der allgemeinen Locarnogläubigkeit und Dawesfügsamkeit konnte eine Partei, die – wie zuerst die Demokraten witterten – in das übliche Parteienschema nicht hineinpaßt, weil sie sozialpolitisch »links« und nationalpolitisch »rechts« steht, die vielmehr offensichtlich der markanteste Kern der entstehenden »Neuen Front« ist, nicht in die Halme schießen.« Die Chancen der Partei würden jedoch in dem Maße steigen, »so weit in Deutschland wieder der Mut zum äußersten sich regt und ein unbändiger Wille zur Freiheit sich aufschäumt.« (»Widerstand«, Blätter für sozialistische und

nationalrevolutionäre Politik, Nummer 7/8 1927 Seite 87/88)

Trotzdem die ASP bei den sächsischen Landtagswahlen 1926 100.000 Stimmen erreichte und dadurch die Stimmen der NSDAP halbierte, gelang ihr später der Schritt auf die Reichsebene nicht. Sie versank in Bedeutungslosigkeit; Niekisch trennte sich von ihr.

Die ASP war also die Wahlpartei der »Neuen Front«. Neben seiner ASP-Tätigkeit gründete Niekisch jedoch noch eine der damals häufiger vorkommenden »kreisbildenden Zeitungen«, den, gegen die Werte des Westens und für einen »nationalen Sozialismus« streitenden, »Widerstand«. Diese monatlich erscheinende Zeitschrift verfolgte ein Sammlungskonzept:

»Gleich Goldadern im Gestein liegt heute noch die nationalistische Minderheit in den vielfältigsten Organisationen verstreut: man findet sie unter Nationalsozialisten, unter den bündischen Menschen, sogar, wenn auch in dürftigem Vorkommen, in den Parteien; man findet sie aber auch unter Rotfrontkämpfern, die wehrwillige Arbeiter sind und sich mit Trotz von der pazifistischen Feigheit ihrer sozialdemokratischen Genossen losgesagt haben.«

»Es ist eben die Gesinnung des Widerstandes«, in der sich die Gesinnung der »Neuen Front zu sammeln vermochte.« (Ernst Niekisch, Gedanken über deutsche Politik, Berlin 1930 Seite 370)

Das Konzept des »Widerstandes« entwickelte sich über die Jahre hin zur »Widerstandsbewegung«, einer Kaderorganisation. Das Selbstverständnis des »Widerstandes« ging davon aus, auf verschiedenste Weise Beziehungen zwischen Nationalisten und Sympathisanten in allen möglichen Gruppen, Parteien etc. zu vernetzen. Das Ziel war es auf keinen Fall, eine feste, sichtbare Organisation zu schaffen, da hierfür die Zeit noch nicht reif war:

Titelblatt der Zeitschrift »Widerstand«. Die Graphik stammt von A.Paul Weber, einem Mitglied des »Widerstandskreises«



»Alle jene Elemente zu sammeln, die von der Idee des »Widerstandes« gepackt sind, sie zu sammeln nicht in der Form eines Bundes, der, sobald es Briand geböte, verboten werden würde, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft, die sich durch alle Parteilager und alle Bünde hinzieht, das ist unsere Absicht.« (»Widerstand« Nummer 1, 1928, »Hütet die heilige Flamme«)

»Organisation ist gut: aber es spricht noch lange nicht gegen die Güte einer Sache, wenn sie bewußt und absichtlich auf ein Organisationsgehäuse Verzicht leistet.« (»Widerstandstagung auf Burg Lauenstein«, »Widerstand« Nummer 11, 1930, »Nikolaus Götz« Pseudonym für Niekisch)

Es war für Niekisch und die »Widerstandsbewegung« tatsächlich Strategie, auf ein festes Organisationsgehäuse zu verzichten. Die Stärke der Bewegung lag in ihren Kontakten nach allen Seiten hin. Durch eine zu feste Organisationsstruktur hätte sie sich nur die Chancen zur weiteren Einflußnahme verbaut. Und um Einfluß ging es, um Einfluß auf das Denken der Menschen, um Kampf um die geistige Hegemonie (Vorherrschaft) in den Köpfen der Deutschen:

»Der endgültige Sieg jeder nach Einfluß strebenden Richtung beruht darauf, daß sie sich der Geister bemächtigt, sie hat sich durchgesetzt, sobald ihr besonderer geistiger Gehalt sich zu allgemein anerkannten Ideen verdichtet hat. Ihre Prinzipien, ihre Wertungsweisen müssen in den Köpfen lebendig sein....«(Gedanken über deutsche Politik, Ernst Niekisch, Seite 174)

Wie der italienische Kommunist Gramsci ging Niekisch davon aus, daß der politischen Machtübernahme die geistige vorausgehen müsse. Für die »geistige Machtübernahme« ist keine Massenbewegung nötig. Es geht vielmehr darum, eine »Ideenfabrik« zu schaffen, die an gesellschaftlich zentralen Stellen einen »Ideen-Input« vornimmt. Die Massenbewegung kommt dann schon irgendwann von selber.

Die Kadergruppe »Widerstandsbewegung« sollte der später zu erwartenden Massenbewegung die Form geben. Im Jahr 1932 erschien eine vermutlich von Niekisch verfaßte Werbebroschüre der Gruppe, in der die politischen Grundsätze, aber auch die organisatorische Gliederung der »Widerstandsbewegung« verdeutlicht wurde.

Was will die Widerstandsbewegung? »Die Widerstandsbewegung steht im Zeichen der schwarzen Fahne«, Berlin 1932; Die Schwarze Fahne ist traditionell die Fahne der deutsch-völkischen, aber vor allem auch der mit ihr verbündeten »Landvolkbewegung«. In Punkt 15 der Grundsätze wird das Programm, der sogenannte »deutsche Standpunkt«, ausgeführt, von dem wir hier nur die Überschriften zitieren: »a) Blickwendung nach Osten und seinen primitiven Werten, statt nach Westen.....(Die »Widerstandsbewegung« vertrat eine damals von vielen Rechtsextremisten geteilte »Ostorientierung«, die in Punkt 12 des Programms erklärt wurde: »Der russische Bolschewismus ist der bisher radikalste Aufstand gegen die Ideen und Einrichtungen des Westens. Rußland ist nicht individualistisch, ist nicht liberal. Es stellt die Politik über die Wirtschaft. Es ist nicht parlamentarisch, nicht demokratisch und nicht kapitalistisch. Der Bolschewismus ist die Abkehr vom Humanismus und von den zivilisatorischen Werten. Die äußerlichen, oft westlich geformten Formen dieser Umkehr (gemeint ist hier der ihrer Meinung nach »von Juden« in den asiatischen Aufstand eingebrachte »Marxismus«) können nicht über den barbarisch-asiatischen Gehalt hinwegtäuschen.

b) Umfassend vorbereiteter und rücksichtslos durchgeführter Rückzug aus der Weltwirtschaft...

c) Zwang zur Stadtflucht durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die das Leben in den Großstädten zur Hölle macht...

d) ...Selbstversorgung...

e) Strenge Gewöhnung der Jugend an Unterordnung, Gehorsam, kärgliches Leben, Entbehrungen und alle Arten männlicher Tugenden.

f) Wille zur Armut...

g) Absage an die Ideen der Humanität...

h) Bekenntnis zum Autoritären...

i) Pflege der Wehrhaftigkeit...

k) Absage an das Prinzip des Privateigentums im Sinne des römischen Rechtes...

l) Abkehr von der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform überhaupt,...

m) (Erklärung der angestrebten Wirtschaftsform als einer Art »Staatskapitalismus«, d. A.)

n) Anknüpfung von, sei es offenen, sei es geheimen Beziehungen mit allen Völkern, die gleich dem deutschen Volke unter der Unterdrückung durch die imperialistischen Westmächte leiden.«

Dieses Programm hat Ähnlichkeiten mit dem der GdNF, ist aber sicherlich »konsequenter«, damit aber auch besser an die damaligen Zeitumstände angepaßt. Offensichtlich bei der alten wie der neuen »Neuen Front«, durch den Verzicht auf ein geschlossenes Organisationsgehäuse die Strukturen zu verschleiern, um ein Gesamt-Verbot zu verhindern. Das Verbot einzelner Vorfeldorganisationen kann leicht verschmerzt werden. Dieses Sammlungskonzept hat den weiteren Vorteil, nach vielen Seiten hin bündnisfähig zu bleiben.

Die GdNF im rechten Spektrum

Die GdNF unterscheidet zwischen »Front-« und »Massenorganisationen«. Frontorganisationen sind Kadergruppen von überzeugten Nazis, die relativ unabhängig voneinander arbeiten, aber Anleiter haben. Massenorganisationen sind Vorfeldorganisationen, das heißt, sie werden zum Teil von Nationalsozialisten geleitet, aber nicht alle ihrer Mitglieder sind »auf Linie«; die zweite Form der Massenorganisationen sind bestehende Rechtsparteien, die von GdNF'lern unterwandert werden, um hier Einfluß zu gewinnen. Dieser Einfluß wird genutzt, um die ganze Partei zu übernehmen oder einzelne Mitglieder für die NF zu rekrutieren.

Zum Vergleich: »Widerstandsbewegung«

»Als Bewegung fragt sie nicht nach äußerlicher Organisationszugehörigkeit. Ihre Front zieht sich durch alle Gruppen, Bünde und Organisationen hindurch... Viele, die sich schon seit Jahren, angewidert von der vereinsmäßigen Geschäftigkeit »nationaler Organisationen« zu den »Stillen im Lande« geschlagen haben, gehören mit zu den Besten der Bewegung. Maßgeblich für die Zugehörigkeit ist einzig und allein die rechte

Gesinnung und die starke Haltung.« (»Was will die Widerstandsbewegung«, Seite 28)

Desweiteren schloß die Zugehörigkeit zur »Widerstandsbewegung« die Mitgliedschaft in einer anderen Gruppe nicht aus. Ganz im Gegenteil: »Darum können sich auch innerhalb von bestehenden Verbänden, soweit sich einzelne Mitglieder derselben entschieden zur deutschen Widerstandsbewegung bekennen, Widerstandsgruppen bilden.« (ebenda, S.29) Das Konzept der »Front-« und »Massenorganisationen« gab es also auch schon bei der »Widerstandsbewegung«.

Die »Frontorganisationen« der »GdNF« benutzen aus verschiedenen Gründen unterschiedliche Namen, wie »Deutsches Hessen«, »Deutsche Liste« etc. Einer der Gründe ist der, in der Öffentlichkeit voneinander unabhängig zu erscheinen.

Zum Vergleich die »Widerstandsbewegung«:

»Die Widerstandsgruppen sind selbstständige, voneinander unabhängige Gebilde, die in der Front des deutschen Widerstandes stehen. Es steht ihnen frei, sich einen besonderen Namen zu wählen.« (ebenda)

Fester Punkt jedes Kameradschaftsabends der GdNF ist es, ein Stichwort aus dem »Politischen Lexikon« Kühnens zu besprechen, in der »Widerstandsbewegung« nahmen diese Rolle die Schriften Ernst Niekischs ein. Vergleichbar ist hier auch die Rolle der historischen Zeitung »Widerstand« mit der heutigen »Neuen Front«.

In der internen Organisationsstruktur verfolg(t)en beide Gruppen ein flexibles Schema. Oberstes Ziel ist es, über ein über ganz Deutschland ausgebreitetes Netz von »Vertrauensleuten« zu verfügen. Die »normale« Untergliederung ist die Ortsgruppe, von der es natürlich in einem Ort mehrere geben kann, Gruppen von einer bis drei Personen bilden in beiden Organisationskonzepten einen »Stützpunkt«. Über regionale »Gau«gliederungen verjüngt sich die Machtpyramide bis zu einem Leitungsgremium, das Befehlsgewalt über die Untergliederungen hat.

Im Konzept der »Widerstandsbewegung« gab es neben der regionalen noch die funktionale Gliederung. So gab es die Zuständigkeiten für Vorfeld- und Gruppenarbeiten innerhalb der Rechtsparteien und der Wehrbünde.

Zusätzlich zu diesen »Unterwanderungsgruppen« wurden Mitglieder nach ihren Fähigkeiten und ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit verschiedene »Qualitäten« der Mitgliedschaften zugeteilt.

Die Qualität begann am unteren Ende mit den »Freunden der Widerstandsbewegung«. Hier organisierten sich Unterstützer ideeller oder finanzieller Art. Die »Freunde« waren auch die einzige Gruppe, in der Frauen Mitglied werden konnten. Über drei weitere Ebenen erreichte man die »Widerstandskameradschaft«, das Leitungsgremium. Eine Sonderstellung nahm der Kampfverband, der »Widerstandstrupp« ein, in dem militärische Ausbildung praktiziert wurde, und der für den Schutz der Organisation in jeder Hinsicht zuständig war.

Die Verhaltensmaßregeln für Mitglieder waren in der »Kameradschaftsordnung« festgelegt, der folgendes Credo zugrundelag: »Selbstverständlich ist, daß der Aufbau unbedingt nach soldatischen Grundsätzen zu erfolgen hat.«

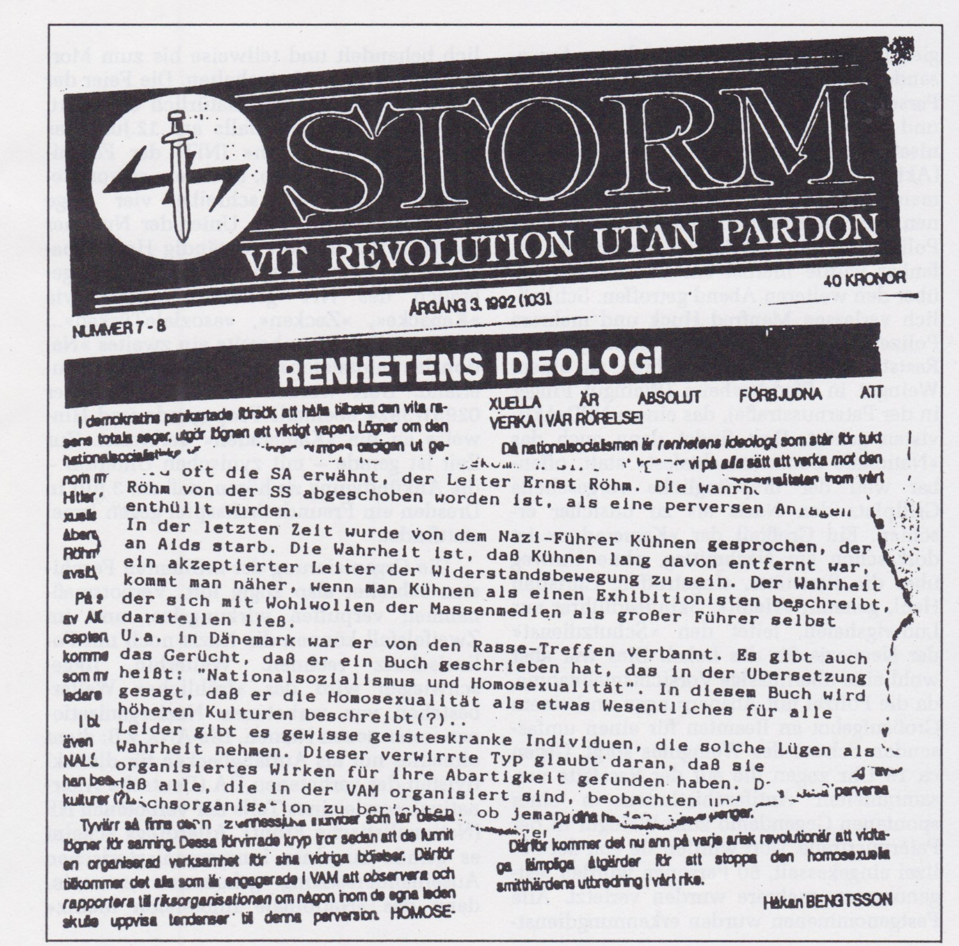
Es lassen sich also grundlegende Übereinstimmungen zwischen dem Aufbau der »Widerstandsbewegung« erkennen, die schon beinahe den Schluß nahelegen, daß Kühnen hier abgeschrieben hat. Die Übereinstimmungen sind jedoch schwerpunktmäßig organisatorischer und nicht inhaltlicher Art. So war die »Widerstandsbewegung« weder an Adolf Hitler noch am 25-Punkte Programm der NSDAP interessiert, die GdNF aber sehr wohl.

Die »Widerstandsbewegung«, besonders Niekisch, wurde von vielen damaligen Zeitgenossen als größter Konkurrent Hitlers im »nationalen Lager« angesehen. Nach 1933 konnten sie den »Widerstand« noch einige Zeit bis zu dessen Verbot weiter herausgeben. Niekisch selbst wurde 1937 wegen Hochverrats festgenommen, die »Widerstandsbewegung«, die noch im Untergrund tätig war, zerschlagen. Er kam bis Kriegsende ins Gefängnis, nach 1945 trat er in KPD und SED ein und war Mitglied der DDR-Volkskammer sowie Lehrender an der Humboldt-Uni. 1953 »zerstritt« Niekisch sich mit der DDR-Führung und gab seine Tätigkeiten hier auf.

Die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg des damaligen Sammlungskonzeptes läßt sich nur ungenügend beantworten. Wenn Niekisch persönlich und viele seiner »nationalrevolutionären« Kameraden später auch zu Opfern des NS wurden, so hatten sie doch objektiv erheblich dazu beigetragen, ihn »an die Macht« zu bringen. Letzendlich hatte das Konzept also Erfolg, nur nicht so, wie Niekisch das für sich selbst erhofft und erwartet hatte.

Offen bleibt, wie ein Rechtsextremist wie Niekisch lange Zeit eine wichtige Rolle in der Linken spielen konnte, und warum es noch heute viele Linke gibt, die sich auf ihn berufen. Auf jeden Fall aber können wir aus der Geschichte der Weimarer Republik viele Schlüsse über Organisations- und Handlungsweisen »unserer« aktuellen Nazis ziehen. Die Nazis beziehen sich darauf. Auch wir sollten noch viel mehr aus unserer eigenen Geschichte als Linke lernen. ■

Kontakt über den Verein »Argumente und Kultur gegen Rechts«. Postfach 100483, 33504 Bielefeld, Tel.: 0521/137016, Fax: 0521/133965


STORM

VIT REVOLUTION UTAN PARDON

40 KRONOR

ÅRGÅNG 3. 1992 (103)

NUMMER 7 - 8

RENHETENS IDEOLOGI

I demokratins pankartade försök att hålla tillbaka oss vita rasens totala seger, utgör lögnen ett viktigt vapen. Lögner om den [illegible]

... oft die SA erwähnt, der Leiter Ernst Röhm. Die Wahrh... Röhm von der SS abgeschoben worden ist, als eine perversen Anlagen enthüllt wurden.
In der letzten Zeit wurde von dem Nazi-Führer Kühnen gesprochen, der an Aids starb. Die Wahrheit ist, daß Kühnen lang davon entfernt war, ein akzeptierter Leiter der Widerstandsbewegung zu sein. Der Wahrheit kommt man näher, wenn man Kühnen als einen Exhibitionisten beschreibt, der sich mit Wohlwollen der Massenmedien als großer Führer selbst darstellen ließ.
U.a. in Dänemark war er von den Rasse-Treffen verbannt. Es gibt auch das Gerücht, daß er ein Buch geschrieben hat, das in der Übersetzung heißt: "Nationalsozialismus und Homosexualität". In diesem Buch wird gesagt, daß er die Homosexualität als etwas Wesentliches für alle höheren Kulturen beschreibt(?)..
Leider gibt es gewisse geisteskranke Individuen, die solche Lügen als Wahrheit nehmen. Dieser verwirrte Typ glaubt daran, daß sie organisiertes Wirken für ihre Abartigkeit gefunden haben. D... daß alle, die in der VAM organisiert sind, beobachten und ...chsorganisation zu berichten, ob jeman...

Tyvärr så finns det en ... som tar dessa lögner för sanning. Dessa förvirrade kryp tror sedan att de funnit en organiserad verksamhet för sina vidriga böjelser. Därför tillkommer det alla som är engagerade i VAM att *observera* och *rapportera* till *riksorganisationen* om någon inom de egna leden skulle uppvisa tendenser till denna perversion. HOMOSEXUELLA ÄR ABSOLUT FÖRBJUDNA ATT VERKA I VÅR RÖRELSE!

Då nationalsocialismen är *renhetens ideologi*, som står för tukt ... vi på *alla* sätt att verka *mot* den ...

Därför kommer det nu an på varje arisk revolutionär att vidta lämpliga åtgärder för att stoppa den homosexuella smitthärdens utbredning i vårt rike.

Håkan BENGTSSON

KASTEN LINKS:

Artikel aus STORM - der Zeitung des »Weißen Arischen Widerstandes« (VAM) aus Schweden (im Ausriß die deutsche Übersetzung).

Die VAM-Leute sind wie die GdNF'ler in der NSDAP/AO organisert.

Der Autor Hakan BENGTSSON alias Hakan HAKANSSON ist ein früheres Mitglied der NORDISCHEN REICHSPARTEI und wurde 1985 im Gothenburger Nazi-Prozeß verknackt.

Nachdem er einige Jahre von der Bildfläche verschwunden war, betätigt er sich nun als ein Herausgeber von STORM.

Nachdem wir in der letzten Nummer ausführlich den internen Organisationsaufbau beschrieben haben, gehen wir diesmal auf neuere Aktivitäten und Entwicklungen der GdNF ein. Eine weitere Frontorganisation, der Nationale Block, ist mittlerweile verboten; dafür wird verstärkt die GdNF-Neuschöpfung ANK ins Rennen gebracht.

Das letzte... von der GdNF





Die schöne Stadt Dresden hat die passende Gaststätte für Jedermann: Küssel und Worch wählten das "Narrenhäusel". Anlaß für den Kaffee-Klatsch war am 31.8.1991 die Gründung der GdNF-»Front«-Organisation Nationale Sächsische Liste. Auf dem rechten Bild posieren Küssel (2.v.r.) und Worch (3.v.l.) neben dem Vorsitzenden, dem Nachfolger von Rainer Sonntag Helmar BRAUN (vorne in der Bildmitte).

Neonazis feiern unter Polizeischutz.

Die folgende Darstellung der Ereignisse in Worms-Pfeddersheim am Samstag, den 12. Juni, entnehmen wir (gekürzt) aus Veröffentlichungen der Antirassistischen Initiative Rhein-Main.

Zum »Nationalen Sommernachtsfest« wird u.a. über das sog. NATIONALE INFOTELEFON (06131/55122) mobilisiert. Drahtzieher dieses Projektes ist der Mainzer MICHAEL PETRI, bis zu ihrem Verbot Landesvorsitzender der DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA) in Rheinland-Pfalz. Mittlerweile ist Petri Bundesvorsitzender der militanten ANK – AKTIONSPARTEI NATIONALREVOLUTIONÄRER KAMERADEN. Vor kurzem Zeit hat Petri sein »Hauptquartier« von Hochheim/Südhessen nach Mainz verlegt. Er unterhält dort eine Wohnung, die mit Faxgerät, Anrufbeantworter und Mobiltelefon technisch bestens ausgerüstet ist. Der Faxanschluß (06131/632662) dient als offizieller Kontakt zum NATIONALEN INFOTELEFON. Das Infotelefon selbst ist offenbar – wohl aus Sicherheitsgründen – an einem anderen Ort untergebracht. Das Mobiltelefon von Petri (0171/5014076) dient gleichzeitig als »Koordinierungstelefon« am 12.Juni, ein sicherer Hinweis darauf, daß Petri auch Drahtzieher des »Nationalen Sommernachtsfestes« ist.

Zum Ablauf des 12. Juni

Bereits am Vortreffpunkt der Faschisten, auf der Autobahnraststätte Wonnegau-Ost bei Worms, wird rasch klar, welche Strategie die Polizeibehörden verfolgen. Anwesende GegendemonstrantInnen (circa 100 Personen) werden von der Polizei umringt und abgedrängt. Als Manfred Huck, »Organisationsleiter« der neofaschistiaschen ANK (Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden) auf der Raststätte eintrifft, beginnen sofort ausführliche Verhandlungen der Polizei mit ihm und seinen Kameraden. Offenbar wurde hierbei ein Übereinkommen über den weiteren Abend getroffen. Schließlich verlassen Manfred Huck und mehrere Polizeibeamte mit ihren Fahrzeugen die Raststätte. Die Neonazis fahren zu einem Weingut in Pfeddersheim (Weingut Finger in der Paternusstraße), das einem NPD-Aktivisten gehört. Dort findet dann auch das »Nationale Sommernachtsfest« statt, offenbar weil der ursprüngliche vorgesehene Grillplatz den Nazis als zu unsicher erschien. Ein Großteil der »Kameraden« ist dort schon am Nachmittag, ohne Umweg über die Raststätte, eingetroffen. Christian Hehl, genannt »Hehli«, Skinheadführer aus Ludwigshafen, leitet den »Schutzdienst« der Neonazis für das Lokal. Dies war aber wohl eine überflüssige Vorsichtsmaßnahme, da die Polizei mit Absperrungen und einem Großaufgebot an Beamten für einen umfassenden Schutz des Weingutes sorgt. Gegen ca 19 Uhr zogen die auf der Rasstätte versammmelten AntifaschistInnen in einer spontanen Gegendemo zum Weingut in der Paternusstraße. Dort wurden sie von der Polizei eingekesselt, 60 Personen wurden festgenommen, mehrere wurden verletzt. Alle Festgenommenen wurden erkennungdienstlich behandelt und teilweise bis zum Morgen des Sonntags festgehalten. Die Feier der Nazis verlief daraufhin natürlich ungestört. Im übrigen ging ebenfalls am 12.Juni das »Nationale Infotelefon« (NIT) der Faschisten wieder in Betrieb, nachdem es von Behörden sage und schreibe vier Tage stillgelegt worden war. Unter der Nummer 06131/55122 ist dort beständig Hetzpropaganda zu hören. Zum üblichen Sprachgebrauch des NIT gehören Begriffe wie »Kanacke«, »Zecken«, »asozialeTürken«... Mittlerweile gibt es bereits ein zweites »Nationales Infotelefon« in Wittenberg im Sauerland. Dort werden unter der Nummer 02981/3924 ebenfalls Propaganda und Hinweise an die »Kameraden« verbreitet. Zur Zeit ist gerade – mit zynischen Unterton – die Ankündigung zu hören, daß am 3.Juli in Dresden ein Freundschaftsspiel gegen Israel stattfindet.

Die Organisierung der militanten Faschisten schreitet also zügig fort, Verbotsmaßnahmen verpuffen wirkungslos, und im Zweifelsfall können die Nazis noch mit Polizeischutz rechnen. Weiterhin, totgeschwiegen wird das »fröhliche« Weiterbestehen von verbotenen Naziorganisationen unter neuen Namen. Die ANK z.B: dient ohnedies nur als Auffangbecken für die Aktivisten der verbotenen DA (Deutsche Alternative), sowie eines Teils der verbotenen NF (Nationalistische Front). Allerdings scheint es gerade zu einer innerorganisatorischen Auseinandersetzung gekommen zu sein, denn das »Natiolnale Infotelefon Mainz«





Aufmarsch und Kundgebung des NATIONALEN BLOCK im österreichischen Straubing, Herbst 1991. Im Hintergrund des rechten Bildes ist Chr. Worch zu sehen.

meldete den Austritt eines großen Teils der Mitglieder, darunter der bisherige Vorsitzende Michael Petri aus Mainz. Ein weiterer, großer Teil der verbotenen NF hat sich transformiert in eine neue Partei namens SrA (Sozialrevolutionäre Arbeiterfront). Angegliedert ist das FMJ (Förderwerk Mitteldeutsche Jugend). Die Publikation der beiden Organisationen nennt sich programmatisch »Der Angriff«. Dort gibt man dann die eindeutige Parole aus :»Kanacken gibt Fersengeld« Der Vorstand der SrA besteht vollständig aus ehemaligen NF-Aktivisten,z.B. Andreas Sigfried Pohl (Berlin), Mathias Schwier (Minden), Jürgen Dehmer (Ketsch bei Heidelberg), Enno Gehrmann (Kremmen), Helmut Braun (Heidelberg/Wieblingen), Steffen Hupka (Detmold). Andere Organisationenverbote, die in letzter Zeit ausgesprochen wurden hatten ähnliche Wirkung – sprich keine. ■

Wenn ein GdNF'ler eine Reise tut ...

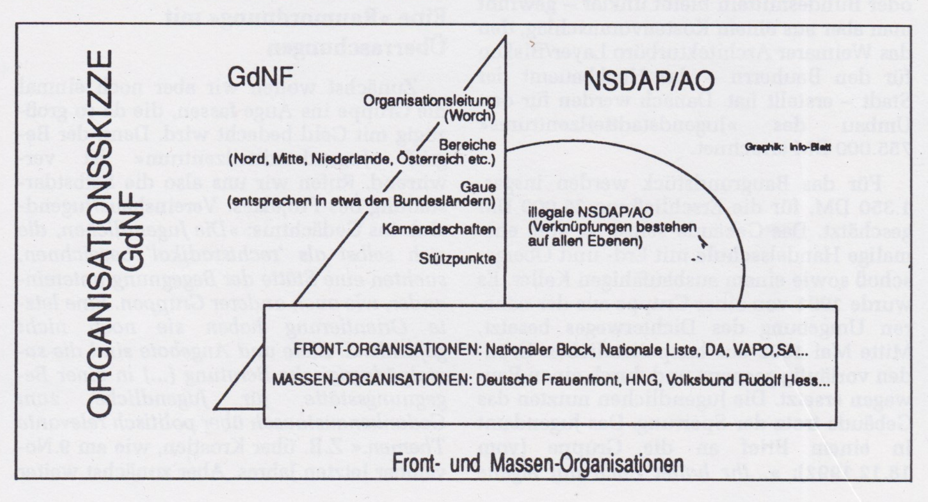
Zur Zeit vertritt HANS-JÖRG SCHIMANEK den VAPO-Führer Küssel auf dessen Posten als Leiter des GdNF- Bereichs »Ostmark« (sprich Österreich). Jahrelang konnte Schimanek trotz bekanntem faschistischen Hintergrund sein Unwesen im österreichischen Bundesheer treiben, bevor er aufgrund öffentlichen Druckes »freiwillig« ausschied. Die Wehrsportübungen, die er für die GdNF vor allem bei Langenlois leitete (in dem Film »Wahrheit macht frei« zu bewundern), reichten dem Möchtegern-Rambo nicht aus. Wie zwei österreichische Journalisten recherchierten, versuchte er zweimal, sich als Söldner in Surinam zu verdingen. Beide Male endete es kläglich.

Den ersten Ausflug nach Surinam unternahm er Anfang 1989 zusammen mit dem BRD-Faschisten HUBERT LORENZ und REINHARD ALLAN RADE. Der GdNF-Kader Rade, Anfang der 80er in der KAMPFSPORTGRUPPE VORPOSTEN aktiv, war zu der Zeit noch Kreisrat der REPUBLIKANER (wurde 1990 ausgeschlossen) und brachte es als GdNF-Mitglied zum Landessekretär der REPs in Bayern und fungierte nach Maueröffnung als DDR-Koordinator der REPs. Einigen dürfte er als Mitorganisator von Althans bekannt sein, als dieser versuchte, einen großen »Internationalen Revisionistischen Kongreß« in München 1991 zustande zu bringen. Vor der Reise hatte in Amsterdam ein Besuch bei einem Söldner-Vermittler, der in dem Söldner-Magazin SOLDIER OF FORTUNE für die Surinamische Widerstandsbewegung geworben hatte, stattgefunden. Als die drei Faschisten zu der Surinamischen Widerstandsbewegung, die gegen den Diktator Desi Bouterse kämpfte, vordrangen, boten die drei »Söldner« ihre Dienste und Waffenlieferungen an. Den Widerstandskämpfern war dieser Trupp höchst suspekt. Es kam sogar der Verdacht auf, diese sonderbaren Europäer könnten dem Anführer Ronnie Brunswijk nach dem Leben trachten. Nach einigen Tagen wurden diese ins benachbarte Französisch-Guyana gebracht und von dort von der französischen Gendamerie nach Europa abgeschoben.

Der zweite Versuch, dieses Mal 1990 von Schimanek zusammen mit drei Österreichern aus der KAMERADSCHAFT LANGENLOIS der VAPO unternommen, verlief ähnlich: Die GdNF-Faschisten reisten in die Hauptstadt Surinams ein. Schimanek machte sich dieses Mal allein zu den Rebellen auf. Dort wurde er verhört und zurück in die Hauptstadt geschickt. Kurz darauf nahm die surinamische Militärpolizei den GdNF-Trupp fest und schob ihn ab. Warum sich Schimanek mit solch einer Hartnäckigkeit zu einem zweiten Landeversuch bei den surinamischen Rebellen aufmachte, ist bis heute ungeklärt. Spekulationen kursieren über eine geplante Ermordung des Rebellenführers Brunswijk ebenso wie über mögliche größere Waffengeschäfte. Eine holländische Tageszeitung ließ im Frühjahr 1990 verlauten, der GdNF-Trupp wollte sich, nachdem er bei dem Dschungelkommando abgeblitzt war, bei der Gegenseite, bei der Armee Bouterses, anwerben lassen. Die surinamische Polizei hatte die Abenteurer aus der »Ostmark« sogar mit der Ermordung des sowjetischen Konsuls bei Paramaribo in Verbindung gebracht, aber später drei Surinamer wegen dieses Mordes festgenommen. ■

Nationaler Block wurde verboten

Am 11.Juni wurde als Reaktion auf Solingen der »Nationale Block« vom Bayerischen Staatsministerium verboten. Die Bayern, die sich nach Mölln rühmten mit Verboten hart durchzugreifen ließen sich Zeit und dem »Nationalen Block« (NB) die



Möglichkeit, am 3.1.93 den Antrag auf Parteienstatus zu stellen. Zum Vorsitzenden wurde hier benannt: Fred Eichner (München, der '91 den Schwur auf die von Kühnen neugegründete SA abnahm), Stellvertreter wurde Günter Kursawe (Lichtenfels/Oberfranken) und Oliver Rahn als Schatzmeister. Hervorgegangen war die Fraktion der GdNF aus der taktischen Aufspaltung der Bundesweiten »Deutschen Alternative« am 18.9.91 auf dem Parteitag in Duisburg. Doch schon am 31.8.91 war zur Gründung der »Nationalen Sächsischen Liste« ihr Transparent unübersehbar. Der ganze bayerische Bereich um die Drahtzieher Jürgen Sünkel, Kai Dalek (beide Kronach), Günter Kursawe, Gerhard Schütz (beide Lichtenfels), Manfred Geith und Fred Eichner (beide München) sowie den Landauer Hans-Günter Laimer und den Straubinger Sascha Roßmüller treten aus der DA aus und traten seitdem als NB auf. Der NB versuchte es seitdem mit Aufmärschen gegen Drogen (Herbst '91 in Straubing), Saalveranstaltungen in Passau (5.12.'92) sowie zuletzt mit einer 1.Mai-Demo 93 in München. Bei allen Aktionen wurden sie jeweils vom GdNF-Chef Christian Worch von der Nationalen Liste angeleitet. Ab April 93 versuchten sie sich mit einer Zeitschrift »Zeitenwende«, in der Anti-Antifa Arbeit ihren Platz fand. Um organisatorische Strukturen nach dem Verbot braucht sich der NB nicht zu sorgen. Im Raum München steht der »Freundeskreis Ernst Zündel« um Ewald Althans schon bereit, in dem auch NO'ler wie Stefan Jahnel bereits kräftig mitarbeiten. ■

Eine teure Bürgerwehr

Neues vom Weimarer Vereinshaus/Jugendclub Dichterweg



Treue LeserInnen des Infoblattes werden sich erinnern, daß wir in unserem Artikel über das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) des Bundesministeriums für Familie und Jugend (BMFJ) auch die Vorgänge im Weimarer Dichterweg beschrieben haben, wo sich GdNF-Kader wie Heinz Reisz, Roman Dannenberg und Michael Petri erfolgreich um eine Beeinflussung von Jugendlichen bemühen [Infoblatt 21, März/April 1993, S.14]. Neue Informationen bestätigen nun unsere Vermutung, daß das Projekt nichts weiter ist, als ein öffentlich geförderter Nazi- Treff.

Leider war es uns in unserem letzten Artikel nicht möglich, detaillierte Angaben über den Umfang der Förderungsmaßnahmen zu geben. Da das BMFJ solche Informationen immer noch nicht öffentlich gemacht hat, ist dies auch im Weimarer Fall nicht möglich. Weimarer AntifaschistInnen geben an, es handele sich um »ca. 60.000 DM, die zur Organisation von Kameradschaftsabenden genutzt und auch in Bier umgesetzt« würden.

Einen Eindruck über den Umfang der Förderung dieses Projekts – ob aus lokalen oder Bundesmitteln bleibt unklar – gewinnt man aber aus einem Kostenvoranschlag, den das Weimarer Architekturbüro Layer/Biskop für den Bauherrn – das Hochbauamt der Stadt – erstellt hat. Danach werden für den Umbau des »Jugendstadtteilzentrums« 755.000 DM errechnet.

Für das Baugrundstück werden insges. 1.350 DM, für die Erschließung 26.000 DM geschätzt. Das Gebäude selbst ist eine ehemalige Handelsschule mit Erd- und Obergeschoß sowie einem ausbaufähigen Keller. Es wurde 1991 von einer Gruppe aus der näheren Umgebung des Dichterweges besetzt, Mitte Mai 1992 aus baupolizeilichen Gründen vorläufig gesperrt und durch einen Bauwagen ersetzt. Die Jugendlichen nutzten das Gebäude trotz der Sperrung. Das Jugendamt in einem Brief an die Gruppe (vom 18.12.1992): »*...Ihr haltet Euch auf eigene Gefahr in dem Haus auf und die Stadt Weimar übernimmt keine Haftung bei eventuell auftretenden Schäden an Personen und Sachen... Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen für das neue Jahr...*« Mehr als diese rechtliche Absicherung hält der zuständige Beamte nicht für nötig.

In der Zeit der Sperrung wird das Gebäude renoviert. Im Kostenvoranschlag führt das Architektenbüro über 482.000 DM auf. Der Punkt »Gerät« wird auf 113.000 DM geschätzt, darunter 59.000 für Möbel, für allgemeines Gerät 28.000 und für sonstiges Gerät weitere 8.000 DM. Die Außenanlagen sollen insgesamt 66.600 Mark kosten, davon 10.500 Mark für die Einfriedung und 15.000 für Grünflächen. Als Baunebenkosten sind weitere 66.000 DM ausgewiesen.

In den drei Etagen sollen dann 50 Leute Platz haben. Geplant sind unter anderem ein Billardraum, ein »Freizeitraum (zur Nutzung von öffentlichen Veranstaltungen)«, Clubräume – einer mit Barbetrieb – und zwei Gruppen- sowie ein Kindergruppenraum. Dazu kommt ein Büro, ein Lager und eine Werkstatt.

Wir sind freilich nicht der Ansicht, daß so »viel« Geld für Jugendarbeit nicht angebracht sei. Einen Club auszubauen ist teuer. Aber das Geld kommt gerade zwölf Personen zu Gute, wie wir noch zeigen werden. Und diese zwölf sind, obwohl noch sehr jung, bereits aktive FaschistInnen.

Im Jahr 1992 sind bereits 43.527,72 in die Renovierung des Clubs gesteckt worden. Auf einzelne Punkte in diesem Etat werden wir gleich zurückkommen.

Eine »Raumordnung« mit Überraschungen

Zunächst wollen wir aber noch einmal die Gruppe ins Auge fassen, die da so großzügig mit Geld bedacht wird. Denn der Begriff »Jugendstadtteilzentrum« ist verwirrend. Rufen wir uns also die Selbstdarstellung des Projektes: Vereinshaus/Jugendclub ins Gedächtnis: »*Die Jugendlichen, die sich selbst als 'rechtsradikal' bezeichnen, suchten eine Stätte der Begegnung untereinander, wie auch anderer Gruppen. Eine letzte Orientierung haben sie noch nicht gefunden... Ziele und Angebote sind die sozialpädagogische Beratung (...) in einer Begegnungsstätte für Jugendliche zum Gedankenaustausch über politisch relevante Themen.*« Z.B. über Kroatien, wie am 9.November letzten Jahres. Aber zunächst weiter im Text: »*Ferner die Errichtung eines Informationszentrums, Durchführung von (...) Foren und Bildungsveranstaltungen sowie Öffentlichkeitsarbeit.*« [Informationsdienst AGAG 1/92, S.80]

Von einem Stadtteilzentrum kann derzeit keineswegs gesprochen werden. In einer Art Hausordnung, die sich die Jugendlichen gegeben haben, führen sie nämlich gleich unter Punkt 1 aus: »*Den Raum dürfen nur unten genannte Personen betreten*«. Es sind neun Jungen und drei Mädchen aus der Umgebung des Dichterweges. Einen Schlüssel besitzen nicht weniger als 7 Personen aus dieser Liste. In Punkt 4 heißt es: »*...Personen, die oben nicht genannt sind, dürfen außer bei besonderen Anlässen den Raum nicht betreten. Ausnahmen müssen unter den unter erstens genannten Personen besprochen werden.*«

Die Hausordnung liest sich bis Punkt 7 wie eine normale Clubordnung (Ordnungsdienst, Beschädigungen etc.) Dann heißt es: »*8. Nationalgesinnte verfolgte DEUTSCHE genießen ASYLRECHT. 9. Bei Dunkelwerden und bei Gefahr sind die Fenster mit den dafür vorgesehenen Fensterläden zu schützen 10. Bei Gasangriffen sind folgende Maßnahmen zum Schutz von Menschen und Material zu ergreifen: – Schutzmasken sind sofort anzulegen. – ist das Haus noch feindfrei, ist sofort zu lüften. – der Gasposten, der vom wöchentlichen Ordnungsdienst gestellt wird, hat nach dem Gasalarm festzustellen, ob und in welchem Umfang noch Gas in den Räumen ist. – nach dem Alarm sind die Gasmasken und andere verwendete Sachen in ordentlichem Zustand abzugeben.*«

Woher haben diese 14 bis 16jährigen Gasmasken? Wer bezahlt »2x Schlagstöcke, 1x Handschellen, 1x Taschenlampe (eventuell Funke...«, die auf einer Liste nötiger Anschaffungen unter der Abkürzung A. – vermutlich »Ausrüstung« – aufgeführt werden?

Die »Haushaltsüberwachung 1992«, die Auflistung der o.g. 43.500 DM, nennt in Punkt 11 und 12 unter »Name des Empfängers und Grund der Ausgabe«: »Dichterweg/Schwitalla Barausz. Material/ Ausrüstung«. Diese nicht näher genannten Ausrüstungsgegenständen haben je 500,– DM gekostet. Die runde Summe läßt darauf schließen, daß das Geld vor Anschaffung an die Jugendlichen selber ging und nicht ein bereits ausgegebener Betrag, streng an bestimmte Gegenstände gebunden, unter Vorlage von Quittungen abgerechnet wurde.

lfd. Nr.	Tag	Name des Empfängers und Grund der Ausgabe	Einzelbetrag M	Pf	Aufrechnung M	Pf
1	22.4.	BAUSA GmbH / Fenster	6.178.	12	6.178.	12
2	16.4.	BAUSA GmbH / Fenster	19.238.	18	25.416.	30
3	14.4.	BAUSA GmbH / Fertigmörtel	219.	68	25.635	98
4	9.4.	BAUSA GmbH / Treppen	1.442.	25	27.078	23
5	15.4.	Fa. Glaser / Baustromanschluß	2.931.	30	30.009.	53
6	14.4.	Layer/Biskop / Planerische Bearbeitung d. Sicherungsmaßn.	4.389.	00	34.398.	53
7.	18.4.	Stahlbau Müller GmbH / Stahl-Unterzug, Stahltüren	5.562.	79	39.961.	32
8	24.4.	Langenscheidt Containerdienst	194.	71	40.156.	03
9	30.4.	Langenscheidt Containerdienst	210.	67	40.366.	70
10	30.4.	Thüringer Speditions GmbH Transport Bitterdplatten	317.	64	40.684.	34
11	8.4.	Dichterweg / Schwitalla Barauszahlung Material/Ausrüstung	500.	00	41.184.	34
12	28.4.	Dichterweg / Schwitalla Barausz. Ausrüstung	500.	00	41.684.	34
13	22.4.	RFT GmbH / Fernsehgerät Receiver u.a.	1.843.	38	43.527.	72

Differenzbetrag von 6.39 DM wurde von privat bezahlt!

Für d. Richtigkeit:

Wolfgang Schwitalla

Haushaltsüberwachung '92 des Dichterwegs

Worum es sich bei diesen Ausrüstungsgegenständen handelt, ist nicht angeführt. Wolfgang Schwitalla, der für die Richtigkeit der Haushaltsüberwachung zeichnet, ist übrigens Ansprechpartner der Gruppe beim Kinder- und Jugendamt Weimar.

Die beiden letzten Punkte der Hausordnung wollen wir unseren LeserInnen nicht vorenthalten. Die Jugendlichen rechnen nämlich nicht nur mit Gasangriffen: »*11. Im Falle eines Angriffs hat sich jeder im wehrfähigen Alter für die Verteidigung des Hauses bereitzuhalten, Wehrdienstverweigerung und Wehrkraftzersetzung wird als grober Verstoß gegen die Raumordnung geahndet. 12. Wehrunwürdig ist, wer zur Zeit wegen eines Verstoßes gegen die Raumordnung angeklagt ist und noch nicht verurteilt ist...*«

In dieser »Raumordnung« wird die Sprache der Wehrmacht des faschistischen Deutschland bewußt kopiert. Nun wird es schon nicht mehr verwundern, daß im Club Liedtexte der Wehrmacht und Luftwaffe, aber auch von SA und SS ausliegen.

Zentrale einer »Bürgerwehr«

Die »privilegierten« Jungs, die den »Raum« betreten dürfen, wohnen zur Hälfte in der Walther-Victorstr., außerdem im Dichterweg, der Bodelschwinghstr. und Am Waldschlößchen. Sie haben eine »Bürgerwehr« gegründet, die täglich 2 Mann vom Dichterweg aus auf Streife schicken will. Der »Bürgerwehr« haben sich außerdem noch fünf andere Jugendliche, z.T. ebenfalls aus der Umgebung des Dichterweges, angeschlossen.

Ganz offensichtlich ist der Dichterweg also ein aus Geldern der öffentlichen Jugendarbeit finanzierter Stützpunkt einer faschistischen Terrorgruppe – denn nichts anderes verbirgt sich hinter dem Namen »Bürgerwehr«.

Gewaltprävention? In gewissem Sinne schon. 5.562 DM für eine Stahlbaufirma, die die Haushaltsüberwachung 1992 ausweist, umfassen auch den Einbau von Stahltüren. Punkt 6 – der vierthöchste Posten im Etat – ist das Honorar für einen weiteren Planungsauftrag an das Architekturbüro Layer/Biskop: »Planerische Bearbeitung der Sicherheitsmaßnahmen«. Kostenpunkt: 4.389 DM. Gegenwehr gegen Aktionen der »Bürgerwehr« wird damit erschwert, weil sich die Jungnazis in ihr gut geschütztes Zentrum zurückziehen können.

Mit diesen Informationen dürfte der Dichterweg endgültig als faschistisches Zentrum entlarvt sein. Vergessen wir nicht, daß es sich bei den BesucherInnen nicht um etwas überspannte Kids handelt, die Abenteuerspielchen betreiben, nicht um »liebe« Rechte, wie die Stuttgarter Zeitung am 16.10.1992 die Gruppe nannte. Den Einfluß faschistischer Kader der GdNF haben wir schon in der vorletzten Ausgabe geschildert. Einige der Jugendlichen gehören der Deutschen Alternative an. Diese Partei aus dem Netzwerk der GdNF hielt trotz der Verbotsverfügung bis in den Februar hinein Veranstaltungen im Dichterweg ab. Im Club liegen auch Exemplare des »Beobachter« aus, des Mitteilungsblattes des NPD-Landesverbandes Thüringen.

Die Präsenz faschistischer Kader im Dichterweg ist auch der Bundesministerin Merkel bekannt, die sich im Oktober von der Beeinflussung der Gruppe selbst überzeugen konnte. Bei ihrem Besuch begegnete ihr ein »Ralf«, den die Stuttgarter Zeitung recht eindeutig als Nazi-Kader beschreibt. Das Projekt wird ungeachtet dessen weiter mit Mitteln des AgAG gefördert.

Im Gegensatz zu anderen uns bekannten Projekten der Jugendarbeit, aus denen Nazis ihren Nutzen ziehen, gibt es beim Dichterweg keinerlei Möglichkeit mehr, das Blatt zu wenden. Es ist nötig, den politischen Kampf für die Beendigung des Projekts und zugunsten von antifaschistischer Jugendarbeit im Weimarer Norden zu führen.

Die Namen und Adressen der Jungnazis veröffentlichen wir nicht, obwohl sie mittlerweile bekannt sind. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß einzelne oder alle Mitglieder der selbsternannten »Bürgerwehr« dem Einfluß faschistischer Gruppen noch zu entziehen sind – schließlich sind sie noch relativ jung. Aber mit Sicherheit nicht, indem man ihre Gruppe festigt und Strukturhilfe zum Aufbau eines faschistischen Zentrums gibt.

Stand Anfang Mai 1993

HAMBURG

Tostedt im Landkreis Harburg entwickelt sich immer mehr zu einem Stützpunkt organisierter Faschisten im Süden von Hamburg. Seit 1989 gibt es eine starke Zunahme faschistischer Aktivitäten, speziell durch den Zuzug von FAP-Kadern wie dem Ehepaar Stephan und Sabine Bliesmer (FAP, WJ, HNG-Aktivisten) und dem Naziskin Sascha Bothe. Er ist organisierter FAP-Kader mit besten Kontakten zur FAP-Szene um die Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek-Krupunder (AIB berichtete) und zur Nazi-Band Kraftschlag. Durch starke antifaschistische Aktivitäten konnte bis 1989 der von den Nazis ausgehende Terror und die von ihnen angestrebte Rekrutierung Jugendlicher eingedämmt werden. Doch seit Anfang dieses Jahres entsteht eine neue Gruppe von Faschisten um den FAP'ler Bothe, der durch Freibier und brutalen Terror versucht gerade junge Leute um sich zu scharen. Für viele Linke ist es inzwischen gefährlich geworden, das Stadtzentrum von Tostedt aufzusuchen.

Am 19. April stürmte eine Gruppe von 60 hauptsächlich autonomen Antifas den Treffpunkt der Nazis, was diese aber nicht davon abhielt, nach dem Abzug der Antifas erneut mit auf dem Marktplatz wehenden Reichskriegsflaggen den Geburtstag Hitlers zu feiern.

Sascha Bothe hat es inzwischen geschafft, aus dem losen Zusammenhang der um ihn gescharrten Skins und Jungfaschos eine strukturierte und gut organisierte Nazi-Gruppe zu bilden, die inzwischen eine neue Qualität erreicht hat; die Gründung einer Anti-Antifa. Schon Ende 1989 hatte es einen Brief an die Antifa Tostedt gegeben, der außer übelsten Beschimpfungen und Drohungen sich dadurch auszeichnete, daß er mit dem Namen Anti-Antifa-Info tituliert war. Anfang Juni dieses Jahres wurde in Tostedt dann großflächig ein Flugblatt einer Anti-Antifa verteilt. Wir zitieren daraus: »Warum Anti- Antifa? Obwohl es in Tostedt nur ein paar dieser Antifatzkes gibt, greifen sie Menschen an und beschädigen ihre Fahrzeuge. Darum: benötigt Tostedt eine Anti-Antifa Gruppe. Damit wir die Verantwortlichen schnell und wirksam zur Rechenschaft ziehen können«.....»die Liste der ungesühnten Gewalttaten ist zu lang...«. Es folgt eine sogenannte Auflistung von antifaschistischen Aktionen und Privatadressen von vermeintlichen Antifas aus Tostedt.

Zur Zeit wird an antifaschistischen Gegenaktionen überlegt, wir werden in der nächsten Ausgabe darüber berichten.

Antifas aus Hamburg (Stand: 20.6.93)

RHEIN-NECKAR-RAUM

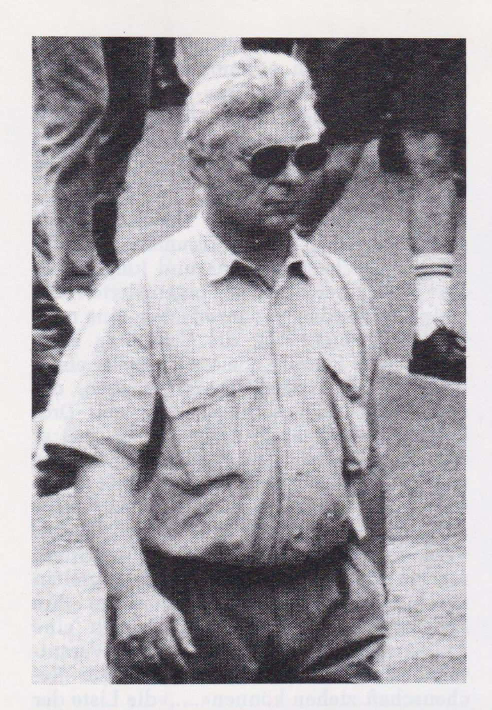
Neue faschistische Partei

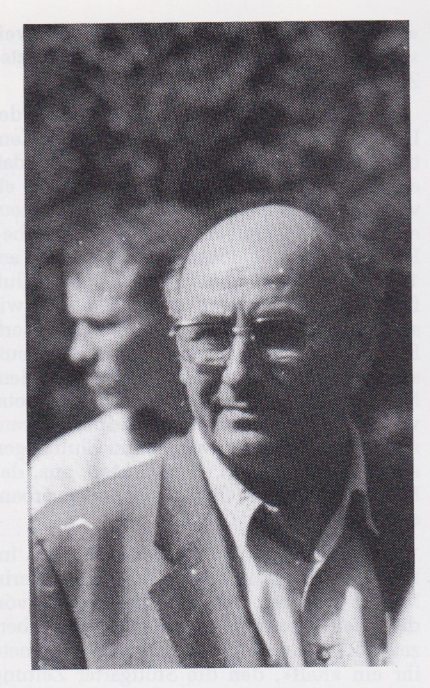
Die am 23. März gegründete »Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden« (ANK), Heidelberg, beerbt auch die rheinland-pfälzische »Deutsche Alternative« des Michael Petri. Dem vierköpfigen Parteipräsidium der ANK gehört Michael Petri als Bundesvorsitzender, M.Huck als Organisationsleiter der Partei, Rodriguez Tefer als Schatzmeister sowie Christian Hehl an. Christian »Hehli« Hehl, ein neonazistischer Skinhead aus Ludwigshafen, war zuvor bei der »Nationalistischen Front«. Im vergangenen Jahr schloß sich Hehl der damaligen »Aktionsfront Nationaler Kameraden« des M.Huck an. Landesverbände der »Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden« sind für Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zu erwarten. (AN 11/93)

KÖLN

Überfall auf DIDF-Verein

Am Samstag, den 12.6. wurde der Verein von DIDF in Köln von türkischen Faschisten überfallen. Vier Personen wurden verletzt, zwei davon schwer. Bereits am Tag der Trauerfeier für die Opfer des Brandanschlags von Solingen war ein Überfall auf die Vereinsräume verübt worden. Am Sonntag fand eine Solidaritätsveranstaltung vor dem Verein mit ca. 300 Menschen statt. (AN 13/93)







FAP-Auf am 1.Mai

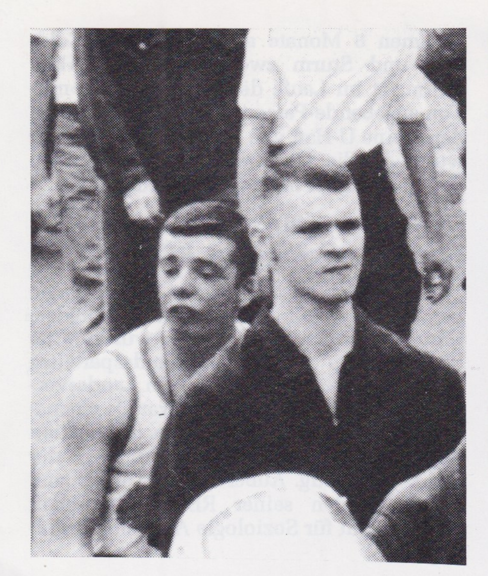


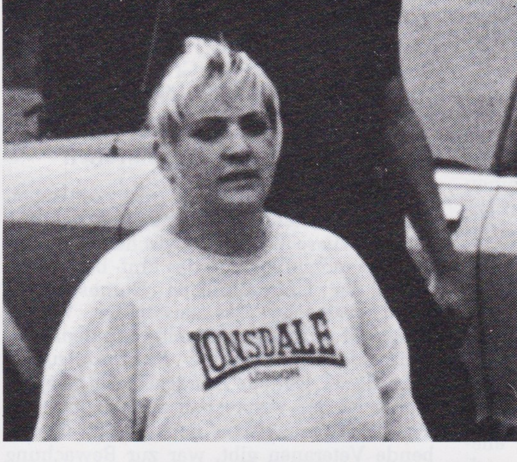


Letztes Jahr konnten wir über eine gelungene Verhinderung des angekündigten FAP-Aufmarsches am 1.Mai berichten (Info 18). Auch in diesem Jahr gab es bereits frühzeitig wieder Gerüchte darüber, daß die FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) am 1.Mai demonstrieren wolle. Wo genau, blieb wie im letzten Jahr bis zum Vorabend unbekannt.

Der genaue Demoort erreichte leider nur noch wenige Leute, was allerdings nicht ganz zu verstehen ist, denn er wurde über das Infotelefon bekannt gegeben und ebenfalls bei der Demo in Kreuzberg und dem Fest in Prenzelberg. Vielleicht hielten es ja auch viele für nicht so wichtig, sich danach zu erkundigen und dann diesen Aufmarsch zu verhindern. So kam es zu der Situation, daß lediglich ein Grüppchen antifaschistischer GewerkschafterInnen und ein noch kleineres Grüppchen anderer AntifaschistInnen versuchten, etwas gegen den Aufmarsch zu tun. Eine ganze Reihe von Leuten sind durch die Polizei daran gehindert worden, nach Lichtenberg zu gelangen und noch andere irrten ziellos herum, ohne den Aufmarsch zu finden. Dazu ist nur zu sagen, daß es zum einen Infotelefone gibt, wo entsprechende Infos abgefragt werden können und zum anderen muß ein weiteres Mal an das Spielchen mit der Kleiderordnung erinnert werden.

Vom Aufmarsch selber gibt es nicht allzuviel zu berichten. Ca. 100 TeilnehmerInnen, davon 4 Frauen (links oben). Fast ausschließlich Leute von der FAP-Berlin. Unter ihnen Heiko Baumert, ehemals Nationale Alternative, der jetzt mit ziemlicher Sicherheit genau wie André Riechert bei der FAP ist; Mirko Tambach, der zum engeren Führungskreis der FAP um Busse zählt, seine Kontakte zu den Jungen Nationaldemokraten (JN) und deren Schülerzeitschrift Denkzettel aber keineswegs aufgegeben hat, sprich eine Art Verbindungsmann













marsch in Berlin

darstellt; Thorsten Heise (rechts unten, mit Megaphon) mit ein paar Kameraden aus Niedersachsen, der sich scheinbar von dem Kommando der »Bösen Friedhofsgeister« wieder erholt hat; Lars Burmeister (oben, 3.Bild v.l.), FAP-Berlin-Vorsitzender, der mit Heise zusammen den Aufmarsch leitete und natürlich der Bundesvorsitzende der FAP, Friedhelm Busse.

Zum Verlauf: Die Faschos hatten auf Grund ihrer letztjährigen Erfahrungen ziemliche Angst vor einem erneuten Fiasko. Als sie die Gruppe GewerkschafterInnen erblickten, mußte Heise seine ganze Kraft darauf verwenden, die eigenen Leute ruhig zu halten. Da die Berliner Polizei aber weiß, wo der Feind steht, räumte sie die AntifaschistInnen von der Straße, damit die FAP ungestört weiter demonstrieren konnte. Dieser Augenblick wurde dann von den anderen Antifas genutzt, dem Aufmarsch wenigstens das Abschluß-Transparent zu entreißen und die letzten Reihen etwas durcheinander zu wirbeln. Das war dann auch die erste und letzte mögliche Störung des Aufmarsches.

Einige Wochen später wurde in dem Gebiet des Aufmarsches massiv Propaganda der FAP in die Briefkästen gesteckt, zu Pfingsten brannte dort ein AusländerInnenwohnheim. Alles Hinweise darauf, daß sich die FAP in Berlin jetzt, wo sie sich in Prenzelberg ausreichend breit gemacht hat und relativ ungestört arbeiten kann, nach Lichtenberg ausbreitet.

An diesem Tag gab es aber auch noch eine erfolgreiche Aktion gegen Faschos in Berlin. Im Grunewald wurde ein Treffen der »Denkfabrik Europa der Völker« verhindert. Mehr dazu im ersten Teil des DESG-Artikels.

Alle Fotos zeigen TeilnehmerInnen des FAP-Aufmarsches.





HANNOVER

Anti-Antifa-Terror

Der Strafantrag, den die antifaschistische Zeitschrift »Der Rechte Rand« gegen die »Anti-Antifa Bonn« als Reaktion auf einen an ihre Redaktion gerichteten Drohbrief anstrengte, wurde niedergeschlagen. Begründung durch die Staatsanwaltschaft: Es seien keine bundesweiten Zusammenhänge erkennbar und keine konkrete Gefährdung auszumachen. Die Neonazi-Szene Hannovers reagierte prompt mit einem Einschüchterungsversuch gegen Klaus Harbart, einen »Rechte-Rand«-Redakteur. Allerdings schmierten die Neonazis die Parole »Klaus wir kriegen dich« an das Haus seiner ehemaligen Frau. Das bedeutet, daß hier auch Unbeteiligte gefährdet sind. Trotzdem werden seitens der Staatsanwaltschaft noch immer keine Maßnahmen gegen die Drahtzieher des anti-antifaschistischen »Nationalen Infotelefons« eingeleitet, gegen den Hamburger Christian Worch sowie den Adelebsener NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler. (AN 13/93)Stuttgart

Täter bestraft - Hintermänner frei?

Am 8. Juli 1992 ermordeten sieben Rechtsextreme den Arbeiter Sadri Berisha aus dem Kosovo, indem sie ihn in seinem Wohnheim in Kemnat durch zwei Schläge mit einem Baseballschläger erschlugen. Ein Mitbewohner wurde schwer verletzt. Das Landgericht Stuttgart verurteilte den 25jährigen Hauptangeklagten wegen Mordes zu lebenslänglich, den 2. Hauptbeschuldigten zu 9 Jahren Jugendstrafe, die fünf anderen Beteiligten zu Strafen zwischen 6 Monaten auf Bewährung und 7 Jahren. Das Gericht stellte unter anderem fest, daß solche durchaus repräsentativen Ausbrüche dumpfen Rechtsextremismus durch die unselige Asylrechtsdiskussion der politischen Eliten begünstigt würden. Soweit ja eine überraschend vernünftige Einschätzung... Allerdings wurde, wie üblich, an der Mär von den »spontanen Einzeltätern« gestrickt. Dabei hat einer der Täter, Frank N., der zu sieben Jahren verurteilt wurde und Hauptinitiator des Mordes war, nachweislich Verbindungen zu rechten Gruppen. So aber blieben die Drahtzieher, wieder einmal, unbehelligt. (AN 11/93)

BRD

Visa und IGFM

»Visa - die Freiheit nehm' ich mir«, so wird für die Scheckkarte geworben. Die »Internationale Gesellschaft für Menschenrechte« (IGfM) unterstützt seit langem Regime, die Menschen die Freiheit nehmen. Nun hat die Rechtsaußen-Organisation ihr Emblem an die Quelle-Bank vermietet, die eine IGFM Visa Card herausgibt. Der Quelle-Konzern zahlt der IGfM pro Geschäftsakt, der mit der Karte vorgenommen wird, 0,2 %. Das Konzept wurde von IGfM, Visa und Quelle gemeinsam ausgearbeitet.

Herbert Gruhl ist tot

Der Ökofaschist Herbert Gruhl ist am 26.6.1993 im Alter von 71 Jahren verstorben. Der ehemalige CDU-Umweltexperte hatte seine Partei in den 70ern verlassen und gehörte seitdem dem konservativ bis faschistisch motivierten Flügel der Grünen-Bewegung an. Von der Gründung bis 1990 war er Vorsitzender der ökofaschistischen und rassistischen ÖDP.

Renten für lettische SS-Veteranen

Ehemalige Angehörige der lettischen Waffen-SS erhalten von der Bundesrepublik Renten. Diese betragen zwischen 200 und 300 DM monatlich, was das fünf- bis siebenfache der landesüblichen Durchschnittsrente ausmacht. Das zuständige Versorgungsamt in Ravensburg lehnt mit dem Hinweis, daß man keine Strafverfolgungsbehörde sei, jegliche Anfragen beim Zentralarchiv für NS-Verbrechen ab. Die lettische Waffen-SS, von der es noch 12.000 überlebende Veteranen gibt, war zur Bewachung des Rigaer Ghettos eingesetzt und an der Deportation der lettischen Juden beteiligt, mit dem Ergebnis, daß von 80.000 Juden in Riga 124 überlebten und somit Lettland dem Führer »judenfrei« gemeldet werden konnte.

Die SS-Veteranen genießen im neuen nationalistischen Lettland hohes Ansehen. Sie sind keineswegs nur »Ehemalige«, ganze Einheiten der neuen lettischen Miliz bestehen ausschließlich aus ehemaligen SS-Angehörigen. Zudem wird der Jahrestag der Aufstellung der SS-Divisionen in Riga gefeiert, mit kirchlichem Segen und Hitlergruß.

Anträge der überlebenden Verfolgten auf Wiedergutmachung wurden von der Bundesrepublik bisher stets abgelehnt.

LEIPZIG

Prozess gegen Leipziger Faschos wegen schwerem Landfriedensbruch

Angeklagt waren im April Ronny Goldberg, Ricardo Sturm, Rene Lehr, Mike Ziemann und Heiko Kühnert. Verhandelt wurden: der Überfall auf ein Billiard-Cafe Anfang 1992, der Brandanschlag auf ein besetztes Haus in der Sternwartenstr., der Überfall auf besetzte Häuser in Connewitz am 2.Mai 92. Bei allen Angriffen waren ca. 25 Faschos mit dabei. Lehr und Ziemann bekamen 6 Monate auf Bewährung, Goldberg und Sturm zweieinhalb Jahre Haft. Sturm ist im Laufe des Prozesses als »mit-Ton-angebende-Person« herausgefiltert worden. Seine U-Haft von einem dreiviertel Jahr wurde in die Haftstrafe mit eingerechnet, den Rest muß er erst im Winter absitzen.

Richard »Ricardo« STURM



Uni-Professor für Soziologie wird Landesvorsitzender der REP

Für Wirbel in der lokalen Presse sorgte der Leipziger Uni-Professor für Soziologie Günther Bernhard (53). Dieser wurde Mitte Mai auf dem sächsischen Landesparteitag der Republikaner in Freital zum Landesvorsitzenden gewählt. Bernhard war als ehemaliges SED-Mitglied 25 Jahre an der Sektion »Wissenschaftlicher Kommunismus« der Uni Leipzig tätig. Außerdem war er bis zum Bekanntwerden seiner REP-Mitgliedschaft beim Institut für Soziologie Ausländerbeauftragter.

Wieder Prozesse gegen Leipziger Neonazis

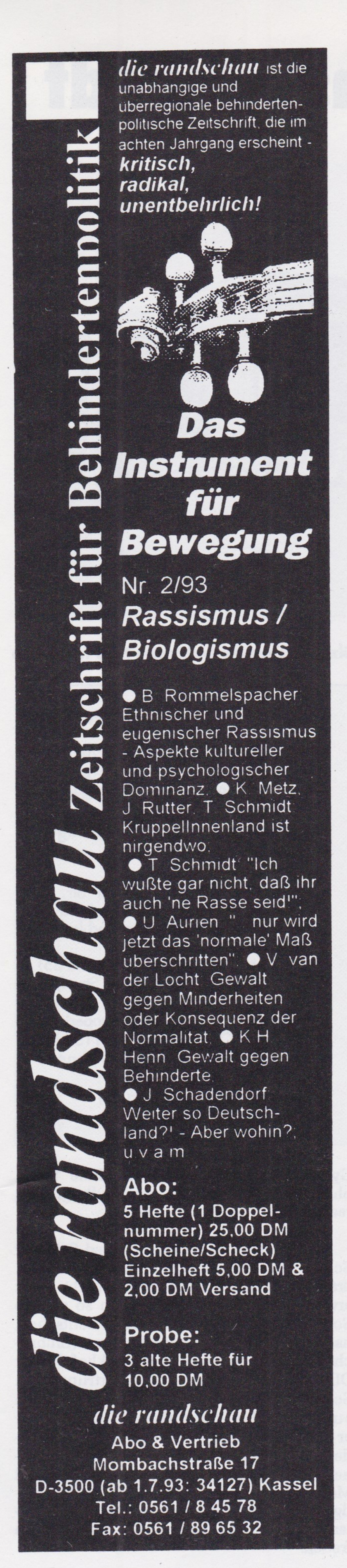
Verhandelt wurde der Überfall auf das Asylantenheim in Eilenburg am 4.10.92. Damals waren ca. 35 Leipziger und Eilenburger Faschos von der Disco »Highlife« zu diesem Überfall gestartet. Angeklagt sind der Discobetreiber Mike Erler (24), sein Bruder Matthias (19), Rico Hähle, Ronny Hartung, Mark Hildebrand, Diana Kühn, Marko Ronschikowwski, Marcel Szymora, Manuel Ulrich, Jan Werner, Rene Lehr, Mike Ziemann (siehe oben) und der Leipziger FAP-Chef Dirk Zimmermann (22). Nach Presseberichten soll letzterer bis 21.3.92 sogar der Landesführer der sächsischen FAP gewesen sein. Nach 3 Verhandlungstagen ist der Prozess laut »Leipziger Volkszeitung« vorerst geplatzt, weil eine beisitzende Richterin erkrankt ist.

Antifa Leipzig

OLDENBURG

Polizei läßt faschistischen Angriff auf Jugendzentrum zu

Am 8. Mai versammelte sich die »Nationale Liste« in Oldenburg. Im Anschluß griffen etwa hundert Faschisten das Auricher Jugendzentrum »Schlachthof« an. Die Polizei ignorierte den sich formierenden Fahrzeugkonvoi diverse Zeit und die zunächst vor Ort anwesenden 12 Beamten griffen nicht ein. Die Ordnungshüter erklärten später, sie seien personell überfordert gewesen, obwohl sie knapp zwei Stunden vor dem Angriff informiert worden waren. Nach dem Überfall erst wurden Bereitschafts- und Autobahnpolizei informiert und von lediglich 23 Angreifern die Personalien aufgenommen. Ermittlungen wegen Verdachts auf schweren Landfriedensbruch sind wohl eingeleitet worden, gegen Körperverletzung dagegen sei das »schwierig«, weil die Täter »schlecht« auszumachen seien. Auricher AntifaschistInnen kritisierten zudem die passive Haltung der Polizei auch bei dem abschließenden Zug der Faschisten durch die Innenstadt. Die Oldenburger »Nordwest-Zeitung« läßt daraus jedoch »Ausschreitungen zwischen rund 100 Rechtsradikalen und Anhängern linker Gruppierungen« werden. (AN 11/93)



Neues aus den Reihen der Berliner Polizei:

Jede Menge Schmutzwäsche

Das »Horst-Wessel-Lied« der Nazis erfreut sich unter Berliner Polizisten größter Beliebtheit. Daß solcher Ungeist nicht ohne Taten bleibt, beweisen u.a. die jüngsten rassistischen Übergriffe durch Polizeibeamte. Die Ermittlungen gegen solche Umtriebe kommen äußerst schleppend in Gang und ohne öffentlichen Druck passiert gar nichts. Im Falle der massiven Durchsetzung der Berliner Freiwilligen Polizeireserve (FPR) mit Waffenschiebern und militanten Neonazis (siehe AIB Nr.22) beurteilte der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Wieland die Politik von Senatsparteien und Polizei als »konzertierte Weißwäscheraktion«.

Ein 26jähriger Polizeiobermeister, der bei einer Gartenparty in der Nacht zum 1. August 92 in der Britzer Laubenkolonie »Alpental« das »Horst-Wessel-Lied« mehrfach laut gegrölt hatte, ist am 11.5.93 vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Aufschlußreich waren die Aussagen des Ausbilders während der Verhandlung: Er könne »nicht bestreiten«, daß das Lied auf Kameradschaftsabenden gelegentlich gesungen wird. Während der Dienstzeit sei dies jedoch nicht allgemein (!) üblich. Daß das Lied gelegentlich doch während eines Einsatzes gesungen wird, zeigte sich am diesjährigen 1. Mai, den die Polizei wieder einmal zum Anlaß nahm, den Berliner Bezirk Kreuzberg in ein Heerlager zu verwandeln. Wie auch in den letzten Jahren kam es wieder zu Übergriffen gegen linke und türkische DemonstrantInnen und AnwohnerInnen. Zu einer Polizei-Demonstration ganz eigener Art kam es dabei in den späten Abendstunden, als ca. zwei Dutzend sich im Einsatz befindende Angehörige einer niedersächsischen BGS-Einheit, die in Ahrensfelde (Brandenburg) stationiert ist, blockartig durch die Oranienstraße marschierten und dabei das »Horst-Wessel-Lied« grölten. Zwei Anwohnerinnen der Oranienstraße, die aufgrund ihrer Beobachtungen Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen die BGS-Beamten stellen wollten, wurden von der Polizei zunächst abgewiesen. Erst mit Hilfe eines Anwalts konnten sie die Anzeige ertrotzen. Aber trotz der Aussagen der beiden Frauen und trotz eines Amateurfilms, der ihre Angaben stützt, wurde inzwischen das Verfahren eingestellt.

Systematische rassistische Übergriffe

Fast täglich kommt es bei der Polizei zu rassistischen Äußerungen oder Handlungen. Besonders bei den in vielen Städten verstärkten Razzien gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte, die häufig genug mit dem Ziel erfolgen, die Flüchtlinge zu kriminalisieren, kommt es immer wieder zu schweren Übergriffen durch die Polizei. Bei einer Razzia am 9. März, an der offensichtlich auch Mitglieder der verrufenen Freiwilligen Polizeireserve teilnahmen, wurden mehrere Vietnamesen festgenommen. Einer der Festgenommenen mußte in Handschellen auf dem Bauch mit dem Gesicht im Dreck liegen, während ein Reservebulle auf ihm kniete. Erst nachdem sich mehrere Passanten einmischten, durfte der Mann wieder aufstehen. Ebenfalls im März 93 berichteten die Medien nach einer Sendung von »Kennzeichen D« über mehrere Fälle, die sich wiederum in Berlin abgespielt hatten, bei denen ausländische BürgerInnen durch Beamte im Einsatz mißhandelt oder rassistisch beleidigt worden waren. Danach finden auf den zwei Polizeirevieren 31 und 33 in der Bismarckstraße in Charlottenburg und in der Perleberger Straße in Moabit beinahe systematische Übergriffe auf AusländerInnen statt. Dies wurde auch durch die Aussage eines Beamten, der es vorzog anonym zu bleiben, bestätigt. Am 11. Mai wurde ein weiterer Vorfall bekannt, der sich bereits vor einem Jahr ereignet hatte und an dem acht Berliner Polizeibeamte beteiligt waren. Die Berliner Polizisten randalierten in einer Dachauer Gaststätte und pöbelten den italienischen Türsteher mit rassistischen Ausdrücken an. Eine Schlägerei konnte gerade noch durch eine herbeieilende Polizeistreife verhindert werden. Die randalierenden Beamten, die an einer Fortbildung teilgenommen hatten, seien anschließend »gemaßregelt« worden. Disziplinarisch belangt wurde jedoch keiner. Ganz ähnliche Berichte gibt es aus fast allen Bundesländern. Dazu ein letztes aktuelles Beispiel aus Brandenburg: Dort wurde gegen drei Polizeidienst-Anwärter der Landespolizeischule in Oranienburg wegen Beteiligung an rechtsextremen Ausschreitungen ermittelt. Laut TAZ vom 16.3.93 soll einer der drei (nach anderen Berichten vier) Polizeischüler bereits vom Dienst suspendiert worden sein. Genauere Angaben zu den begangenen Straftaten wollte der Sprecher der Polizeischule nicht machen. Aufgrund der vermehrten Meldungen von Übergriffen durch die Polizei, hat sich in Berlin bei der Antirassistischen Initiative mittlerweile eine Arbeitsgruppe Rassismus und Polizei gebildet, die solche Fälle systematisch sammeln und dokumentieren will. Zu erreichen ist die AG über das Antirassistische Telefon (030/7857281). ■

Welcome to Terrortown: Schwedt

Für alle, die es noch nicht aus dem Heimatkunde-Unterricht wissen: Schwedt - ein Kunstwerk staatssozialistischer Beton-Baukunst und östlicher Kern der Chemie-Industrie - ist heute eines der wichtigsten Zentren des organisierten Rechtsextremismus. Die Stadt an der Oder liegt etwa eine Autostunde nordöstlich von Berlin. Schwedt gleicht Lichtenhagen und Hoyerswerda: 50.000 Menschen leben in Neubausilos eingepfercht, die Jugend marschiert rechts.

Die NF (Nationalistische Front) und ihre Nachfolgeorganisationen SrA (Sozialrevolutionäre Arbeiterfront) und FMJ (Förderwerk Mitteldeutsche Jugend) haben die 150-200 harten Nazi-Skins ebenso im Griff, wie die Kinderglatzen, die rechten Stinos und Popper an Schule und Gymnasium.



Der Külz-Club, einer der wichtigsten Nazi-Treffpunkte

Schon kurz nach der Wende versuchten faschistische Parteien in Schwedt Fuß zu fassen. Es gibt Republikaner und DVU. Besonders die »alten« Glatzen, die schon während der »Wende« wenig Haare besaßen, orientieren sich an der DVU. Die NPD-Kader kamen dank antifaschistischer Selbsthilfe nicht weiter als bis zum Bahnhof, von dort aus mußten sie wieder flüchten (das waren noch Zeiten!). Die eher zersplitterte Nazi-Szene von 89/90 konnte sich bis heute unter der Führung der NF/SrA fest zusammenschließen. 91/92 engagierten sich die NF-ler zunehmend, und konnten besonders die berüchtigten Nazi-Schläger an sich binden, das Fußvolk kam schnell hinzu.

Es gibt keinen Jugendclub mehr, abgesehen vom Karthaus, wo die Rechten nicht hausen. Und den letzten alternativen Club machen die Faschisten regelmäßig platt, so daß sich kaum noch Gäste in den Karthaus wagen. Ebenso ein linker Treff in Criewen (5 km von Schwedt), der in einem halben Jahr insgesamt acht mal überfallen wurde. Er ist heute eine Ruine. Die NJS (Nationalistische Jugend Schwedt) als NF-Jugend bekam von der Stadt einen Raum, in dem regelmäßig Kaderschulungen und Absprachen mit Berliner Kadern stattfinden. Andreas Pohl hat(te) z.B. enge Kontakte nach Schwedt, wie von Neo-Nazi Steffan Csevi (Goethering 47) zu erfahren war.

Schwedt ist Schaltzentrale. Ständig sind Faschisten aus Emden, Bad Schauburg, Hamburg und Berlin in der Stadt. So traf sich Kai Nando Böcker (der Mörder des Angolaners Amadeu Antonio in Eberswalde) mehrmals in einer Wohnung mit Schwedter NF-Kadern. Am Briesensee nahe Schwedt finden (wie z.B. am 1.Mai 1993) Wehrsportcamps der Rechten satt.

Praxis holen sich die Kameraden dann bei Aktionen in Schwedt und ganz Brandenburg:

1991 wurde ein Obdachloser von Nazi-Skins zusammengeschlagen und zu Tode getreten. 1992 wurde die 13-jährige Melanie von Nazis in einem Neubau gefangengehalten, geprügelt, gequält, sexuell mißbraucht. Sie starb. Linke sind ständig Ziel faschistischer Überfälle. Anfang 1993 wurden ein paar Antifas von einer Horde gut bewaffneter Faschos angegriffen. Ein Linker wurde niedergeprügelt, regungslos am Boden liegend weiter getreten und geschlagen. Er lag fast zwei Wochen im Koma, mußte insgesamt 14 Wochen im Krankenhaus verbringen. Eine Linke wurde am hellerlichten Tag von Rechten zusammengeschlagen, ein Antifa mit Mollis beworfen. Selbst eine Party in einer Privatwohnung wurde schon von Faschisten angegriffen. Die Büros des linksorientierten Stadtjugendringes CITI e.V. wurden mehrfach demoliert, der Clubraum mit Mollis niedergebrannt. Eberswalde, Bad Freienwalde, Angermünde und Prenzlau sind beliebtes Ausflugsziel für rechte Terrorbanden, um dort linke Treffs anzugreifen. Das Antifa-Info-Café in Angermünde (20 km von Schwedt) wurde schon in der ersten Woche seiner Existenz von Schwedter Nazis angegriffen. Da es in Schwedt nur eine kleine Hand voll Linker gibt, gehen die Nazis auch verstärkt auf Jagd nach Rappern und Ravern, finden gerade in kleinen Rapper-Kids immer wieder wehrlose Opfer. Ende 1992 wurde der Rapper- Club »Külz« von Nazis besetzt, und ist inzwischen einer der wichtigsten rechten Treffs. Die Rapper wurden rausgeprügelt. Vom Külz aus startete z.B. der letzte Angriff auf den Karthaus-Club, der von Schwedter Skins und Holsteiner Reps zusammen ausgeführt wurde. Die NF-Führer hatten alles organisiert, und beobachteten die Aktion aus sicherer Entfernung. Der Polizeiruf war 1/2 Stunde nicht besetzt.

Die Faschisten geben Flugblätter und Zeitschriften (»Angriff«, »Fräch«, »Zitti«) in großer Auflage heraus. Plakate, Aufkleber und Sprühereinen der NF/SrA sind überall zu sehen. Die NF schaffte es sogar, mit ihrer »Fräch«-Zeitschrift als Veranstalter zu einer Gymnasiumsparty aufzurufen (Ende 1992), ohne das Schulleitung oder Stadtregierung reagierten.

Die Führer der NF/SrA (in Schwedt):

CHRISTIAN KUSCH (Schillerring 78)
STEFAN WÜNSCH & SVEN HANSEN (Weinertring 38, bei Müller, NF-Zentrale)

Ein paar wenige der wichtigen Schläger:

MIRKO HANNIG (Kummerower Str. 5, seine Eltern besitzen dort auch ein Kneipe, der NF liebster, dümmster und brutalster Schläger)
FRANK JANKOWSKI (Nuschkestraße 35)
HOLGER KREIBIG (Kummerower Str. 4)
THOMAS KUHLE (Zetkinstraße 15, mit RENÉ MARSCHKE jagt er die Rapper)
SVEN LANDROCK (Berliner Str. 115 b)
MARKO SBACH (Schillerring 17, brutale Altglatze)
LARS SCHAMER (Schillerring 82)
u.v.a.m.

Einer der wichtigsten Nazi-Schläger Schwedts, der Kamerad Marcel Kovacs, braucht in dieser Namensliste nicht mehr erwähnt zu werden. Er, der ach so arische Sohn eines Ungarn und einer Deutschen, hatte schon eine gewisse Karriere (Einbrüche in Imbißbuden, Jugendwerkhof in der DDR, Führer einer Schlägertruppe in Schwedt) hinter sich, als er Ende Mai von »uns« ging. Im volltrunkenen Zustand fuhr er auf einem Kinder- Moped mit einem anderen Kahlkopf - dieser im PKW - ein Rennen. Die beiden lenkten schlecht, und Marcel wurde vom PKW überrollt. Endgültig brache man ihn dann in Eberswalde unter die Erde, die Antifas dort werden sich freuen.



Foto links: Die UFO-Disco

Foto unten: Die Kummerower Str. 5. Dort wohnt Mirko Hannig und seine Eltern besitzen die abgebildete Kneipe.

Die Antifa in Schwedt wurde Anfang 1992 als Alternatives Antifaschistisches Stadtjugendprojekt (aas) gegründet. Schon nach einigen Monaten wurde klar, mit schönen Flugblättern und kleinen Diskussionszirkeln kann man gegen prügelnde Nazi-Banden und gute faschistische Organisierung nicht ankommen. Inzwischen nennt sich das aas deshalb Autonome Antifa Schwedt, und hat eine konsequentere Form antifaschistischer Politik gefunden.

Deshalb haben wir auch zusammen mit anderen Antifa-Gruppen aus Berlin und Brandenburg, zusammen mit der Schwedter PDS für den 12.06.1993 eine größere Antifa-Demo »Gegen faschistischen Terror und Nazi- Propaganda! Gegen den braunen Gürtel um Berlin!« organisiert. Trotz strömenden Regens und recht kurzfristiger Mobilisierung kamen über 400 Leute zusammen, die lautstark und wehrhaft die Demo durch die grauen Ghetto-Siedlungen der Stadt durchführten. Die Polizei hatte es im Vorfeld nicht geschafft, die Demo zu verbieten oder zu einer Kundgebung einzuengen. Mit energischen Worten machten wir die Schwedter Bevölkerung - meist ziemlich verdutzt aus den Fenstern guckend - auf die Situation in der Stadt aufmerksam, manch Jugendlicher schloß sich spontan an. Hinter den Häusern und auf den Dächern sammelten sich die Nazis, warfen mit Steinen über die Köpfe der regungslosen Bullen hinweg auf die Demonstranten, schossen z.T. mit Pyros oder skandierten den Nazi-Gruß. Da die Polizei nicht reagierte, als wir z.B. von Unbekannten gefilmt und fotografiert wurden, mußten wir uns um uns selber kümmern. Während der Zug geschlossen blieb, sorgte der Schutztrupp für Ordnung am Rande der Demo, ein Nazi-Trabbi (Kuhle, Brehmer) wurde zerlegt, und manche Glatze mußte flitzen. Ein schönes Gefühl, in Schwedt Rechte wegrennen zu sehen.

Polizei und Stadtregierung ließen verlauten, daß durch den besonnen Einsatz der Polizei das Ziel der Demo, Schwedt »platt zu machen«, nicht erreicht wurde. Man wäre entschlossen gegen die linksextremistischen Gewalt-Touristen aus Kreuzberg vorgegangen. Die Diffamierung Schwedts als braunen Stadt wäre Lüge, und schrecke Investoren ab. Der Panikmache würde man entschlossen entgegentreten, indem man gewalttätigen Extremismus, besonders den linken, hart angehen würde. Dies war zu erwarten, die Verantwortliche für Jugendpolitik in de regierenden SPD, Giese, hatte einst schon verkündet: So wie die Linken aussehen, könnten die Eltern nur Asoziale sein, und dann könne sie die Rechten verstehen, wenn die die Linken zusammenprügeln.

Problematisch war das Presseverhalten. Die bei allen wichtigen Medien angekündigte Pressekonferenz blieb leer, es wurde meist nur der Polizeibericht abgedruckt. Die MOZ (Regionalzeitung in Schwedt) hatte gerade noch die Stellungnahme der Stadt veröffentlicht (Verständnis für den Frust rechter Kids, Kampf gegen linken Extremismus), da gab es Drohungen an die Redakteure des Lokalblattes. Die Nazis würden die Privatwohnungen der Redakteure angreifen, wenn nur noch ein Kommentar gegen Rechts gedruckt würde. Seitdem herrscht das Schweigen im Blätterwald.

Nach der Demonstration wollten die Faschisten klar machen, wessen Territorium Schwedt ist. Innerhalb von zwei Wochen wurden zehn Rapper zusammengeschlagen, drei davon mußten stationär ins Krankenhaus, zwei davon sogar auf Intensivstation. Drohungen blieben nicht ohne Folgen. Die Nazis arbeiten nach und nach ihre »Schwarze Liste« ab. Ganz oben: die Leute der Antifa. Dem bisherigen Sprecher des aas wurde angekündigt, daß man seine Wohnung platt machen würde, und er nur noch als Leiche aus der Wohnung kommen würde. Seine Schwester, ihr Mann und die beiden Kinder (1 und 4 Jahre alt) wurden ebenso bedroht. Der Sprecher der Antifa ist zunächst untergetaucht, kann momentan nicht mehr in Schwedt bleiben. Die Reaktion des Polizei-Bosses von Schwedt, Klemm, war zu erwarten: Die Leute von der Antifa seinen selbst an der Situation schuld, speziell deren Sprecher würde zur Gewalt aufrufen, man könne linksextremistische Gewalt nicht dulden. Dem besonnenen Verhalten der Polizei unter Führung von Klemm (er lobt sich gerne selbst) sei es zu verdanken, daß das Ziel der Antifa nicht erreicht wurde, mit der Demo die Stadt »platt« zu machen.

Die Antifas in Schwedt werden seit der Demo konsequent von Polizei und Stadtregierung kriminalisiert, es gab Hausbesuche des Jugendamtleiters, um den Eltern bei der Erziehung der Kids zu helfen, die Bullen arbeiten an der Akte »Linksextremismus in Schwedt - Antifa«. Es gab sogar Kommentare von öffentlicher Seite, man warte direkt darauf, daß die führenden Antifaschisten von den Rechten umgenietet werden, damit es wieder Ruhe in der Stadt gebe. Die Antifa selber hat sich für die nächste Zeit vollständig aus der öffentlichen Arbeit zurückgezogen, ihr bleibt im Moment keine andere Wahl. Jede offensive Aktion, ob von Schwedter Linken oder von außerhalb, ist Anlaß für die Nazis, noch härter vorzugehen. Der Antifa bleibt vorerst nur das Abtauchen, die Emigration. Im Moment ist nicht abzusehen, ob das das Ende der Antifa in Schwedt ist (ein Großteil der Leute will sowieso nach Berlin o.ä. zur Lehre oder zum Studium gehen), oder ob sich ein neuer Weg, antifaschistische Politik zu machen, später eröffnen wird. Im Moment sieht es so aus, als ob Schwedt gefallen ist!

Wer aber dennoch mit den Schwedter Antifas in Kontakt treten will, erreicht das aas über die Adresse des Antifaschistischen Infos.

Autonome Antifa Schwedt - aas ■



Roma-Demo in Hamburg

BRD

Bleiberecht für Roma und Cinti!

Anfang Juni hat das Antirassistische Telefon aus Hamburg den folgenden Aufruf zu den Aktionen der Roma und Cinti in Deutschland verbreitet, den wir auszugsweise zitieren.

Der 16. Mai 1993 war der 53. Jahrestag des Beginns der Deportationen von Roma und Cinti in die Gaskammern der Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka. Der 16. Mai 1940 war der Beginn eines Völkermords an Roma und Cinti, dem eine halbe Million Menschen zum Opfer fielen. Heute, 53 Jahre nach diesem Datum, ist die Situation der Roma in Deutschland wiederum verzweifelt und aussichtslos: Die Bundesregierung mit ihrem Innenminister Seiters hat im Herbst letzten Jahres Rumänien für 30 Mio. DM die Zusicherung abgepreßt, Roma, die aus der BRD abgeschoben werden sollen, zurückzunehmen, obwohl sie in Rumänien fortgesetzten Pogromen ausgesetzt sind. Ähnliche Abkommen sind Polen aufgezwungen worden und mit anderen osteuropäischen Ländern in Vorbereitung. Auch nach Ex-Jugoslawien werden Roma abgeschoben (...). Im Einklang mit dieser Politik steht auch, daß die Bundesregierung bis heute als einzige europäische Regierung sich weigert, die UNO-Resolution zum Schutz der Roma zu unterzeichnen. (...) Es herrscht ein nationalistischer und rassistischer Konsens in Deutschland, dem die Hetze gegen MigrantInnen und Roma insbesondere als normal gilt und bei dem Morde und Überfälle an MigrantInnen an der Tagesordnung sind. Diese Allianz vom nationalen Konsens der Demokraten mit dem rechtsextremen Gedankengut erlaubt es, daß in Köln die Deutsche Liga ... eine Menschenjagd mit Steckbriefen und Kopfgeld auf N. Pampurova, eine Rom-Frau, ... organisiert. Die Roma haben sich entschlossen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese rassistische Politik zu protestieren und zu kämpfen:

- Am 16. Mai haben Roma versucht, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu besetzen, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken und eine Fluchtburg für die von der Abschiebung bedrohten Roma zu errichten. (...) Zwei Wochen lang verhinderte die Hamburger Polizei die Mahnwache der Roma auf dem Gelände der Gedenkstätte Neuengamme.
- Seit dem 16. Mai hält sich eine Gruppe von Roma in der Versöhnungskirche der KZ-Gedenkstätte Dachau auf. Sie suchen Zuflucht vor Abschiebung und kämpfen für ein gesichertes Bleiberecht. Es ist perfide und bezeichnend genug, daß die einzigen Orte, an denen die Roma noch Zuflucht erhoffen können, die Stätten der Vernichtung ihrer Vorfahren sind.
- Am 7. Juni sind mehrere hundert Roma aus Hamburg und anderen Städten nach Bonn aufgebrochen. Sie wollen sich dort unter den Schutz des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) stellen und fordern ihre Behandlung als Flüchtlinge entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention und ein abgesichertes Bleiberecht in der BRD.

Spendenkonten:

für Roma in Dachau Christian Boissevain/Aktionsbündnis Stadtsparkasse München, BLZ 701 500 00 Kto.-Nr. 7117 35 20, Stichwort: Roma

Roma & Cinti Union Spendenkonto Fluchtburg Bankhaus Fischer Hamburg BLZ 201 106 00 Kto.-Nr. 001 032 1016

für die Familie Pampurov Rom e.V. Köln Stadtsparkasse Köln. BLZ 370 501 99 Kto.-Nr. 12 442 620

Photos von Flüchtlingsheimen gesucht

Wir (Leute von der Potse, einem selbstverwalteten Jugendzentrum in Berlin) wollen eine Photoausstellung zur Situation in und um Flüchtlingsheimen in der BRD zusammenstellen. Die Ausstellung soll im September in Verbindung mit zwei Veranstaltungen (1. zur Situation in den Heimen und wie durch die Heimunterbringung Rassismus gefördert wird, 2. zur Praxis der Flüchtlingsarbeit) gezeigt werden und danach so viel wie möglich wandern (ggf. natürlich auch zu euch).

Falls ihr geeignete Photos habt, schickt uns bitte bis Ende Juli Photokopien davon zu (Unkosten können wir notfalls erstatten), damit wir Anfang August eine Auswahl treffen und uns dann ggf. für Abzüge an euch wenden können. Hinweise über Ort, Datum, Umstände usw. und bei mehreren Photos Numerierung (wegen der Abzüge) wären sehr hilfreich. Wenn ihr Leute/Gruppen kennt, die Photos haben (könnten), gebt diese Anfrage bitte weiter. Über Hinweise auf schon bestehende Ausstellungen, bzw. reichhaltige Sammlungen freuen wir uns natürlich auch.

Kontaktadresse: POTSE, Potsdamer Str. 180, 10783 Berlin

Aktion gelber Punkt

In Saarbrücken wurde eine Initiative gestartet, die nun bundesweite Verbreitung finden könnte. Die Idee ist, daß sich Geschäfte und Gaststätten, die bereit sind, bedrohten AusländerInnen Schutz zu geben, sichtbar mit einem gelben Punkt und der Aufschrift: »Wir bieten AusländerInnen Schutz vor rassistischen Übergriffen« kennzeichnen. Nähere Informationen (zumindestens für den Berliner Raum) bei Ambulante Krankenpflege Berlin e.V., Crellestr. 21, 100 Berlin 62, Tel 781 10 87

KÖLN

Trauerfeier in Kölner Moschee

In der Ehrenfelder Ditib-Moschee fand am Donnerstag die offizielle Trauerfeier für die fünf ermordeten Türkinnen aus Solingen statt. Neben den islamischen Geistlichen waren auch türkische Offizielle wie z.B. der türkische Regierungssprecher vertreten. Von deutscher Seite waren Seiters, Kinkel, Blüm, Rau, Klose, Süsmuth, Weizsäcker und einige andere PolitikerInnen anwesend. In die Moschee selber wurden nur geladene Gäste und ältere TürkInnen eingelassen. Für die anderen wurde das Ganze auf einer Großleinwand auf einem benachbarten Fußballplatz übertragen. Insgesamt waren etwas über 10.000 Menschen – zu 90% TürkInnen – zu der Trauerfeier gekommen. Vor dem Eingang der Moschee waren viele türkische Jugendliche mit Fahnen. Ständig wurden Parolen gegen Nazis, ebenso wie nationalistische: »Die Türkei ist die größte«, oder religiöse: »Allah ist groß« gerufen. Als die deutschen PolitikerInnen ankamen, wurden diese mit einem gellenden Pfeifkonzert begrüßt. Seiters kam genau in dem Moment, wo die islamischen Geistlichen einen Trauergesang anstimmten und die Jugendlichen aufforderten, sich niederzuknien. Dies taten die meisten auch, sprangen jedoch wieder auf und pfiffen Seiters aus, als dieser kam. Auch die Reden der deutschen PolitikerInnen wurden später von ihnen mit Pfiffen und Buh-Rufen begleitet. Die Reden der türkischen Offiziellen wurden ebenfalls teilweise mit Pfiffen bedacht. Die Polizei war die ganze Zeit mit ei-



Die antifaschistische Demonstration am 9.6.93 in Köln

nem Riesenaufgebot von 2000 Beamten vor Ort. Sie sperrten den Weg in die Innenstadt. Kurz bevor PolitikerInnen, deren Sicherung eines ihrer größten Probleme war, rauskamen, zog ein Teil der Jugendlichen los. Nachdem es zu Rangeleien an der Straßensperre der Bullen gekommen war, zogen etwa 500 Jugendliche in die andere Richtung über die Venloer Straße (eine Geschäftsstraße) nach Ehrenfeld. Die Bullen, die den Abzug der PolitikerInnen schützten, ließen sich für etwa für eine halbe Stunde nicht blicken. In dieser Zeit wurde ein großer Teil der Schaufensterscheiben in der Venloerstraße eingeworfen. Banken, Supermärkte, Sonnenstudios, Spielhallen und auch Kioske und kleine Läden, sowie ein griechischer Imbiß waren die Ziele. Parkende Autos wurden demoliert und teilweise Steine gegen ZuschauerInnen geschmissen. Nach einer halben Stunde kamen die Bullen und hatten die Lage unter Kontrolle. Auch danach kam es noch zu weiteren Demonstrationen in der Innenstadt und teilweise zu kleineren Auseinandersetzungen mit den Bullen. Mindestens in einem Fall zog dabei ein Zivi eine Knarre und bedrohte TeilnehmerInnen der Demonstration. Insgesamt gab es laut Polizeiangaben an diesem Tag 42 Festnahmen und etwa 500.000 DM Sachschaden.

Veranstaltung der DL verhindert

Am 9. Juni wollte die Kölner Ratsfraktion der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL) eine Veranstaltung zur Eröffnung ihres Kommunalwahlkampfes durchführen, der im Oktober 1994 (!) stattfindet. Neben den Kölnern Markus Beisicht und Manfred Rouhs waren als Redner der Bundesvorsitzende und Europaabgeordnete Harald Neubauer, der von der DVU übergetretene Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Hans Altermann und Karl Richter, Mitherausgeber von NATION UND EUROPA und Herausgeber der DEUTSCHEN RUNDSCHAU.

Die Absicht der DL war lande bekannt, so konnten eine Kundgebung und eine Demonstration vorbereitet werden. Nach den Ereignissen um die Trauerfeier für die Solinger Mordopfer, die am 3. Juni in Köln stattgefunden hatten (ein Straßenzug wurde gründlich entglast), verbot die Polizei die Veranstaltung der Faschisten am Abend vorher, weil sie »die öffentliche Sicherheit gefährde«. Das Verbot wurde tags darauf vom Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht bestätigt. Versuche der DL, sich trotzdem öffentlich zu treffen, gingen in deren Organisationschaos unter. Die Innenstadt war von der antifaschistischen Demo geprägt, die Bullen riegelten einen bekannt gewordenen Zwischentreffpunkt der Faschisten ab. Schließlich trafen sie sich im kleineren Kreis, deren Ort leider an jenem Abend nicht mehr herausgefunden werden konnte.

Etwa 2500 Menschen versammelten sich in der Innenstadt um das Treffen zu verhindern. Bei der Kundgebung war u.a. eine Gruppe von etwa 40 türkischen Jugendlichen mit türkischen Fahnen anwesend. Es kam zu heftigen und langen Diskussionen. Unter diesen 40 Jugendlichen wurden ca. 4 organisierte graue Wölfe erkannt, die sich unter diesen durchsetzten. Da ein großer Teil der Jugendlichen dann auch noch den Gruß der Grauen Wölfe machte, wurden sie vom Kundgebungsplatz abgedrängt. Dabei kam es allerdings zu KEINEN Schlägereien. Die Polizei war mit einem der größten Aufgebote in der Kölner Geschichte vertreten. Über 2000 Bullen waren im Einsatz. Der gesamte Kundgebungsplatz war von starken Polizeikräften umstellt. Schon vor Beginn der Kundgebung wurden zahlreiche Menschen festgenommen. Gruppen von mehr als 3 Türken wurden in der gesammten Innenstadt kontrolliert. Auch bei der Kundgebung wurden am Rande ständig DemonstrantInnen festgenommen. Ca. 50-60 türkische Jugendliche, die mehrere hundert Meter hinter der Demo gingen wurden von SEK und Bereitschaftspolizei eingekesselt und ziemlich brutal allesamt abgeführt und festgenommen. Ein Teil der Jugendlichen war identisch mit denen vom Kundgebungsplatz. Andere Jugendliche von türkischen Gangs waren dazugekommen. Die Polizei behauptet hinterher unter den Jugendlichen viele erkannt zu haben, die ein paar Tage vorher die Venloer Straße entglast haben sollen. Insgesamt wurden an diesem Tag 132!! Personen festgenommen. 42 wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetzes (Vermummung und gefährliche Gegenstände) und 90 wegen Gefahrenabwehr.

BONN

Kleine Anfrage zu Jugendpolitik

Die innenpolitische Sprecherin der PDS/Linke Liste im Bundestag, Ulla Jelpke, hat eine Kleine Anfrage zum Thema »Jugendpolitik und Rechte« an die Bundesministerin für Frauen und Jugend gerichtet. In dieser Anfrage wird, u.a. auf der Grundlage von Material, das das Infoblatt in der Nr.21 veröffentlichte nach dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt sowie nach rechter Agitation in Jugendzentren gefragt. Zunächst wurde die Anfrage von der parlamentarischen Geschäftsführerin der Gruppe PDS/LL im Bundestag an Ulla Jelpke vorbei zurückgezogen. Nach Protest hat Ulla Jelpke die Anfrage erneut eingereicht. Die Antwort fällt erwartungsgemäß dürftig aus und besteht vor allem aus den schon bekannten Fehlanalysen. zu einem Auftritt der faschistischen Band »Märtyrer« im Sandower Jugendclub in Cottbus heißt es: »Die Projektverantwortlichen haben hierzu die Auffassung vertreten, daß es im Blick auf die anzusprechende Zielgruppe sinnvoll sein kann, offensiv eine Auseinandersetzung mit den Songs und Texten solcher Gruppen herbeizuführen.« An anderer Stelle wird das Infoblatt als Quelle erwähnt und behauptet, wir würden Fehlinformationen verbreiten. Auf die klare Frage nach der Definition des zentralen Begriffes Gewaltprävention gibt die Staatssekretärin Cornelia Yzer, die für das Programm verantwortlich ist, eine Antwort mit Null-Aussage. Das BMFJ hat keine Definition des Begriffes »Gewaltprävention«. Die Antwort der Bundesregierung bestätigt unsere Einschätzung des Programms in vollem Umfang.

Die Kleine Anfrage kann über das Büro Ulla Jelpke (MdB), Bundeshaus, in 5300 Bonn 1, bestellt werden.

LEIPZIG

»Aktion Freies Deutschland« und »Wiking Jugend«

Für den Nachmittag des 5.6.93 hatten die »Aktion Freies Deutschland« und die »Wiking Jugend- Mitteldeutschland« zu einer »hochinteressanten, aufsehenserregenden Vortragsveranstaltung« in die Gartensparte »Vergißmeinnicht« (Ende Januar fand dort ein Faschokonzert statt) im Stadtteil Kleinzschocher eingeladen. Der Einladung folgten ca.50 Antifas, die 20 Minuten vor Beginn das Gebäude und drei davor parkende Autos angriffen und beträchtlichen Sachschaden anrichteten. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich kaum 10 Faschos dort auf. Die Aktion dauerte kaum 5 Minuten, die Polizei konnte keine Antifas festnehmen.

Antifa Leipzig

JÜLICH

Verkauf der »Nationalzeitung« eingestellt

Am Samstag den 12.6.93 haben wir (Antifa Jülich) eine Aktion gegen einen Kiosk in Jülich gestartet. Dieser Kiosk war der einzige Ort in Jülich an dem man/frau die »Nationalzeitung« kaufen konnte. Unsere mehrfachen Aufforderungen zum Verkaufsstopp wurden vom Besitzer und dem Personal ignoriert. Also erschienen wir mit Flugblättern und Transpis vor dem Kiosk und riefen zum Boykott auf. Die Resonanz war gut. Viele kauften ihre Zeitungen woanders. Eine Firma drohte mit der Kündigung der Geschäftsverbindungen zum Kiosk und Kunden wollten eine Unterschriftenaktion starten. Da die finanziellen Einbußen wohl zu groß waren und wir drohten solange wieder zu kommen bis keine Nazipresse mehr verkauft wird, wurde am Montag der Verkauf der »Nationalzeitung« eingestellt.

HEIDELBERG

Burschenschaftersingen gestört

Am 30. April störten AntifaschistInnen massiver als in den Jahren zuvor die Sing-in-den-Mai-Veranstaltung der Burschenschaft Alemania und anderer Verbindungen, nämlich nicht nur verbal sondern auch unter Zuhilfenahme von Stinkbomben- und Eiereinsätzen. Die anwesende Polizei griff ein, als Leuchtmunition gezündet wurde und prügelte auf die DemonstrantInnen ein und nahm zwei von ihnen fest. Aber: Alemania überlegt nach diesen Turbulenzen die nationalistische Tradition einzustellen. (AN 11/93)

BERLIN

Zum Tod von Ercan

Am Nachmittag des 1. Mai wurde in Berlin unser Freund Ercan erschossen. Er starb bei einer Auseinandersetzung verfeindeter Flügel der türkischen Organisation »Devrimci Sol«. Er wurde nur 25 Jahre alt.

Viele von uns haben Ercan gekannt: Von Kämpfen auf der Straße, aber auch von anderen Aktionen sowie von Diskussionen. Niemand kann begreifen, daß die Streitigkeiten innerhalb der »Dev Sol« nun schon solche Dimensionen annehmen und daß Ercan deshalb sterben mußte. Ercan ist bereits das dritte Todesopfer und nur zwei Wochen vorher ist auch schon sein kleiner Bruder bei einer Schießerei verletzt worden.

Wir lehnen den Einsatz von Mordwaffen in der Auseinandersetzung innerhalb linker Organisationen und Zusammenhänge strikt ab. Dies kann und darf nicht die Form des politischen Streits sein! Uns geht es nicht darum, in der aktuellen Auseinandersetzung Position für eine Seite zu beziehen, da diese Differenzen nicht die unseren sind. Aber es muß klar sein, daß diese Schwelle niemals überschritten werden darf.

Das Morden muß jetzt ein Ende haben!

HALSTENBEK

Antifa-Kundgebung

Nach wie vor versucht die FAP, die Bürgerfragestunde in Halstenbek für ihre Propaganda zu nutzen. Die sensationsgierige Presse berichtet gerne darüber, genau das ist es, was die FAP will. Nachdem es vor der letzten Fragestunde zu Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen kam, bei denen die FAP den kürzeren zog, wurde für den 26.4. mit einem großen Polizeiaufgebot gerechnet, das die Nazibeteiligung durchsetzt. Darum wurde diesmal zu einer Antifa-Kundgebung am Bahnhof Krupunder mobilisiert. Dort wohnt der FAP-Führer Glenn Goertz. Ziel der Aktion war es, die Nazis dort zu binden, um ihren Fragestundenauftritt zu verhindern. Das Konzept ging auf. Fast 100 Antifas hielten eine Kundgebung ab; die FAP-ler posierten am Fenster mit Vermummung, Hitlergruß und (als Provokation?) mit Antifa-T-Shirts; die Bürgerfragestunde fiel mangels Interesse aus, und die Presse berichtete verhältnismäßig positiv über die Aktion und nicht über FAP-Meinungen. Mittlerweile ist es gelungen, die FAP ein wenig in ihrem Aktionsradius einzuschränken, sie ist allerdings noch massiv vor Ort. (AN 11/93)

BUCHENWALD

Auch dieses Jahr wird es wieder ein »Antifa Workcamp« in dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar (Ex-DDR) geben. Es findet vom 16.8. bis zum 21.8.93 statt. Spenden sind jederzeit erwünscht auf das Konto des Interessenverband VdN, Kto-Nr: 104972501, Comerzbank Halle, BLZ: 800 400 00, Kennwort: Buchenwald

Nähere Infos und Anmeldung über Antifa Bitterfeld, Postlagernd, O-4100 Bitterfeld und Fußball-Fan und Infoladen ANSTOß, Kennwort Workcamp, Brunnenstr. 7, O-1054 Berlin oder Infoladen, Gerberstr. 1, 99423 Weimar

RHEINHAUSEN

Motorrad Club Kuhle Wampe gegen Neofaschismus

Am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus versammelten sich rund 650 MotorradfahrerInnen, die verschiedenen Aufrufen von Kuhle Wampe über IG Metall-Vertrauenskörperleitung, Jugendvertretung und Betriebsrat Krupp-Rheinhausen bis zu IGBE-Jugend Ruhr-Nord gefolgt waren, zu einem »Motorradcorso durch'n Pott«. Motto: »Gegen Rassismus, Dummheit und Haß«. Ein Redner forderte konsequente strafrechtliche Verfolgung der sich häufenden rechtsradikalen Gewalttaten und wies darauf hin, daß die Opfer dieser Übergriffe weder für soziale noch wirtschaftliche Krisen in diesem Land verantwortlich seien. Ganz im Gegensatz zu z.B. denen, die in den nationalen Führungsetagen, auch bei Unternehmen wie Krupp, sitzen. (AN 11/93)

GÜTERSLOH

Antifaschistischer Kongreß

Am 8. Mai fand in Gütersloh der 1. regionale Kongreß des praktischen Antifaschismus statt. Eingeladen hatte das Antifaschistische Kreisplenum (AKP). Das AKP ist die regionale Vernetzung bestehender Antifa-Gruppen aus dem Kreis Gütersloh.

Intention des Kongresses war, Menschen die sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren wollen, aber nicht wissen wo und wie, Ansatzpunkte zu zeigen. Sie sollten einen Überblick über die Vielfalt antifaschistischer Arbeit bekommen und sich ihren Platz in dieser suchen können. Desweiteren diente der Kongreß dazu, bestehende Gruppen und Strukturen, (Flüchtlingsrat, Gewerkschaften, SchülerInnen, Antifagruppen) des Kreises an einen Tisch zu bringen. Um sich kennen und einschätzen zu lernen, Gemeinsamkeiten und Differenzen zu entdecken und Vorurteile abzubauen.

Nun zum Kongreß selbst: Trotz strahlenden Sonnenscheins folgten über 100 meist jugendliche Personen der Einladung. Die Veranstaltung wurde mit einem kurzen Referat zur politischen und gesellschaftlichen Lage in der BRD eröffnet. Über dieses Referat wurde daraufhin in buntgemischten Kleingruppen diskutiert. Nach einer kurzen Cafeteria wurden Spezialgruppen, wie z.B. Antifaschismus an Schulen, Arbeit im Flüchtlingsrat, Computerworkshop (Com-Link, Thule Netz) und antifaschistisches Meldephon, angeboten. Im abschließenden Plenum wurde versucht, die AGs zusammenzubringen und Perspektiven für die Antifa-Arbeit vor Ort aufzuzeigen. Von den OrganisatorInnen wurde der Kongreß als Erfolg gewertet. Uns ging es nicht in erster Linie darum, Informationen weiterzugeben, sondern Diskussionen und Vernetzungen anzuregen und Strukturen zu bilden.

HEILIGENHAUS

Aus dem Flugblatt: An die velberter und heiligenhauser Öffentlichkeit

In diesem Flugblatt wird versucht Klarheit zu den Ausschreitungen, die in der Nacht zum 1.Mai 93 vor der Gaststätte »Penny Lane« in Velbert und in der Innenstadt stattfanden, zu schaffen.

Angefangen hat es damit, das eine Gruppe von Punks von zwei Glatzen namens Jaworek und S.Köster an der Haltestelle Rheinlandstraße mit Leuchtspur beschossen wurden und die Punks sich erfolgreich gewehrt haben. Später zwischen 1.00Uhr und 2.00 Uhr Nachts, das Konzert war schon vorbei, rollte eine Horde von Skinheads und Hooligans aus Velbert und Essen an und attackierte die KonzertbesucherInnen mit Schlagwaffen und Steinen. Weiter bekannte beteiligte Glatzen und Hools waren laut Augenzeugenberichten: Sascha Köster, Klaus Rosenberger, Miguel, Oliver Jaworek, Timo Thom, Volker Schemaitat, Michael Heimann, Thomas Könkler.

Nachdem die velberter und essener Faschos an diesen Abend eine Schlappe erlit-

ten hatten, gingen sie dazu über einzelne »Langhaarige« und andere KonzertbesucherInnen persönlich anzugreifen.

Mit dem folgenden wollen wir dem Obersheriff von Velbert Henry Schmidt heftigst widersprechen, »In Velbert gibt es keine rechte Scene«. Vor zwei Jahren wurde von rechtsgerichteten Glatzen in Velbert ein Haus besetzt, von dem eine menge Randale ausging. Zu diesen Glatzen gehörten damals Remo Schonsky, Klaus Rosenberger, Oliver Köster, Volker Schemaitat, Oliver Jaworek und andere deren Namen bislang nicht bekannt sind. Im Herbst 92 fand vor dem Jugendgericht in Mettmann ein Prozeß gegen diese Personen statt. Verhandelt wurde vor allem wegen zahlreicher Körperverletzungsdelikten. Aus einigen Skinhead-Magazinen geht hervor, daß diese Leute guten Kontakt zu Überregionalen Skinhead/Faschogruppen unterhalten. Wenn man/frau sich das Adressbuch von Michael Kühnen sich anschaut steht dort zum Beispiel der Name von Oliver Köster drin (auch der zur Zeit inhaftierten Heiligenhauser Michael Kittler). Rosenberger, Schonsky gehören zur FAP bzw. halten mittlerweile noch gute Kontakte zu ihnen. Klaus Rosenberger wurde auch in Wunsiedel gesichtet. Schemaitat, Jaworek und Köster gehören/ten der mittlerweile verbotenen »Deutschen Alternative« an, die sich in NRW in »Der deutsche Weg« umbenannt hat. In den letzten Monaten ist es um diese Scene relativ ruhig geworden, was aber nicht heißt, daß diese nicht mehr aktiv ist. Der Treffpunkt dieser Meute ist meistens das »Bistro Light« an der Schulstraße oder Fußgängertunnel am Berg. Die Anzahl der Faschos beträgt ca. 30 bis 40 Leute.

Uns geht es mit diesen Flugi auch darum, solidarisch mit dem »Penny Lane« zu sein. Das »Penny Lane« ist ein Teil der Kultur in Velbert. Direkt nach der Krawallnacht haben ca. 200 anliegende BürgerInnen Unterschriften gesammelt, und Bürgerversammlungen abgehalten damit dieser Treffpunkt geschlossen wird. Die BesucherInnen des »Penny Lane« wollten und wollen keinen Krawall bzw. Ausschreitungen.

WUNSIEDEL

Anläßlich des Todestages von Rudolf Heß gibt es jedes Jahr einen sogenannten »nationalen Aktionstag zur Erinnerung an seinen Leidensweg«. Er hat eine große Bedeutung für die internationale rechte Szene, von daher auch für uns AntiFas. Den Faschogedenkmarsch massiv zu stören und so weit wie möglich zu behindern ist auch dieses Jahr unser Ziel. Um die Fehler aus den letzten Jahren zu vermeiden, wurde auf den letzten bundesweiten Treffen folgendes Konzept entwickelt: es wird zwei Treffpunkte geben, einen in Bayern und einen in Thüringen. Hierzu wird von einem großen Bündnis mobilisiert. Es werden von 11 bis 18 Uhr Kungebungen u.a. stattfinden. Desweiteren wird ständig über den Faschoaufmarsch sowie über EURE Störaktionen informiert.

Zum Konvoikonzept gibt's detailierte Überlegungen, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen.

ACHTET AUF FLUGIS, PLAKATE UND VVs - UND ANDERE TERMINE!

Der nun folgende Artikel hat in der Redaktion für kontroverse Diskussionen gesorgt. Da wir uns auf kein gemeinsames Ergebnis einigen konnten, den Artikel aber nicht einfach aus dem Heft nehmen wollten, folgt hier die Stellungnahme eines Teils der Redaktion:

Der Artikel basiert auf der Aussage, daß es die Pflicht sämtlicher Skinheads ist, sich mehr als andere Leute von rassistischem und faschistischem Gedankengut zu distanzieren. Dabei unterstellt er in einer Denkweise, die in der Linken und auch in der restlichen Bevölkerung sehr weit verbreitet ist, Skinheads seien für viele der stattgefundenen und stattfindenden Übergriffe und Pogrome verantwortlich. Das aber widerspricht der Realität des Jahres 1993. Der Anteil von Nazi-Skinheads unter den Mörder(inne?)n und BrandstifterInnen ist bei genauerem Hinsehen ziemlich gering. Für diesen Teil der Skin-Szene sollten wir ab jetzt den von antirassistischen Skinheads geschaffenen Begriff »Boneheads« verwenden, damit die Unterschiede auch in der Wortwahl deutlich werden. Nur weil die bürgerliche Presse immer wieder vom Feindbild »Skinhead« schreibt, die ihrer Meinung nach für die Pogrome von Rostock, die Brandstiftung von Solingen usw. verantwortlich sind, ist das noch lange nicht so. U.a. ihr fehlt das Wissen um die Geschichte der Skinheads, die eine Kultur darstellen, die untrennbar mit »schwarzer« Musik wie Ska, Reggae und Soul zusammenhängt. Geht man zum Ursprung der Skinheads zurück, so ist es ein Widerspruch, wenn sich die Boneheads jetzt rassistisch gebärden. Diese Leute immer wieder als »Skinheads« zu bezeichnen widerspricht dieser Tatsache und diffamiert damit die Menschen, die die Tradition der Skinheads ernst nehmen und nach dieser leben. Wenn diese Leute irgendwann mal nicht mehr die Lust dazu haben, ständig und immer wieder erklären zu müssen, daß Skinhead und Rassist nicht identisch ist, dann ist das auch irgendwie verständlich. (zu dem Thema ist das Buch »Skinheads« erschienen, s. Broschürenteil)

Nichts verstehen wollen?

Aufruf und Aufruhr um die »Gay Skinhead Movement«

Vorweg gesagt: Im letzten Antifa Infoblatt wurden die Mitglieder der »Gay Skinhead Movement« (= »Schwule Skinhead-Bewegung« - GSM) in einem Kurzbericht als Boneheads bezeichnet. Das ist falsch.

Der Aufruf der GSM, bei der diesjährigen lesbisch-schwulen Christopher Street Day Demo am 26.6. in Berlin einen Skinheadblock zu bilden, hat Wellen geschlagen. Verschiedene Flugblätter wurden veröffentlicht, zur Klärung haben die bisherigen Stellungnahmen der GSM kaum beigetragen.

Wer ist die GSM?

»Wir sind ein Haufen aller möglichen Skinheads, die eine Alternative zum allgemeinen (schwulen, d.Red.) Sub-/Szeneleben suchen. Wir verstehen uns als streng überparteilichen Klub; Gewalt (egal ob gegen rechts oder links, Ausländer oder Inländer) ist demzufolge nicht unser Programm.«(aus einer der ersten Selbstdarstellungen der GSM). Dennoch erscheint Nicky Crane, militanter Aktivist der National Front und enger Freund von Skrewdriver-Sänger Ian Stuart, im Logo der Gruppe. Crane hatte sich letztes Jahr in einer Sendung des britischen Senders Channel 4 geoutet und sich von der NF distanziert. Nach Augenzeugenberichten beteiligte er sich jedoch weiterhin an gewalttätigen Angriffen. Die GSM sagt dazu:»Seine früheren Freunde lassen ihn nur deshalb weiterleben, weil er sowieso in absehbarer Zeit an AIDS sterben wird. Das Logo soll hauptsächlich den Schwachsinn eines weitverbreiteten Vorurteils deutlich machen, nämlich: Skinhead sein und schwul sein ist ein Widerspruch. Abgesehen davon finden die GSM-Mitglieder das Bild einfach kultig und skinheadmäßig geil.«

Schwule Skinheads auf der Lesben- und Schwulendemo?

Für Aufruhr sorgte der Aufruf der GSM zur internationalen Christopher Street Day Demo in Berlin einen eigenen Skinhead-Block zu bilden: »Jeder (nicht nur schwule) Skinhead ist aufgerufen präsent zu sein.« Dieser Aufruf war nicht mit den OrganisatorInnen der Demo abgesprochen und stieß auf große Widerstände.

Einerseits sind Heteras und Heteros an diesem Tag sehr wohl willkommen sich an dem »Kampftag« der Lesben und Schwulen zu beteiligen, ein eigener Aufruf ist allerdings unüblich. Andererseits nehmen gerade an der Internationalen Demo, die dieses Jahr in Berlin stattfindet, zahlreiche Gäste aus dem Ausland teil, die von dem Aufruf der GSM ebensowenig begeistert waren wie die Schwule Internationale (SI), ein Zusammenschluß von schwulen Immigranten:»'Skinhead' ist eine Selbstbezeichnung, die in Deutschland eindeutig für brutale Gewalt gegen Ausländer, gegen Schwule, gegen Minderheiten steht. Sich nach den (Pressemitteilungen von, d. Red.) ausländerfeindlichen Ausschreitungen von Skinheads im vergangenen Jahr selbst als 'Skinhead' zu bezeichnen, ist Programm und soll offensichtlich Geistesverwandtschaft demonstrieren, denn niemand ist gezwungen, sich so zu nennen. Wer innerhalb der 'Skinhead-Bewegung' eine andere Richtung vertreten will, ist angehalten, sich durch Namen und Programm immer wieder eindeutig von der Bestialität rechter Gewalt und rechten Gedankengutes abzugrenzen.« So beziehen antifaschistische und antirassistische Skinhead-Gruppen, wie die Red-Skins und SHARP (Skinheads Against Racial Prejudice = Skinheads gegen rassistische Vorurteile) immer wieder eindeutig Stellung und grenzen sich klar von Rassismus und Faschismus ab.

Die »Abgrenzung« der GSM beschränkt sich bisher leider auf Verharmlosung: »Wenn in den Medien über Rechtsradikale berichtet wird, zeigt sich aber auch dort,

daß die meisten von diesen keine Skinheads mit kurzgeschorenen Haaren sind, sondern eine Mischung aus allen möglichen Jugendkulturen (Hervorhebung durch d. Red.) (Nazi-Punks, Nazi-Rocker, Faschos und jede Menge »Stinknormale«). Diese Typen dann in den Bildunterschriften bzw. in den Kommentaren als Skinheads zu bezeichnen, grenzt an Rassismus (diesmal jedoch von links). Das Wort »Skinhead« und unser Aussehen ist durch solche Berichterstattung in den Medien zu einem (liebgewonnenen) Feindbild geworden.« Und: »Es ist aber halt einfach so, daß Leute nicht automatisch Skinheads sind (auch wenn sie das selbst behaupten), weil sie einen Ausländer verprügeln. Vor allem, wenn sie weder so aussehen noch irgendwas mit dem Skinhead-Kult zu tun haben.«

Daß DemonstrationsteilnehmerInnen selbst von friedlich mitlaufenden Skins aufgrund ihres oft martialischen Auftretens eingeschüchtert werden könnten, will HaTho, einer der Begründer der GSM nicht gelten lassen: »Nee, anders'rum: Die Leute, die Angst verbreiten, ziehen sich so an wie wir! Von der Geschichte her war die Skinheadbewegung eindeutig nicht politisch: erst hier, als es in Deutschland längere Zeit Skins gab, kamen Rechtsextreme auf die Idee, sich auch so ein Outfit zuzulegen.« (Siegessäule 6/93)

Wer Angst hat ist selber Schuld?

Die Unsensibilität in ihrem Auftreten und ihren Stellungnahmen zieht sich durch alle Interviews: »Wie geht ihr damit um, daß man Angst vor Euch hat? Michael: Das ist mir egal. Das ist ja nicht unsere Schuld, daß die Leute Angst haben, dafür haben ja vor allem die Medien gesorgt.« (Interview aus Männer aktuell, Mai 93)

Auch die Befürchtungen von DemonstrationsteilnehmerInnen werden als unrelevant hinweggefegt. »HaTho: Gerüchten zu Folge besteht die Angst, daß wir die Demo aufmischen. Das ist natürlich albern. Wenn es hoch kommt, sind wir 50 bis 100 Leute. Fossi: Aber da siehst du die Feigheit wieder. Echt, das ist der Wahnsinn. Die sind so blöd, ich krieg 'n Anfall. Wieviele Schwule laufen in den Park und auf die Klappe, da ist die Gefahr viel größer, daß sie ein paar auf die Fresse kriegen. Michael: Vor allem, wie kann man auf diese Idee kommen, wo wir doch als schwule Skinheads hingehen.«

Ob im Zusammenhang mit ihrem Aufruf, an jeden (nicht nur schwulen) Skinhead sich an ihrem Block zu beteiligen auch rechte gemeint sind, antworten sie wie folgt: »Meiner Meinung nach ist eindeutig klar, daß sich rechtsextreme Skins nicht auf der CSD-Demo blicken lassen, denn die hätten viel zu viel Panik, von ihren sogenannten Kameraden als Schwule erkannt zu werden« erklärt HaTho (Siegessäule 6/93). Soll das nun heißen, daß rechtsextreme Skinheads von der GSM erwünscht sind, solange sie schwul sind?

Frauen und Lesben existieren in ihrem Weltbild scheinbar nicht. So ist in ihren Publikationen ausschließlich von Männern die Rede. Die einzige Ausnahme macht Emma Steel , Chefredakteurin des antirassistischen Oi!-, Ska- und Punk-Zines »Oi!reka«, und heterosexuelle Skinhead-Frau, die »Ehrenmitglied der GSM« ist, wie sie in einem Interview lachend sagt.



Der Gay Skinhead Movement-Block auf der »European Lesbian and Gay«-Demo Foto: Y.D.

Eine Minderheit in einer Minderheit?

Die GSM zeigt sich selbst eher intolerant: »Außerdem ertragen wir nicht mehr die Stino-Schwulen (stino = stinknormal), z.B. die Lederelsen, Ökotunten und auf Zeitgeist gestylte Friseus(inn)en; zum größten Teil haben wir sie auch nie ertragen. Daher verbringen wir unsere freie Zeit mit (gemischten) Glatzen und tun das, was normale Jungs eben tun!« Andererseits fordern sie als schwule Skinheads Toleranz ein. »So stehen wir als Minderheit in einer Minderheit gegen Intoleranz jeder Art ein und wollen für selbstverständlichen Respekt kämpfen.«

Gerade aufgrund der zunehmenden Brutalität faschistischer Skinheads wird das Bekenntnis zum Skinhead an sich politisch.

Die Stellungnahme zu antifaschistischen Gruppen entspricht dem üblichen Klischee rechts gleich links.Auf die Frage nach einer politischen Stellungnahme des GSM antwortet HaTho: »Keine Gewalt - gegen niemanden. Aber alle möglichen Grüppchen verlangen von uns - aufgrund ihrer Vorurteile - daß wir antifaschistisch sein sollen. Das bedeutet zumindest bei Teilen der Antifa, auch mit Gewalt gegen Andersdenkende vorzugehen - und damit wollen wir nichts zu tun haben« (Siegessäule 6/93). Eine eindeutige Stellungnahme gegen faschistische und rassistische Skinheads hat die GSM bisher nicht geleistet und hält sie scheinbar auch nicht für nötig.

Der Grund, warum eine so kleine Gruppe (Berlin ca. 20, bundesweit 35 Mitglieder) soviel Aufsehen erregt, ist darin zu suchen, daß es sich um eine exemplarische Auseinandersetzung handelt, um die Tennungslinie zwischen »schwul« einerseits und »Skinhead« andererseits. Ein schwuler Mann, der sexistische Sprüche gegenüber Frauen reißt, gehört zwar einer unterdrückten Minderheit an, ist aber in erster Linie ein Sexist.

Der CSD e.V., der Organisator des Kommerz-»European Lesbian and Gay Pride« (ELPG) auf der traditionellen Kudammroute, hat ein »Klärungsgespräch« mit der GSM geführt, an dem auch Heteroskins von SHARP und Oi!reka sowie die SI (Schwule Internationale) und die Allgemeine Homosexuelle Aktion (AHA) teilnahmen. Kritiker der GSM waren zu dem Gespräch nicht eingeladen. Danach gab ein Teilnehmer dieser Gesprächsrunde bekannt: »Ich kann es schon vertreten, daß die beim ELPG teilnehmen.(...) Das ist auch der breite Konsens nach dem Gespräch.« Es sei »der Schritt zur Integration«. Zudem »können wir es uns nicht leisten, eine Gruppe auszugrenzen, denen gegenüber wir Vorurteile hatten und revidieren mußten«. Auch die Polizei hatte sich zwischenzeitlich in die Auseinandersetzung eingeschaltet. Der für Lesben- und Schwulenfragen zuständige Beamte kündigte in inoffiziellen Gesprächen an, Waffenkontrollen bei den DemoteilnehmerInnen vornehmen zu wollen und den Skinheadblock durch Polizeibeamte zu begleiten. Die DemoorganisatorInnen dürften lt. Polizei, niemandem die Teilnahme an der Demo verweigern (!). Das Aktionsbündnis Internationaler Christopher Street Day, die OrganisatorInnen der »Internationalen Lesben- und Schwulendemo gegen Rassismus, Sexismus, Faschismus und Antisemitismus« beharrte auf seiner Position den Skinheadblock auf seiner Demo nicht zu dulden.

Nachtrag: Viel Wind um nichts??

Der GSM-Block auf der »European Lesbian and Gay Pride«-Demo bestand nach Augenzeugenberichten aus ca. 8-10 Leuten (auf der Demo des Aktionsbündnisses wurde 1 GSM-Anhänger gesichtet). Sie trugen ein Transparent »Skinheads gegen Rassismus« und verteilten SHARP-Literatur.

Die Veranstaltung des CSD e.V. in der Wuhlheide wurde vorzeitig abgebrochen, weil sich an demselben Abend nach unterschiedlichen Angaben 50, lt. taz 500 Rechtsradikale und Neonazis auf demselben Gelände zu einem »Liederabend« versammelt hatten. Die Polizei hatte der Veranstaltungsleitung mitgeteilt, sie könne nicht mehr die Sicherheit auf dem gesamten Gelände gewährleisten. Zu Zwischenfällen sei es jedoch nicht gekommen (taz 28.6.93).

Nach wie vor sollte man der »Gay Skinhead Movement« die Chance geben, zu den ihnen bekannten Problemen eindeutige Standpunkte zu formulieren. Ihre bisherigen Aussagen sind schwammig und können zur Klärung der Situation nicht viel beitragen. ■

Am Rande des Wahnsinns

Unter diesem mehrdeutigen Motto finden von Mitte August bis Mitte September mehrere Konzerte und Veranstaltungen in Brandenburg und Berlin statt. Das Ziel der Reihe, die unter dem Untertitel »Kultur & Politik von unten - gemeinsam gegen rechts« steht, ist es zum einen, Jugendliche vorort, die mit rechten und neofaschistischen Gruppen sympatisieren, direkt anzusprechen und zu beeinflussen. Zum anderen, und dieser Punkt ist ebenfalls nicht zu vernachlässigen, wollen wir den Aufbau und die Vernetzung antifaschistischer Strukturen vorantreiben.

Die Idee für »Am Rande des Wahnsinns« entstand direkt nach den Rostocker Pogromen: Die Hiflosigkeit kurzfristiger antifaschistischer Mobilisierungen und der hohe Anteil an sympathisierenden, den neonazistischen Kadern begeistert folgenden Jugendlichen unter dem rassistischen Mob in Rostock, gaben den letzten Ausschlag. Seit geraumer Zeit registrieren wir eine allgemeine reaktionäre Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach dem Anschluß, die nicht von ungefähr mit einer gezielten, koordinierten und durchaus erfolgreichen Rekrutierung von Jugendlichen durch faschistische Organisationen einhergeht. Gerade das Land Brandenburg ist ein Musterbeispiel, wie es etwa den inzwischen formal verbotenen Organisationen Deutsche Alternative (DA) und Nationalistische Front (NF) gelungen ist, z.B. in Kremmen, Henningsdorf, Königs- Wusterhausen, etc. Stützpunkte aufzubauen. Parallel dazu verläuft eine Politik von Bund, Ländern und Kommunen, die auf die Zerschlagung der Wirtschaft im Osten durch die Treuhand, den Abbau des sog. Sozialstaates und die Zerstörung kultureller und sozialer Netzwerke - etwa der Jugendklubs - setzt. Kurz zusammengefaßt: Der gesellschaftliche Konsens etabliert sich zunehmend rechts; reaktionäre, autoritäre Verhaltensweisen gewinnen an Akzeptanz; linke, emanzipative Ansätze geraten in die Defensive. Das wollen wir ändern. Projekte, wie die Hamburger Tour »Etwas besseres als die Nation«, oder die für 1994 geplante Tour durch Brandenburg von BerlinerInnen, zeigen, daß wir mit unserem Ansatz nicht alleine stehen.

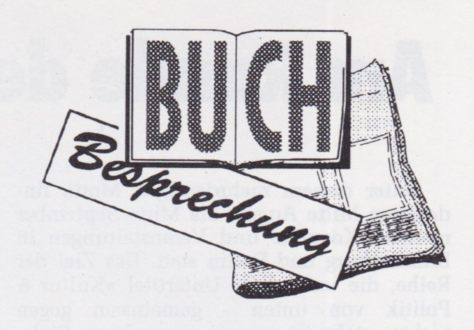
Seit Anfang diesen Jahres läuft dazu die konkrete Vorbereitungsphase. In dem Berliner Vorbereitungsplenum arbeiten verschiedene antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen mit; seit März gibt es gemeinsame Treffen der BerlinerInnen mit Gruppen aus Potsdam- Babelsberg, Eberswalde, Bernau, Ketzin und Luckenwalde. Aus einem allgemeinen Konzept ist inzwischen ein relativ detalliertes Programm geworden, das von Diskussionsveranstaltungen mit antifaschistischen WiderstandskämpferInnen über Filmvorführungen bis hin zu Skateboard-Angeboten reicht. Zentrale Punkte in allen Städten sind die Thematisierung der örtlichen wie überregionalen Faschostrukturen, antifaschistischer Widerstand sowie die Situation von Jugendlichen. Der Austausch mit Flüchtlingen ist angestrebt. Wir versuchen, soweit wie möglich mit kommunalen und anderen Institutionen zusammenzuarbeiten, solange unsere Vorstellungen nicht beschnitten werden. So wird es etwa in Bernau tagsüber ein Straßenfest geben, an dem sich neben der Antifa auch deutsch- ausländische Kulturvereine und andere örtliche Jugendverbände beteiligen wollen. Es ist ausdrücklich Programm, antifaschistische, linke Positionen breit in die Öffentlichkeit zu tragen und zu diskütieren. Dazu wird es vor und nach den Konzerten eine intensive Öffentlichkeitsarbeit geben. Neben linken und eher »neutralen« Jugendlichen werden auch Rechte Zutritt zu den Veranstaltungen haben, wenn sie auf politische Meinungsäußerung und ein Auftreten als Gruppe verzichten. Wir sind nicht bereit, zugunsten einer Verbreiterung unserer Zielgruppe antifaschistische, linke, emanzipative Inhalte zu verwässern. Aber wir wenden uns ebenso entschieden gegen eine rein auf die aktive linke Szene bezogene Politik. Wir begreifen »Am Rande des Wahnsinns« als einen Versuch, verschiedene Notwendigkeiten zusammenzubringen. Wir wünschen uns eine weitere langfristige Zusammenarbeit antifaschistischer Gruppen und Einzelpersonen. Angedacht ist eine Auswertung im Anschluß an die Reihe, um die gemachten Erfahrungen weiterzuvermitteln und Anknüpfungspunkte für die weitere politische Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Zusammen gehört uns die Zukunft!

Berliner Antifas für die Vorbereitungskoordination, Berlin, 27. Juni 1993

Das Programm:

15.8.Babelsberg, Waschhaus, Berliner Straße, Beginn: 15 Uhr Essen und Trinken, AkrobatInnen, Skateboard, Filme, Ausstellungen, Infotische, FeuerspuckerInnen. Ab 20 Uhr Konzert mit »Kehli Mutu Brake Down«, »Respiet«, »Apparatschiks«
28.8.Bernau, Straßenfest in der Bürgermeisterstraße ab 14 Uhr mit Essen und Trinken, Infoständen, FeuerspuckerInnen, Skateboard-Bahn, Graffiti-Sprühen. Ab 20 Uhr Konzert am Steintor, vorraussichtlich mit »Abwärts«, »Blechreiz« und einer dritten Band.
3./4.9. Ketzin. 3.9.: Ab 15 Uhr Filme, Ausstellung und Gespräche im Jugendklub Ernst-Thälmann-Straße. 4.9. ab 15 Uhr Infotische, Ausstellung, Bierzelt, Diskussionsveranstaltung. Ab 20 Uhr Konzert vorraussichtlich mit »Sickness«, »Sylock« und einer dritten Band.
11.9. Luckenwalde: Ab 15.15 Uhr im KLAB, Goethestraße Infotische, Essen und Trinken, Ausstellung und Diskussionsveranstaltung über antifaschistischen Widerstand damals und heute. Ab 20 Uhr Konzert: Vorraussichtlich mit »Cash for Chaos«, »Sokrates« und einer dritten Band.
17.9. Berlin, Alte TU-Mensa, 20 Uhr, Infotische, Ausstellung, Antifa & Nolympia, Konzert mit »Slapshot«, und »Fleischmann«.
18.9. Eberswalde, ab 12 Uhr Essen und Trinke, Infotische, Diskussionsveranstaltung, Foto-Ausstellung, Dia-Vortrag über die Weimarer Republik und die Bundesrepublik. Ab 20 Uhr Konzert mit »Slapshot« und »Fleischmann«. ■



Unter der Masse von Büchern, die sich mit der faschistischen Szene beschäftigen, wollen wir auf zwei »Renner«, die ersten beiden der vorgestellten Bücher, hinweisen. Beide liegen (vielleicht bisher?) nicht in Taschenbuchform vor und sind verhältnismäßig teuer, sind aber die Investition wert.

Michael Schmidt: »Heute gehört uns die Straße. Inside-Report aus der Neonazi-Szene«, ECON Verlag, 398 S., 39,80 DM

Dieses Buch deckt sich in vielem mit dem Film »Wahrheit macht frei«, den viele LeserInnen kennen werden. Obwohl, oder vielleicht gerade weil ich den Film mehrmals gesehen habe, war es hochinteressant und spannend, nochmals mit auf Schmidts Reise durch das GdNF/NSDAP-AO-Netz zu gehen. Das Buch ist als Reportage geschrieben, locker und gut lesbar, und anders als im Film beschreibt er auch die Schwierigkeiten und Gefahren, denen er in seiner Rolle in der Nazi-Szene ausgesetzt war.

Michael Schmidt (in Zusammenarbeit mit Searchlight) hat sich mit seiner Arbeit, Buch wie Film, vor allem in zwei Bereichen verdient gemacht. Er dokumentiert die oft behauptete enge Verknüpfung von legaler und illegaler(NSDAP-) Struktur - das, was der Verfassungsschutz immer versucht zu bestreiten - und läßt die Nazis selber in ihren Interviews und Aktivitäten herausstellen, welche elementare Bedeutung ihr Geschichtsrevisionismus (Stichwort »Auschwitzlüge«) für eine breitere Verankerung ihrer Organisationen hat.

Als Leseanreiz veröffentlichen wir eine Passage aus dem Buch. Es geht um den Europaparlamentsabgeordneten HARALD NEUBAUER, der heute Führungsmitglied bei der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT ist.

Nach seiner Rede kann ich das Interview mit Lauck führen. Er zeigt sich auskunftsbereit, solange es um generelle Fragen geht. Da bestätigt er mir die meisten Sachverhalte, die Graeme und ich recherchiert hatten. Bei der Frage, ob Leute seiner Organisation in sogenannten »respektierten« Parteien Mitglieder sind, antwortet er noch mit fröhlichem »O ja!«, doch bei der direkten Frage nach dem Europaparlament wird er schon vorsichtiger: »Ich würde mich nicht so definitiv ausdrücken in diesem Bereich. Natürlich würde man sagen, na ja, wenn er einen hat, dann ist es bestimmt nicht einer, der ganz links ist. Man würde sagen, wer ist am rechtesten im Parlament? Und würde dann sagen: Das ist der Mann!«

Doch ich weiß von Kühnen - da gibt es etwas. »Gibt es jemanden im Europaparlament, der zu Ihrer Organisation gehört hat?«

Lauck wird wortkarg, Verschwiegenheit gehört zu den Statuten: »Kein Kommentar.«

»Es geht um Harald Neubauer.« Der ist seit 1989 Abgeordneter im Europaparlament, mit einer langen rechtsextremen Karriere: NPD, Aktion Neue Rechte, DVU, schließlich zweiter Mann der Republikaner, damit Einzug ins Europaparlament. Nach einem Krach mit Schönhuber tritt er aus der Partei aus. Heute ist er führend in der Sammelorganisation tätig, die sich Deutsche Liga für Volk und Heimat nennt. Bis 1994 wird Neubauer Abgeordneter bleiben. Und Michael Kühnen, im Frühjahr 1990 darüber informiert, daß Neubauer ihn für einen »Idioten« hält, packte daraufhin aus und beschuldigte Neubauer vor laufender Kamera: »Harald Neubauer war Anfang bis Mitte der siebziger Jahre ein Funktionär der NSDAP/AO in Norddeutschland und meines Wissens Gaukassenwart in Schleswig-Holstein.« Und darum geht's.

Doch Lauck verstummt tapfer. Sogar beim zweiten Teil des Interviews, in dem ich Lauck und Kühnen nebeneinander sitzen lasse. Einer von beiden muß jetzt Farbe bekennen. Doch Lauck schweigt sich aus: »Kein Kommentar!«

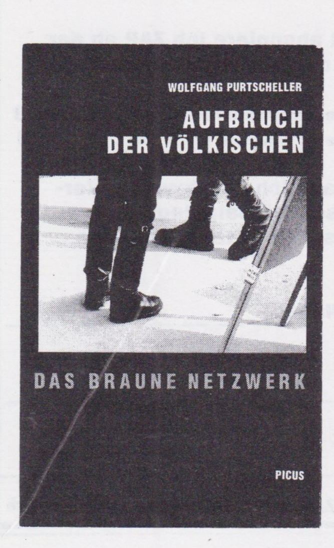
Kühnen hat jetzt genug. Seine Integrität steht auf dem Spiel: »Also jetzt möchte ich mich da mal einschalten in diese ganze Geschichte. Ich weiß, daß Neubauer Mitglied ist.« Laucks Gesichtszüge entgleisen kurz. Denn nach den Statuten der NSDAP-AO darf niemals jemand, der Mitglied ist oder war, verraten werden. Doch Kühnen setzt bestimmt fort: »Und das ist nicht aus der Luft gegriffen, ich habe es mit eigenen Augen gesehen, und ich habe es von zwei Kameraden bestätigt bekommen, mit denen ich zusammengearbeitet habe und mit denen auch Neubauer zusammengearbeitet hat zu seiner Zeit.«

Kühnen erklärt auch, wie man sich das vorstellen muß. Während Lauck fassungslos über Kühnens Offenheit nur noch mit den Augenlidern zuckt, erklärt dieser, daß es »Einzelzellen gibt und gab, die völlig unabhängig arbeiteten, und daß es ein Geflecht von losen Kontakten gegeben hat, die eben auch auf Gauebene - das entspricht etwa den Bundesländern in der heutigen Gliederung - arbeiten, und auf dieser Ebene, d.h. nicht der lokalen, sondern der regionalen, hat sich diese Tätigkeit abgespielt.«

Punkt. Er hat gesprochen. Kurz darauf schalten wir die Kamera ab, das Band ist zu Ende. Da sagt Lauck zu Kühnen: »Und der ist jetzt bei den Republikanern? Das wußte ich gar nicht.«

»Ja«, sagt Kühnen, »ein Heuchler ist er. Dabei war er ja mal froh, wenn wir ihm einen Ordnerdienst organisierten. Da kannste den Wrobel fragen oder den Rohwer. Aber jetzt will er nichts mehr mit uns zu tun haben. Deshalb betrachte ich ihn als politischen Gegner. Selbst wenn er noch in der NSDAP-AO ist.«

Wolfgang Purtscheller: »Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk«, Picus-Verlag 1993, 448 S., 48,- DM



Das Buch des Tiroler Journalisten Purtscheller kam leider erst bei Redaktionsschluß bei uns auf den Tisch. Gleich vorweg: eine hervorragende Durchleuchtung der österreichischen und zum Teil auch der bundesdeutschen Faschoszene.

Purtscheller zeichnet die Entwicklung des Rechtsextremismus seit 1945 nach, und es ist immer wieder verblüffend, was über einzelne Faschisten zutage kommt. Z.B. über Erich Kernmayr alias Kern; wir kennen ihn als Organisator der SPINNE, des Nazi-Fluchthilfenetzes nach Kriegsende, und in seiner Tätigkeit als Schreiber für faschistische Zeitungen in der BRD. Neu für uns ist seine Vorkriegskarriere in der Arbeiterjugendbewegung, in der KPÖ und verschiedenen trotzkistischen Splittergruppen. Oder Ekkehard Weil, der seine terroristische Nazi-Karriere Anfang der 70er in Berlin startete. Nach einem längerem Knastaufenthalt in Österreich hält er sich in seinem neuen/alten Wirkungsfeld in Berlin sehr bedeckt, er gilt als regelrecht paranoid. Durch Purtschellers Darstellung wird auch nachvollziehbar, warum. Nach der Anschlagsserie, die Weil mit einer Gruppe in Österreich durchgeführt hatte, wurde er von »Kameraden« der Nationaldemokratischen Partei (NDP) festgesetzt und der Polizei übergeben.

Oder die Geschichte des Leibwächters von Meinolf Schönborn, Michael Schubert, der jetzt nach mißlungener alternativer Finanzbeschaffung in Österreich einsitzt und und und ...

Purtscheller rollt nicht nur Einzelpersonen sondern auch die Schaltstellen und Ideologieschulen der Faschisten auf. Genannt sei hier nur das Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG), eine der bedeutendsten NS-Nachkriegsorganisationen in Österreich und der BRD. Der Autor läßt die dargestellten Organisationen und Einzelpersonen auch immer wieder selbst zu Wort zu kommen und sich damit selber der Lächerlichkeit preisgeben.

Den Humor hat er bei diesem düsteren Thema wahrlich nicht verloren, macht aber auch nicht den Fehler vieler Journalisten, Lächerlichkeit mit Ungefährlichkeit gleichzusetzen. Die Relationen, und auch das macht das Buch so angenehm, hat er nicht verloren: er betont gleich zu Anfang, daß die Erfolgsstory des Rechtsextremismus made in Austria in erster Linie die Geschichte der gesellschaftlichen und staatlichen Toleranz diesen Umtrieben gegenüber sei.

Die einzelnen Kapitel sind kurz und trotz Informationsfülle leicht verkraftbar geschrieben. Mit Organisations- und Personenregister ausgestattet, ist das Buch zugleich ein wichtiges Nachschlagewerk. Ein wichtiges Werk gegen die österreichische Normalität, die – wieder einmal – droht, die Normalität der rechten Ultras zu übernehmen, wie er die heutige Situation im Vorwort treffend beschreibt.

Von dem leider hohen Preis sollte sich niemand abschrecken lassen.

»Fußball und Rassismus«, Verlag die Werkstatt 1993, 267 Seiten, 29,- DM

»Die Neger von Afrika haben von Natur aus kein Gefühl, welches über das läppische stiege.« **(aus »Kritik der reinen Vernunft« von Immanuel Kant)**

Unter diesem Motto betreibt der Deutsche Fußball Bund (DFB) seit Jahrzehnten seine Sportpolitik. Zwar dürfen heute in der Bundesliga auch nichtweiße Spieler kicken, einen farbigen Deutschen in die Nationalmannschaft zu berufen, würde den Herren Neuberger und Vogts aller Wahrscheinlichkeit nach einen Herzinfarkt mit tödlichem Ausgang bescheren.

Nach dem Buch »Der gezähmte Fuball - Zur Geschichte eines Subversiven Spiels« (Herbst 1992) ist dies das zweite linke »Sport«-Buch zum Thema aus dem Verlag »Die Werkstatt«. Nach dem Erfolg des 92'er Vorgängers nun ein Buch, in dem mehr die Spieler und Fans zu Wort kommen und Alternativen gegen den rassistischen Alltag in den Stadien einfordern und aufzeigen.

Wie es um den Alltag der farbigen Spieler wie Souleyman Sané oder Anthony Yeboah in Deutschland, den Niederlanden oder auf der englischen Insel bestellt ist, wird von ihnen selbst, ihren deutschen Kollegen Dietmar Beiersdorfer, Richard Golz sowie fußball- und sportbegeisterten Journalisten wie Matti Lieske (taz) oder D.Schulze Marmeling beschrieben.

Mit großer Liebe für's fußballerische Detail wird aus den Niederlanden und England berichtet, wie dort der Rassismus in den Stadien und Vereinen zu Tage tritt und was von Vereinsseite aus dagegen unternommen wird. Das es immer die Fans und Spieler sind, die den Verein dazu drängen etwas zu tun, ist nicht nur in Deutschland gang und gäbe. *»Rechtsradikalismus, Rassismus und die damit verbundene Gewalt werden auf die leichte Schulter genommen: »Schließlich bezahlen die auch für ihren Platz.« Wie oft habe ich persönlich schon von Vereinsseite gehört, daß diese Leute schon von klein auf treue Anhänger des Vereins seien.«* (Richard Golz, HSV)

Ein bislang kaum beleuchtetes Gebiet ist der Antisemitismus im europäischen Fußball. Im gleichnamigen Kapitel wird u.a. die Geschichte des österreichischen Clubs Hakoah Wien ab 1909 bis zur Auflösung im Jahre 1950 und die antisemitischen Auschreitungen beschrieben. Weiter gibt es aktuelle Beispiele über israelische Spieler und die Reaktionen der Fans auf vermeintliche jüdische Spieler im »eigenen« oder »gegnerischen« Verein.

Störend, da oft unpassend zum Text eingeschoben, sind leider die Beschreibungen einzelner Spielerpersönlichkeiten.

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit Aktivitäten gegen Rassismus. Nicht gut dabei kommen der DFB und so mancher Bundesligaverein weg. So wird dem DFB nicht zu unrecht die Rolle Tasmania Berlins in der Saison 1965/66 zugeschrieben (für alle, die den Saisonabschluß Tasmanias nicht wissen, er steht auf Seite 12). Im Anhang finden sich dann jede Menge Adressen für interessierte/fanatische/fußballbegeisterte Fans und andere.

Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen: »Skinheads«, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1993, 224 S., 17,80 DM

Ist »Skinhead« ein neuer Name für Haß? Dieser Frage gehen Farin und Seidel-Pielen in ihrem neuen Buch »Skinheads« nach. Sehr gut auf alle Fälle die ausführliche Darstellung des Ursprungs der Skinhead-Bewegung. Nicht folgen können wir dem Gesamteindruck des Buches, welches die Skins dann doch reiner wäscht als sie es wahrscheinlich sind. Wie z.B. die Aussage im Vorwort zustande kommt, daß *»etwa 10% der Skins den Neonazis zugezählt«* werden können, wird wohl ein Geheimnis bleiben. Besagen doch sogar die eigenen Umfragen etwas anderes: 17,1 % zählen sich zu den Naziskins bzw. 19,6 % bezeichnen sich als rechtsradikal/nationalistisch/nationalsozialistisch.

Danach wird über Hacky (Ex-Nationale Alternative Berlin, jetzt wieder in Bremen) als Beispiel für einen Nazi-Skin berichtet.
(Hallo Farin/Pielen: Habt ihr wieder bei »Criticón« abgeschrieben, daß das Antifa-Info eine Publikation der Antifa-Jugendfront ist? Das war nie so, ist nicht so und wird niemals so werden! Und wenn wir eine Karte von Hacky veröffentlichen, dann tun wir das nicht, um »dankbar über seine vermeintlichen Aktivitäten in der rechten Szene« zu informieren. Im Info 18 beschreiben wir, von was für einem Wehrlager Hacky diese veröffentlichte Karte an die Jugendfront geschickt hat. Sie haben dort u.a. Killertechniken geübt, die sie heutzutage massiv anwenden. Das ist für uns nicht gerade eine »vermeintliche« Aktivität. Im übrigen: Wir warten immer noch auf unser Beleg(Rezesions-)exemplar)

Weiterhin enthalten ist eine Abhandlung über die »Böhsen Onkelz«, die *»nie Nazis waren«*, sondern nur *»Nationalisten und Rassisten wie eine Großteil der bundesdeutschen Wendejugendlichen Anfang der 80er Jahre«*. (Ist das etwa besser?, d. Red.), eine ausführliche Darstellung der S.H.A.R.P.-Bewegung (SkinHeads Against Racial Prejudice) und viele Gespräche mit männlichen und weiblichen Skinheads.

Schwierigkeiten hatten wir auch damit, »Rock - O - Rama« (das größte Label von Nazi-Musik, produziert viele und vertreibt alle bekannten Nazi-Bands) als Mailorder für Skinheads anzupreisen. Das wird auch nicht dadurch besser, daß ihr den Namen entstellt und darauf verweist, daß er überhöhte Preise hat und die Besteller im VS-Archiv landen!

So ist abschließend zu sagen: Wir hatten wieder einmal enorme Schwierigkeiten mit den Einschätzungen in diesem Buch. Doch Leuten, die sich über die Ursprünge der Skinhead-Bewegung informieren wollen und die auch mal was anderes über Skins lesen wollen, als daß sie das Synonym für Haß und Gewalt und für die stattfindenden Pogrome sind, ist dieses Buch durchaus zu empfehlen.

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Auf der Grundlage detaillierter Quellen hat die Zeitschrift »Gegen die Strömung«, Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands, eine Broschüre über die Konzentrations- und Vernichtungslager des Nazifaschismus erstellt. Neben der Geschichte der Lager von 1933 - 1945 und einer Einordnung der KZs in das Herrschaftssystem des Nazifaschismus, wird der antinazistische Widerstand in den Lagern dokumentiert. Ein besonderer Schwerpunkt wird hierbei auf die Rolle der kommunistischen Kräfte innerhalb des Widerstandes gesetzt.

Zu beziehen über:
K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt/M
Ausgabe Nr. 62, Mai 93, 10,- DM



Daß nun endlich auch mal das Thema »Frauen in der rechten Szene« aufgegriffen wurde, hat mich gefreut. Angesichts des wohl allgemeinen mageren Informations- und Diskussionsstands dürfte schon dieser erste Einblick in die Strukturen und Zusammenhänge nicht so einfach gewesen sein. Daß das Thema »Frauen bei den Rechten« so wenig auf dem Tisch ist, finde ich in Anbetracht feministischer Gesellschaftsanalysen schon erstaunlich. Vielleicht tun wir uns ja damit so schwer, weil wir gegenüber Frauen so ne Art »Solidaritätsreflex« haben.
Schade fand ich allerdings, daß (wie so oft) die fehlenden Auseinandersetzungen und Analysen z.T. durch Arroganz und Ungenauigkeit ersetzt waren.
»Was in der allgemeinen patriarchalen Gesellschaft zumeist noch unterschwellig vertreten wird, ist in der Bonehead-Szene Prinzip. Frau ist zum Spaß der Männer da und hat sich diesem unterzuordnen.« Ich denke nicht, daß diese Position in der sonstigen Gesellschaft lediglich »zumeist noch unterschwellig vertreten« ist. Schon ein Blick auf/in die zahlreichen Illustrierten belehrt recht zügig eines anderen; und (sexuelle) Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind Alltag und wohl kaum Ausdruck »unterschwellig« vertretener Positionen. Ähnliches gillt angesichts szeneinterner Realitäten für das Sich-Erheben über die, die »zu blöd dazu (sind), die eigene Ideologie zu verstehen« (Sind sie uns eigentlich lieber, wenn sie sie verstehen? Ist »Blödheit« unser Hauptargument gegen Rechte?). Es wäre sicher angemessener, die dicke Puste dafür zu verwenden, das zunehmende Mackertum, den Sexismus in den eigenen Reihen (auch und grade bei Antifa-Demos) energischer zu thematisieren.
Die Spitze bezüglich des Satz- oder Grammatikfehlers (»möchte ich mit auf dem (sic!) Weg geben...«), die auch gleich noch Gelegenheit gibt, mit den eigenen Lateinkenntnissen aufzutrumpfen, finde ich regelrecht peinlich. Sie ist Ausdruck der Arroganz derer, die das Privileg hatten zu lernen, Bildung zu erlangen, für die dieses Privileg vermutlich nie schwer erreichbar war, gegenüber denen, denen dies nicht möglich war. Fast könnte es sich um einen Hinweis darauf handeln, die eigene Ideologie nicht begriffen zu haben. Denn linkes Bewußtsein beinhaltet schon das Wissen, daß Bildung auch eine Klassenfrage ist und den Kampf gegen Herrschaft und damit gegen Hierarchien (auch in den eigenen Köpfen).
Überheblichkeit und Ignoranz sind einfach nicht besonders attraktiv. Es fällt mir schwer, mir vorzustellen, daß sich auf diesem Wege BündnispartnerInnen (die wir wohl mehr denn je brauchen) finden lassen. Auch denke ich, daß wir uns diese Haltung auf Kosten unseres Denkvermögens leisten. Das bedeutet, daß sich so Sachen ja immer toll protzig anhören, aber auch für uns selber vertuschen (können), daß es mit unseren Analysen und Erkenntnissen nun doch nicht so weit her ist. Von denen wir allerdings in Zukunft noch jede Menge brauchen.

Rita Rettich

Anmerkung der Redaktion:
Genau um diesen »Solidaritätsreflex« unter uns Frauen zu durchbrechen, wollen wir in einigen der nächsten Ausgaben ausführlicher auf die Rolle und Funktion von Frauen, vor allem und gerade auf die von ihnen selbst gewählte, in der rechten Szene eingehen. Dafür brauchen wir allerdings die Zeit für fundierte Diskussionen, d.h. es wird ein längerfristiges Projekt.
Das mit dem Grammatikfehler hast Du wirklich falsch verstanden. Die VerfasserInnen dieses Artikels besitzen keinerlei Lateinkenntnisse. Auch war das »sic!« alles andere als arrogant gemeint, sondern eher der Versuch, deutlich zu machen, daß dieser Tipp- oder was auch immer Fehler ausnahmsweise nicht durch uns produziert wurde.

Betrifft: 2 Leserbriefe zum Althans-Artikel aus Info Nr. 22

Liebe Genossen des Infoblatts!

Leider noch einmal nachhaken möchte ich an dieser Stelle bei einem Leserbrief einer »Autonomen Antifagruppe aus Hannover«. Voranschicken möchte ich, daß ich erst kürzlich durch Zufall auf den Althans-Artikel stieß und ihn sowohl äußerst unterhaltend als auch informativ finde, ja es amüsiert mich immer wieder, etwas über die Hintergründe »aufrechter deutscher Kämpfer« zu erfahren. Leider nicht verstanden haben beide Leserbriefautoren den tragik- komischen Effekt, der hinter Leuten wie Althans & Co steckt. Fast jede Nazi»größe«, es gibt fast keine Ausnahme, hat eine schizophren-neurotische Persönlichkeit, und dies darzustellen, lag im Interesse des Autors.
Von daher finde ich es schlicht unfair, diesen Artikel so zu zerpflücken, ist doch auch die Argumentation äußerst fadenscheinig. Selbstverständlich sind Faschos Menschen, die entweder Charakter haben oder keinen. Daß ihr Weltbild unmenschlich ist, ändert an dieser Tatsache wenig. Ein Faschist mit Charakter, wie die Gruppe aus Hannover fragt, wie der aussieht? Ganz einfach: Er verpfeift nicht bei der ersten Knastandrohung seine »Kameraden«, er läßt nicht die seinigen im Stich, wenn Linke über sie herfallen, er schleimt nicht opportunistisch mit, um irgendwie einen Vorteil zu erhaschen. Sicherlich – Hand aufs Herz – wünscht sich jeder Antifaschist – hunderte von Charakterlumpen Marke Althans, und – ein Trost – es gibt auch genug, aber von der rein menschlichen Warte betrachtet sind diese noch mehr »das Letzte« und jene, die in unserem Interessse »handeln«. Es geht auch nicht darum, ob Althans nun »ein richtiger Mann« ist. Ehrlich gesagt, es kann auch egal sein. Nur in der Realität besteht eine Kluft zwischen dem faschistischen Kämpfer und Soldaten, also Männlichkeitskult reinsten Wassers, übrigens auch bei vielen türkischen Linken z.B. RIM zu beobachten, und dem Erscheinungsbild eines Yuppies und Möchtegernnazis Althans. Die Anspielung auf seine Homosexualität, und er befindet sich ja in bester Gesellschaft – auch historisch gesehen – ist immer eine Anspielung auf die Biedermannsmaske der Faschisten, diese Scheinheiligkeit zu entlarven ist nicht nur bisweilen leicht, es regt auch zu Amusements an, wenn es nicht schon fast traurig ist. Im Klartext: ein normaler Schwuler wird in wirklich fortschrittlichen Kreisen nicht lächerlich zu machen sein, wohl aber ein Naziverbrecher, der gegen die Abtreibung der deutschen Frau hetzt, Mutterschaft und Hausfrau predigt, und mit Männern rummacht. Wer darüber nicht zumindest schmunzeln kann, hat einfach keinen Humor!
Peinlich darf man generell auch bei Kühnen das wirklich dreiste Bekenntnis zur Homosexualität finden. Homosexuelle Nazis sind ja auch nach dessen Worten die »besseren Kämpfer«, weil durch Familienlosigkeit keine soziale Verantwortung besteht. Wer solch einen Dreck auch noch rechtfertigt, sollte sich selbst ernsthaft überprüfen. Ich glaube, Antifaschisten sollten heutzutage andere Probleme haben, als homosexuelle Faschisten zu rechtfertigen!
Ein Nazi wird einem nicht sympathischer, weil er schwul und bekennend ist, also wirklich!
Sicherlich war der Artikel des Infos über den Althans nicht eben sachlich, aber die linke Szene ist voll mit bierernsten analytischen Kommentaren, Berichten, Reportagen. Ein bißchen Sarkasmus kann durchaus erfrischend sein. Wenn man bedenkt, wieviele Bäume für beschissene linke Zeitschriften abgeholzt wurden, die nur noch zur Selbstbeweihräucherung, Ghettoisierung und geistiger (geistreicher?) Onanie beigetragen haben, wird einem wirklich schlecht. Ist dadurch ein einziger Mensch für den antifaschistischen Kampf gewonnen worden? Wohl kaum!
Anstatt ewig - ähnlich wie des öfteren in der »Interim« - auf anderen Artikeln und/oder Verhaltensweisen antisolidarisch rumzuhacken, sollten wir lieber zusehen, daß die Verbrecher von Solingen, Mölln, Rostock, Hoyerswerda, Quedlinburg u.a. und ihre geistigen Urheber zum Teufel gejagt werden.
Keinen weiteren Millimeter für die Fascho-Brut!

Mit antifaschistischen Grüßen, S. H.

Liebe Leute vom Infoblatt, in Eurer Nummer 21 habt Ihr auf Seite 27 zwei Bilder. Auf dem Oberen ist Michael Szwierczek zusammen mit einem Niederländer namens »Leif« zu sehen. Ich habe nun in einer alten Nummer der ANS-Zeitung »Die Neue Front« ein Foto des niederländischen Nazis gefunden. Er heißt nicht wie bei Euch abgedruckt »LEIF« sondern Martyn FRELING. Er wurde in der »Neuen Front« interviewt und zu seiner Meinung zu Deutschland und warum er sich nicht als Ausländer fühle befragt. Er wird dort als Sympathisant der ANS bezeichnet. Den Wortlaut des Interviews möchte ich Euch lieber ersparen, Freling labert nur dummes Zeug.
Ich hoffe Ihr könnt diese Berichtigung gebrauchen.
Mit lieben Grüßen

Martina Limberg, Goslar

Liebe Info Redaktion,

Euer Artikel in der März/April Ausgabe diesen Jahres ist betreffs unseres Vereins nicht ganz korrekt. Ich möchte einige Ungenauigkeiten und Falsches klären...
[Wir haben diese »Klärungsversuche« von Jörn Meyer hier nicht abgedruckt. Sie sind unseres Wissens überwiegend unrichtig. Sie zu widerlegen fehlt uns aber der Platz, Anm.d.Red.]
...Insgesamt gesehen finde ich Eure Auseinandersetzung mit dem Programm schon gut, aber leider bleibt auch Ihr nur bei der Kritik stehen. Kritik ist notwendig und wir zeigen uns ihr gegenüber empfänglich. Doch noch niemand konnte uns Alternativen aufzeigen, so daß immer wieder der Eindruck entsteht, daß im Grunde genommen die betreffenden Jugendlichen ins Arbeitslager oder Haft oder gar die Todesstrafe verdient hätten aber eben nicht Sozialarbeit.
Eine Bitte: gebt den Jugendlichen die Chance zu einer Entwicklung.
Auch wir werten es als einen Erfolg, wenn es in Cottbus zu weitaus weniger Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Jugendgruppen kommt als noch vor zwei Jahren.
Auch wir sind der Meinung, daß Gewalt nicht die Folge von Rassismus ist, sondern Rassismus kann die Folge von Aggressionsbereitschaft sein. Auch wir sagen, daß man Jugendlichen nicht mit Agitation kommen kann (nehme 10 Glatzen, fahre mit ihnen nach Sachsenhausen, danach hat man 10 Antifaschisten), sondern man soll sich schon auf ihre Interessensebene begeben, ohne sich zu verleugnen.
Wenn ein Andy Muschik ein Prügelheld war, so setzt das nicht zwangsläufig voraus, daß er auch heute noch prügelt.
Überhaupt setzen wir (die Mitarbeiter des Vereins [Jugendhilfe Cottbus e.V., Anm.d.Red.]) auf die Möglichkeit der Entwicklung von Jugendlichen (worauf sonst?).
Organisierte faschistische oder rechtsextreme Strukturen werden durch uns mit Gewißheit nicht unterstützt.

Jörn Meyer Geschäftsführer Jugendhilfe Cottbus e.V.

Antwort der Redaktion
Wir begrüßen J.Meyers Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit unserem Artikel. Leider bleibt er aber bei jenem häufigen Verhalten kritisierter SozialarbeiterInnen stehen - der unkritischen Verteidigung des eigenen Projekts gegen Kritik von außen. Falsch war offensichtlich an unserem Artikel, daß Chr. Kollosche Sold bei der Bundeswehr zusätzlich zu seinem Streetworkergehalt bezieht. Die letzten Absätze von Meyers Brief beziehen sich scheinbar auf einen anderen Artikel. Wir haben ein Antwortschreiben an ihn geschickt, in dem wir unsere Standpunkte klarmachen. Aus Platzgründen kann es leider nicht als offenes Antwortschreiben abgedruckt werden



Zur Diskussion um die Antifa-Organisierung haben wir diesmal zwei Papiere. Ein erstes wurde uns zugeschickt, welches sich mit der historischen Antifaschistischen Aktion kritisch auseinandersetzt, deren Name und Symbol auch heute verwendet werden. Auch jüngste Versuche einer antifaschistischen Organisierung verwenden diesen Namen: Zur Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation hatten wir in der Nummer 21 ein Kritikpapier, hierzu folgt anschließend ein weiterer Diskussionsbeitrag.

Die Antifaschistische Aktion 1932

Zwei wehende Fahnen in einem Kreis, dieses Symbol, das heute oft gleichbedeutend für autonomen Antifaschismus steht, hat eine über sechzigjährige Geschichte und entstand Anfang der dreißiger Jahre als Symbol linksradikalen antifaschistischen Widerstands. Von der KPD im Juni 1932 initiiert, knüpfte die Antifaschistische Aktion direkt an kommunistische Widerstandsorganisationen an, die versuchten, außerparlamentarisch in soziale Kämpfe einzugreifen und gleichzeitig den Schutz der KPD garantieren sollten. Anfangs war dies die Proletarische Wehr- und Schutzorganisation, die 1923 verboten wurde und die Gründung des Roten Frontkämpferbundes (RFB) nach sich zog.

Vorgeschichte

Nach dem Verbot des RFB 1929 hatte die KPD keine Massenorganisation mehr, die ihre Politik auf die Straße tragen konnte und vor allem den Faschisten diese streitig machen konnte. Als Reaktion auf die Reichstagswahl am 14. September 1930, als die NSDAP ihren ersten großen Wahlerfolg zu verbuchen hatte, wurde am 28. September 1930 der Kampfbund gegen den Faschismus (KGF) als »überparteiliche proletarische Massenorganisation zum Kampf gegen den Faschismus in all seinen Erscheinungsformen, insbesondere gegen den Nationalsozialismus« ins Leben gerufen. Diese Organisation kann als Fortführung des ab 1929 illegal weitergeführten RFB gesehen werden. Obwohl sämtliche dieser Organisationen Vorfeldorganisationen der KPD waren, versuchten sie nach außen den Eindruck zu vermitteln, eine eigenständige Politik zu betreiben, die den Schulterschluß aller revolutionärer Menschen erreichen sollte. Der KGF war in der Zeit der Wirtschaftskrise vor allem eine praktische Initiative zur Organisierung der ArbeiterInnen in Betrieben und Häuserblocks, in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit wurde jedoch mehr und mehr versucht, auch die Arbeitslosen zu integrieren. Es entstanden auf betrieblicher Ebene und vereinzelt auch in den Stadtvierteln organisationsübergreifenden Selbstschutzstaffeln, die die Grundlage für den späteren Roten Massenselbstschutz innerhalb der Antifaschistischen Aktion bildeten. Zu Beginn der dreißiger Jahre begann die KPD den Kampf gegen den Faschismus zu einer ihrer Hauptaufgaben zu machen. Ihr Verständnis des Faschismus war sehr stark ökonomisch ausgerichtet: »Für die KPD war der Faschismus ein bloßes Instrument des hochmonopolisierten Kapitalismus, ein Agent des Finanz- und Industriekapitals gewissermaßen, qualitativ kaum zu unterscheiden von anderen Formen kapitalistischer Interessendurchsetzung oder bürgerlicher Herrschaft. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, nahm die KPD die eigenständige, in der politischen Gefühlswelt von Massen tief verankerte Dynamik der NS- Bewegung kaum zur Kenntnis; die Analyse galt ausschließlich der politisch-ökonomischen Funktion des Faschismus, also seiner Brauchbarkeit für großkapitalistische politische Strategien.« (Arno Klönne, die deutsche Arbeiterbewegung, S. 238). Die KPD glaubte, daß durch die Zuspitzung der Situation in der kapitalistischen Welt und den daraus ergebenden Folgen für die Arbeiterklasse als logische Folge eine revolutionäre Situation entstehen würde. Dem Erstarken des Faschismus mit der einsetzenden Weltwirtschaftskrise wurde zu diesem Zeitpunkt keine umfassende Analyse entgegengesetzt. In den Kampf gegen die Sozialdemokratie und der Propagierung der sich zuspitzenden Klassenwidersprüche wurden die Schwerpunkte der KPD in den Jahren 1928 bis 1932 gelegt. Dieser Politik oppositionelle Gruppen innerhalb der KPD wurden scharf bekämpft und ausgeschlossen. Es wurde zu dieser Zeit oft an die Gemeinsamkeit der ArbeiterInnenklasse appelliert, in der Praxis jedoch bekämpften sich die KPD und die SPD mit allen Mitteln. Im Sommer 1932 hat die Wirtschaftskrise in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht. Mit ihr auch die Überfälle und Angriffe der faschistischen Gruppen, hauptsächlich der SA. Innerhalb der KPD hatten viele Kräfte inzwischen eingesehen, daß sie mit ihrer bisherigen Politik der Abgrenzung gegenüber der SPD, somit in der Praxis auch den SPD-ArbeiterInnen, den Vormarsch des Faschismus nicht aufhalten konnten. Gerade die Basis der ArbeiterInnen, die letztendlich am härtesten von den Angriffen der Faschisten und den Auswirkungen der Rezession betroffen waren, forderte eine Kursänderung. Denn in den Betrieben, den Stempelbüros und in den Stadtteilen gab es innerhalb der ArbeiterInnenschaft, trotz unterschiedlicher politischer Orientierung eine Solidarität gegen den faschistischen Terror. Mit der herkömmlichen Politik der KPD, die ihr Hauptfeld auf die arbeitende Bevölkerung legte, konnte zu einer Zeit, in der nur noch 15% der KPD-Mitglieder Arbeit hatten, nicht mehr gebaut werden.

Ausrufung der Antifaschistischen Aktion

Im Mai 1932 änderte die KPD ihre Strategie, da sie sah, daß durch ihrer starre Haltung gegenüber anderen linken Gruppen und Organisationen eine Zusammenfassung antifaschistischer Kräfte kaum möglich sei. So wurde versucht, an die in den zwanziger Jahren erprobte Einheitsfrontpolitik anzuknüpfen, was jedoch hauptsächlich ein taktischer Zug war, da die KPD weiterhin bemüht war, innerhalb der Bündnisse mit anderen ArbeiterInnengruppierungen die Führung anzustreben. Am 25. Mai überfiel im Reichstag die Fraktion der NSDAP die Abgeordneten der KPD, was diese zum Anlaß nahm, öffentlich die ANTIFASCHISTISCHE AKTION auszurufen: »Die Antifaschistische Aktion muß durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen.« und an anderer Stelle erklärte sie: »Nehmt in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen Gewerkschaften und Massenorganisationen, nehmt in Stadt und Land unverzüglich Stellung zu den neusten Ereignissen. Entscheidet euch für die Teilnahme an der Antifaschistischen Aktion der kämpfenden roten Einheitsfront«. Programmatisch erklärte die Antifaschistische Aktion, sie wolle eine Einheitsfront der ArbeiterInnen der SPD, der christlich organisierten ArbeiterInnen, der gewerkschaftlich Organisierten und Unorganisierten, des Reichsbanners, der Beamten, BäuerInnen, HandwerkerInnen und

der Intellektuellen. Ziel sei es, eine gemeinsame praktische antifaschistische Politik zu entwickeln. Viele begriffen dieses Signal der KPD als Erleichterung, nach den Jahren der Abgrenzung nun wieder die Einheitsfront der ArbeiterInnen zu suchen. Zu der begründeten Skepsis des Reichsbanners und der SPD zu dieser neuerlichen Annäherung der KPD an die SPD und deren Organisationen erklärte der damalige KPD- Vorsitzende Ernst Thälmann am 8. Juli 1932 auf die Frage der SPD, ob die KPD es ehrlich meine mit dem Einheitsfrontangebot: »Kommen wir zum ersten Teil der Frage: Ob wir die antifaschistische Einheitsfront ehrlich meinen? Täglich morden die Nazis unsere Genossen, schlagen unsere besten Kämpfer nieder. In den Gefängnissen schmachten tausende unserer Genossen, die den Kampf gegen das faschistische Verbrechertum führten. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland das Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollen wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen? Wir Kommunisten stellen nicht einmal Bedingungen an die Arbeiterklasse mit Ausnahme der einen: der kühnen und aufopfernden Bereitschaft und des Willens, unter Einsatz aller proletarischen Kampfmittel den Kampf gegen Faschismus zu führen.«

Die Führung der SPD sah der Gründung der Antifaschistischen Aktion mit Skepsis entgegen; Sie verboten ihren Mitgliedern die Teilnahme. Denn die SPD versuchte weiterhin einen politischen Kurs der Mitte zu fahren, was bedeutete, innerhalb der parlamentarischen demokratischen Ordnung den aufkommenden Faschismus verhindern zu können. Sie übersah dabei, daß seit Anfang der dreißiger Jahre durch Notverordnungen und andere Gesetze die Einflußmöglichkeit der parlamentarischen Demokratie stark eingeschränkt war und oft nur noch symbolischen Charakter besaß.

Wie nun sah die Praxis der Antifaschistischen Aktion nach deren Ausrufung aus? Noch im Mai entstanden in vielen Betrieben Ausschüsse, in denen Sozialdemokratische GewerkschafterInnen zusammen mit KPD-Mitgliedern arbeiteten. Antifaschistische Kundgebungen wurden abgehalten, in denen sich die Belegschaften gegen den stärker werdenden Faschismus aussprachen. Vor allem in den weit von Berlin entfernten Gebieten, in denen die Fraktionierung der ArbeiterInnenorganisationen der vergangenen Jahre nicht so eine große Rolle gespielt hatte, entstand mit der Antifaschistischen Aktion eine große Kraft. Da verschiedenste Einheitsfrontkomitees überall in Deutschland entstanden, wurde durch Kongresse und Konferenzen versucht, die Kräfte zu bündeln. Fast überall war es so, daß der Anteil der sozialdemokratischen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Delegierten größer war als der Anteil der kommunistischen. Am 10. Juli fand in Berlin der gesamtdeutsche Kongreß der Antifaschistischen Aktion statt. Clara Zetkin eröffnete diesen Kongreß mit einem Begrüßungsschreiben, in dem sie erklärte: »Diese Einheitsfront muß über die Gesamtheit des Proletariats hinausreichen und auch die Angestellten, Handwerker, Kleingewerbetreibenden, kleinen Bauern und nicht zuletzt auch die Intellektuellen aller Schichten erfassen.«

Praktischer Widerstand

Vor allem in den ArbeiterInnenvierteln der Großstädte fand die Antifaschistische Aktion Zuspruch. Hier, wo die Auswirkungen der Wirtschaftskrise am deutlichsten sichtbar wurden in immer mehr Arbeitslosen, zunehmender Verarmung.

Strategie der SA, als ihr Verbot am 14. Juni 1932 aufgehoben wurde, war es zunehmend, an den Orten, an denen die ArbeiterInnenschaft besonders verwurzelt war, durch gezielte Provokationen massiv aufzutreten. Überfälle auf Kneipen und Gaststätten der KPD, des Reichsbanners oder der SPD gehörten ebenso dazu wie Demonstrationen durch traditionelle ArbeiterInnenviertel. Hier zeigte sich die Stärke der Einheitsfrontbestrebungen, die den Schutz ihrer Viertel, ihrer Betriebe, ihrer kulturellen Zusammenhänge als »roten Massenselbstschutz« titulierten. Im Ruhrgebiet wurden mehrmals die Parteihäuser der SPD und der KPD gemeinsam gegen Überfälle geschützt. Ab Mitte Juni war es der SA in vielen Vierteln im Ruhrgebiet nicht mehr möglich, offen aufzutreten, da sie gemeinsam von Reichsbannermitgliedern, christlichen und unorganisierten ArbeiterInnen und kommunistischen ArbeiterInnen vertrieben wurden. Am 13. Juli 1932 schafften es in Wuppertal-Elberfeld mehrere zehntausend Menschen einen Auftritt Hitlers und eine Demo der SA nach einer Kundgebung der Antifaschistischen Aktion zu verhindern. Am 17. Juli versuchten elftausend SA-Mitglieder aus ganz Norddeutschland in Altona einen Aufmarsch durchzuführen. Die Faschisten wurden blutig zurückgeschlagen, trotz der Bemühungen der Polizei, die Demonstration durchzusetzen.

So konnte das Auftreten der Faschisten in der Öffentlichkeit zu einem beträchtlichen Teil zurückgedrängt werden, deutlich gemacht werden, daß große Teile der Bevölkerung zum Widerstand gegen den faschistischen Terror bereit waren. Dies konnte aber nicht im Sinne der, auf Zusammenarbeit mit den Nazis, angewiesenen Papen-Regierung sein. Diese verfügte am 9. August die Notverordnung gegen »politische Gewalttaten«, mit der schon vor der Machtübertragung auf die Faschisten und dem offenen Terror gegen Oppositionelle viele AntifaschistInnen verurteilt wurden. So gab es vom 17. August 1932 und dem 30. Januar 1933 2297 Verfahren, die oft mit langjährigen Haftstrafen endeten. Gegen diese Sondergerichtsverfahren gab es keinerlei Rechtsmittel. In diesen Ver-

Parole des Rotfrontkämpferbundes (RFB), der Vorläufer-Organisation der Antifaschistischen Aktion



fahren Verurteilte waren die ersten, die in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern landeten. Die Antifaschistische Aktion vermochte zwar in der Zeit der unmittelbaren Bedrohung des Nationalsozialismus eine Kraft zu entwickeln, durch praktische Solidarität ein Vordringen der Nazis zu behindern, sie bis nach 1933 hinein aus den ArbeiterInnenvierteln und vielen Betrieben herauszudrängen, jedoch war sie bei weitem nicht in der Lage, den Sprung in den deutschen Faschismus zu verhindern. Zu groß waren die politischen Gegensätze und Feindschaften der traditionellen ArbeiterInnenparteien zueinander, als daß dieser letzte Versuch einer breiten Einheitsfront gegen Rechts dem Faschismus eine adäquate Alternative entgegenzusetzen vermochte. Der Versuch der Einheitsfront gegen Rechts, durch »roten Massenselbstschutz« die Gräben zu überbrücken, sich im Kampf gegen den Faschismus zu vereinen, zeigte jedoch, welches Potential zum Widerstand in der ArbeiterInnenklasse, aber auch darüber hinaus, vorhanden war.



1932 - Nach einer Schlägerei wird ein Faschist abgeführt

Kritik der Politik der Antifaschistischen Aktion:

Zum Zeitpunkt der Ausrufung der Antifaschistischen Aktion: Als auf Initiative der KPD im Mai 1932 die Antifaschistische Aktion ausgerufen wurde, waren grundsätzliche Bedingungen zur Errichtung der faschistischen Diktatur schon vollzogen worden. Nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 erkannte die Großindustrie sehr schnell, daß die bürgerliche Demokratie nicht in der Lage sei, die Rezession zu überwinden. So wurde schon 1930 mit der Einsetzung der Präsidialdiktatur Brünings nach Art. 48 praktisch das Parlament außer Kraft gesetzt und hatte faktisch keine Macht. Die herrschende Klasse bestimmte fortan direkt die Politik der Reichsregierung und versuchte in der Nachfolgezeit mit verschiedenen Machtkonstellationen, die ArbeiterInnenbewegung und die Demokratie als Staatsform als potentielle Widerstandskräfte auszuschalten. Vor diesem Hintergrund konnte sich der Nationalsozialismus durchsetzen, was 1933 zur Machtübertragung auf die Faschisten führte. Die KPD charakterisierte aber schon ab 1929 die Zustände in Deutschland als faschistisch, in ihrer Logik gab es keine qualitative Steigerung dessen mehr, der sich ausbreitende Terror der Nazis wurde als quantitative Steigerung unterschätzt. So wurde dann die Ausrufung der »Einheitsfront gegen Rechts« im Sommer 1932 nur als weiterer Schritt der Zuspitzung der Klassenwidersprüche, aber nicht als grundsätzlich neues Moment zur Verhinderung der faschistischen Diktatur erklärt. So konnte die Antifaschistische Aktion zwar Erfolge in der Abwehr des Nazi-Terrors erzielen, jedoch schon nicht mehr einen Kulminationspunkt gegen die zum Faschismus strebenden Kräften bieten.

Zum Sozialfaschismusvorwurf: Mit zunehmenden Folgen der Weltwirtschaftskrise ergriff der Staat zu immer härteren Maßnahmen der Repression gegenüber den Massen. Diese Politik des Staates charakterisierte die KPD bereits als Faschismus. Da die SPD jene Politik der Regierung Brüning tolerierte, in den Ländern oft selber die Polizei gegen die ArbeiterInnen einsetzte, wurde die Sozialdemokratie insgesamt als »sozialfaschistisch« bezeichnet. Hier fehlte Einschätzung, daß der Nationalsozialismus andere Dimensionen der Repression und des Terrors beinhaltete, als der autoritäre Staat von 1930. Es gab zu der Zeit keine klare Einschätzung der Erfahrungen mit dem italienischen Faschismus, wie er sich von 1922 bis 1926 durchgesetzt hatte. Durch diese mit aller Radikalität durchgesetzte Abgrenzung zu großen Teilen der ArbeiterInnen, der SPD und ihren Gewerkschaften, war es fast unmöglich, innerhalb der Einheitsfrontbestrebungen der Antifaschistischen Aktion zu einer wirklichen Zusammenarbeit zu kommen. Die Führung der SPD lehnte eh jede Art des Einheitsfrontangebots ab, die Massen der SPD-ArbeiterInnen hatten zum Teil große Skepsis, die Einheitsfrontangebote anzunehmen. So bedurfte es großer Anstrengungen seitens der KPD, die Ziele der Antifaschistischen Aktion zu vermitteln und in der Praxis durchzusetzen. Dazu war aber kaum mehr die Möglichkeit da. Erst 1935, als den verschiedenen ArbeiterInnengruppierungen die Tragweite der faschistischen Diktatur schmerzlich klar geworden war, gab es eine offizielle Zusammenarbeit der KPD mit der SPD und den meist im Ausland operierenden anderen oppositionellen Gruppen in einem gemeinsamen Einheitsfrontaufruf.

Zur Faschismusanalyse: Die KPD erkannte zwar, daß der Faschismus eine Waffe der herrschenden Klasse gegen die ArbeiterInnenbewegung war, »sie analysierte jedoch nicht hinreichend die Motive und Bewußtseinsstrukturen, die die Massen zum Faschismus führten, sondern faßte diese Massenbewegungen unmittelbar als bloßes Instrument des Großkapitals auf, das von diesen Kräften geschaffen, finanziert und nach ihrem Willen eingesetzt wurde. Dies verweist auf große Defizite der KPD in der Erfassung des komplizierten Zusammenhangs zwischen ökonomischer Macht und Massenbewußtsein, zwischen herrschender Klasse und politischer Bewegung.« (Reinhard Kühnl, Der Faschismus, Heilbronn 1988) Grundsätzlich war die Faschismusanalyse der KPD vor allem ökonomisch orientiert. Die Bedeutung massenpsychologischer Momente, das Infragestellen der Kleinfamilie als eine Basis autoritärer Herrschaft spielen innerhalb der KPD jener Zeit kaum eine Rolle. ■

Hier folgt ein Beitrag von Sympathisanten der Antifa Bonn/Rhein/Sieg, den wir zur Diskussion stellen wollen. Er bezieht sich auf die Diskussionen um die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisierung in Nummer 21. Da wir selbst nicht in allen Punkten dem Inhalt zustimmen können und den Beitrag sehr kritisch sehen, wollen wir in der nächsten Ausgabe darauf inhaltlich eingehen.



Antifaschistische Parole in Tripoli/Libyen, 1943. Die Photographie des israelischen Fotografen N.T.Gidal entstand während des Kampfes der britischen Truppen gegen die faschistischen Armeen in Nordafrika. Gidal begleitete die »Jewish Transport Brigade« der britischen Armee.

Ich möchte einiges aus Eurem ANTIFASCHISTISCHEN INFO NR. 21 um die Organisierung von Antifa-Gruppen kritisieren, da Ihr ein sehr vereinfachtes und idealistisches Bild von Euren Vorstellungen entwerft. Zweck der Debatte sollte es sein, auf einem theoretischen Niveau die organisatorischen und politischen Fragen zu diskutieren und zu klären. Dazu soll dies ein Beitrag sein. Zweck der Debatte sollte es nicht sein, auf einem emotionalen und moralischen Niveau diese Fragen anzugehen, um zu einem sinnlichen Ergebnis (szenemäßigem Bauchgefühl) zu gelangen. Gemeint sind damit in Eurem Info die vielen Sätze wie: Organisation durchpeitschen..., simple Vereinheitlichung..., im eigenen Erhalt zu verschwenden... usw. Es ist nicht sinnvoll darauf weiter einzugehen, weil es falsche Munition in der Debatte liefern würde.

Ich werde mich bemühen, eine etwas volksnahe Sprache zu benutzen, wodurch einiges etwas länger wird, aber trotzdem werde ich nicht umhinkommen, einige zentral wichtige Begriffe zu benutzen, die einigen Menschen etwas schwer verdaulich erscheinen werden.

Meine Kritik an den Dingen: Ihr definiert (S. 53, 1. Spalte, 2. u. 3. Abs.) dort, was für Euch Organisierung bedeutet. »Organisierung bedeutet für [Euch] ein Prozeß, der eine gemeinsame Diskussion beinhaltet, in dem Erfahrungen ausgetauscht werden, Leute sich kennenlernen, beginnen sich untereinander zu vernetzen und in dem Verbindlichkeit entsteht«. Ihr macht einen Unterschied zum Begriff der Organisation. Auf Inhalt und Qualität des Begriffes der Organisierung können wir uns einigen. Auf den Begriff der Organisation geht Ihr überhaupt nicht ein – absichtlich? Welchen qualitativen Sinn und Zweck eine Organisation macht, benennt Ihr nicht. Ihr sagt lediglich, daß für eine Organisation mehr Gruppen beteiligt, viel mehr Auseinandersetzungen geführt sein müssen, und Organisation erst am Ende eines solchen Prozesses (?) steht.

Ist der Unterschied zwischen Bewegung und Organisation ein quantitativer Unterschied? Wohl kaum. Ihr zeichnet eine Linie, an deren Anfang Kennenlernen, Austausch steht, die sich über Diskussion und (zunehmende) Verbindlichkeit vernetzt usf. Am Ende steht dann die Organisation. Eure Linie (hier als Synonym für Prozeß) hat für Euch einen Anfang und ein Ende. Ihr zeichnet damit, absichtlich oder nicht, ein Bild von Organisation, wo gerade die zentral wichtigsten Dinge abgeschlossen sein sollen. Nämlich die gemeinsamen Diskussionen, der Erfahrungsaustausch und auch mehr oder minder das Einbinden neuer Leute und Gruppen usw. Wir alle wissen, daß Organisationen, die gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr diskutierten, dazu verdammt waren und immer auch sind, wegen ihrer Unflexibilität und fehlenden strategischen Neuorientierungen zu verknöchern, zu verbürokratisieren und letztendlich geschichtlich unterzugehen. Der von Euch beschriebene Prozeß einer Organisierung kann bzw. darf auch in einer Organisation nie abgeschlossen sein, und das wißt Ihr!

Der logische Schluß aus Euren beiden Absätzen ist folgender: Für Euch kommt eine Organisation weder in naher noch ferner Zukunft in Frage. Eine Organisation ist für Euch der Abschluß eines Prozesses der Organisierung, also Endstadium, folglich toter Apparat – kein Instrument verbindlicher Strukturen, dessen Zweck es ist, einen organisierten Kampf im gesamtgesellschaftlichen Maßstab weiterzuentwickeln. Genau das, was von Euch im ersten Abschnitt verbal verworfen wird, nämlich die »alten untauglichen Konzepte«, wird idealisiert, »neu«, ohne Abänderung, aufgetischt - die Konzeption der alt gewordenen Autonomen. Ihr versucht genau das zu konservieren, was seit 10 Jahren westdeutsche Praxis der Autonomen ist. Diese Art des Konservatismus mag das kurzfristige Resultat eines politischen Rückschlages sein, sie fördert aber die Gefahr eines wirklichen Konservatismus, der der kleinbürgerlichen Strömung innerhalb der Autonomen, die sich gegen jedwede Änderung stellt, politischen Anschub gibt. Es ist davon auszugehen, daß in dem von Euch angestrebten Organisierungsprozeß der Aufbau einer kämpfenden Organisation nicht Teil Eurer Überlegungen sein wird. Diese allgemeinen Vorstellungen stekken analytisch schon in den ersten drei Absätzen drin.

Die allgemeinen Vorstellungen der ersten Spalte belegt Ihr konkret in den folgenden 14 »Sternchen«-Abschnitten. Um den in Euren Überlegungen steckenden Konservatismus zu belegen, muß im folgenden auf die konkreten Vorstellungen eingegangen werden.

Im »Sternchen«-Abschnitt Nr. 1 schreibt Ihr: eine »Organisierung sollte sich als Teil der kritischen Linken verstehen, (...) und offen [sein] für Diskussionen fortschrittlicher Perspektiven, (...), mit dem Ziel der Abwehr von Rassismus, Sexismus und Faschismus.« Eurer Meinung nach soll also eine Organisierung bzw. Organisation nicht Teil der kämpfenden, wirklich oppositionellen oder revolutionären Linken sein, sondern Teil der kritisierenden Linken, wie es sie schon zur Genüge gibt. Nur eine kritisierende Linke kann sich zum »Ziel« setzen, Rassismus, Sexismus und Faschismus abzuwehren. Dies meint Ihr dann wohl auch mit fortschrittlicher Perspektive, was ja ein Denken der linken Sozialdemokratie ist.

Solange aber ein Kampf gegen den Faschismus und menschenverachtende Ideologien nur als Abwehrkampf geführt werden, ist es der Versuch die faschistische Bestie in Schach zu halten. Solange die Ursachen des Faschismus nicht benannt und bekämpft werden, kann die Gefahr des Faschismus nicht beseitigt werden.

Die Ursachen des Faschismus sind in der Warenproduktion allgemein und in der des Kapitalismus im besonderen zu suchen, weil das gesellschaftliche Sein primär für die Entwicklung des Bewußtseins verantwortlich ist. Solange es Warenproduktion gibt, gibt es Waren. Das charakteristische an den Waren ist, daß neben dem konkreten Gebrauchswert ein Tauschwert existiert. Dieser zwingt dazu, daß um einen bestimmten Gebrauchswert zu erhalten, ein adäquater Gegenwert vorhanden sein bzw. gezahlt werden muß. Da allerdings die Entwicklung der Menschheit nicht gleichmäßig verlaufen ist und seitdem sich der Kapitalismus zum Imperialismus entwickelt hat, haben sich auch diese Ungleichmäßigkeiten immer weiter verschärft. Eine auf der Warenproduktion basierende Gesellschaftsform kann die Bedürfnisse nur durch die vorhandenen Tauschwerte vermittelt befriedigen. Dabei fallen der Großteil der Menschen raus, weil die kapitalistische Produktionsweise eine Produktionsweise ist, die sich an der Profitmaximierung orientieren muß. Sie kann also nie die Bedürfnisse aller Menschen befriedigen, weder national noch international. Sie erzeugt Massenelend, obwohl sie die größte Entwicklung der Produktivkräfte in der Geschichte der Menschheit darstellt. Deshalb ist ein als Abwehrkampf definierter Antifa-Kampf zum Scheitern verurteilt.

Den Menschen, die aus dem Produktionsprozeß herausfallen, also z.B. arbeitslos werden, oder drohen herauszufallen, oder gar nicht hineingelangen können (z.B. Ju-

gendliche), stellen sich aufgrund ihrer gesellschaftlichen Existenz Fragen und Problemstellungen und sind auf der Suche nach handfesten und plausiblen Antworten. Jede politische Strömung, die diese Fragen aufnimmt und für diese Menschen theoretisch einzubinden und praktisch zu lösen vermag, in der eigenen Umgebung, in der Gesellschaft oder auch global, vermag es, ideologischen Einfluß zu gewinnen, wodurch neue Ideen und Ideologien eine gesellschaftsverändernde Kraft entwickeln, die zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift – dazu zählen auch die faschistischen Ideologien.

Ein auf Abwehr ausgerichteter Kampf ist dazu verdammt, dieser Entwicklung immer hinterher zu sein, Feuerwehrpolitik zu betreiben, bzw. die Entwicklung kritisch zu verfolgen. Der Faschismus ist nur zu besiegen, wenn wir lernen, die Ursachen zu bekämpfen.

Unter Nr. 2 behauptet Ihr, daß eine Auseinandersetzung mit denjenigen Schichten fehlen würde, die vom faschistischen Terror in erster Linie betroffen sind. Dies ist schlichtweg falsch und suggeriert eine falsche Realität. Was der Vorwurf »weißer deutscher Mann« in diesem Zusammenhang soll, bleibt unklar. (Auch ich bin 3/4 Deutscher). Klar ist nur, daß wir in Deutschland leben und unsere primäre Pflicht ist es, hier unter den real existierenden Bedingungen vor allem mit den Jugendlichen, mit den Männern und Frauen und bei ihnen in erster Linie mit denen der arbeitenden Klasse eine wirklich oppositionelle und kämpfende Bewegung aufzubauen.

Zwei Überlegungen dazu: Imperialismus bedeutet Krieg, Imperialismus impliziert Faschismus. Die im Kapitalismus periodisch wiederkehrenden Krisen werden tiefer und krasser. Der Krieg in Europa rückt wieder in den Bereich der Notwendigkeit bestimmter Kapitalfraktionen (Süd- und Osteuropa...), der soziale Kahlschlag, die ökonomische Konkurrenz, die kapitalistische Warenproduktion überhaupt zeigen ihre Wirkung. Es ist bei der Betrachtung also überhaupt nicht abwegig, davon auszugehen, daß sich die Klassenwidersprüche in Europa und somit auch in Deutschland so verschärfen werden, daß gesellschaftliche Entwicklungen möglich werden, die wir bisher nur aus den vom Monopolkapital ausgeplünderten Ländern her kennen. Sowohl hinsichtlich der gesellschaftlichen Brutalität als auch der revolutionären Möglichkeiten, weil die Menschen auf der Suche nach neuen Möglichkeiten und Veränderungen sind, weil sie sehen, daß das so nicht weiter gehen kann.

Der faschistische Terror, der anfänglich vielleicht nur den nicht-deutschen Teil der hier lebenden Bevölkerung angriff, dehnt sich nachweislich aus. Der sich ausweitende faschistische Terror zielt ökonomisch auf die fürs Kapital unproduktiven Kräfte (Punks, Obdachlose, Homosexuelle, demnächst Kranke, Krüppel, etc.), er zielt politisch auf alle fortschrittlichen Kräfte, DemokratInnen, AntifaschistInnen, Revolutionäre. Sie werden mehr und mehr auch Zielscheibe des Terrors.

Der Faschismus muß, um sich als soziale und politische Macht zu etablieren, versuchen, einen Teil dieser Widersprüche, die der Kapitalismus selber nicht lösen kann, sondern immer wieder aufs neue produziert, zu unterdrücken und personell zu vernichten. Denn durch eine solche Vernichtung versucht er den sichtbaren Ausdruck eines Teils des Widerspruchs zu vernichten, der personifizierbar ist. Damit verschwindet scheinbar der Widerspruch selbst. Es wird versucht, die Unmenschlichkeit und Brutalität, die der Kapitalismus im Zeitalter des Imperialismus sichtbar anrichtet, ideologisch begründet, auf eine noch unmenschlichere und brutalere Weise zu lösen.

Ökonomische und soziale Fragen in der Agitation aufzunehmen wird wichtiger denn je. Darauf zu verzichten hieße, den Faschisten genau das entscheidende Feld zu überlassen, auf daß sie erst ihre wirkliche Massenbewegung aufzubauen gezwungen sind – die Masse der arbeitenden Männer und Frauen, der Jugend überhaupt und die Masse derjenigen, die durch das kapitalistische Konkurrenz- und Profitstreben dazu verdammt sind, auf den Arbeits- und Sozialämtern und auf den Ausländerbehörden um Almosen zu betteln.

Darauf eine organisierte Antwort zu finden ist die Pflicht der Revolutionäre, auch wenn sie nicht Teil einer revolutionären Organisation sind.

Diese »Gruppierungen«, wie Ihr sie nennt, sind ökonomische und soziale Klassen und Schichten, auch wenn sie unterschiedlicher Nationalitäten und Geschlechts sind. Sie sind nicht nur »in erster Linie Ziel« der faschistischen Angriffe, sondern in jeder Hinsicht: propagandistisch, organisatorisch, ideologisch und auch ganz praktisch. Ich halte das Raushalten der sozialen und ökonomischen Fragen aus der antifaschistischen Politik für die zentrale Frage in der antifaschistischen Bewegung überhaupt. Nicht das Einbinden der einen oder anderen »Gruppierung« ist das zentrale Problem, sondern das Benennen der verbindenden Elemente und der Bezug auf eben alle entscheidenden Schichten dieser Gesellschaft. Das Verbindende in einer Gesellschaft können nur die sozialen und ökonomischen Dinge sein, unter denen wir leben und arbeiten müssen. Wenn eine Bewegung oder Organisation gegen diese Umstände zu kämpfen lernt und auch ein positiv formuliertes Ziel verfolgt, werden sich die »Gruppierungen«, bzw. Schichten in diesen Kampf einbeziehen lassen.

Unter Nr. 3 schreibt Ihr: »Eine bundesweite Organisierung von Antifa-Gruppen muß möglich sein, ohne bestehende Organisationsformen zu übergehen oder zu funktionalisieren«. Dieser Ansatz ist halbrichtig, weil er nur die eine Seite der widersprüchlichen Entwicklung benennt, und auch da nur die Rückwirkungstendenz auf die sich organisierenden Menschen. Ihr meint damit sehr wahrscheinlich, daß die Dinge, die gemacht werden, nicht nur als richtig empfunden, sondern auch als richtig verstanden werden müssen. Richtig in der Hinsicht, daß sie dem gemeinsamen Ziel ein Stück näher kommen. Die Sache, die ihr nicht schreibt, die allerdings sehr wichtig ist und durch das Weglassen in die Welt der Fiktionen verbannt wird, obwohl sie die Bedeutung objektiver Realität und Notwendigkeit hat, ist folgende: Die Entwicklung hin zu einer qualitativ neuen Stufe nämlich, darf zwar keine aktuelle Organisationsform übergehen, aber nur in der Weise, daß sie sie alle inhaltlich, also von ihrer Qualität her, erfaßt und kritisiert. Von der Struktur und ihrem Inhalt nach wird sie allerdings jede einzelne

letztendlich überwinden und qualitativ weiterentwickeln müssen. Ein qualitativer Sprung trennt Altes von Neuem, negiert eben Bestehendes und sollte Positives weitergeben können. Anders gibt es keine Entwicklung. Ihr suggeriert, daß es eine Entwicklung in der Organisationsform geben kann, ohne daß alte Organisationsformen überwunden werden.

In Nr. 5 schreibt Ihr: »Der Prozeß einer Organisierung und die damit verbundenen Diskussionen werden viel fruchtbarer sein, als jetzt eine Organisation durchzupeitschen«. Ich schlage vor, um auch hier ein wenig Dialektik reinzubringen, in diesem Satz das Wort »durchzupeitschen« durch »mit allen Mitteln zu verhindern zu versuchen« zu ersetzen. Der Inhalt benennt dann auch hier die zweite Seite des Widerspruchs, nämlich diejenige, die Euch in diesem Zusammenhang vorgeworfen wird. Allerdings muß ein Widerspruch eine bestimmende Tendenz, also eine bestimmende Seite und seine Entwicklungsrichtung haben.

Ihr bestimmt diese Tendenz dann im zweiten Satz in ihrer konservativen Richtung. Es ist richtig, wie Ihr dort schreibt, »Kenntnis« von der »Ausgangslage« und der »Situation« der »Anderen«, wie allgemein das auch immer sein mag, zu haben. Diese Ausgangslage zu akzeptieren ist anfänglich richtig, was ja auch vor ca. zwei Jahren, oder anders ausgedrückt, zehn gemeinsamen Treffen vorher, Situation war. Falsch ist es, »die sich daraus ergebenden Positionen zu akzeptieren«. Da sich die Positionen in politischen Diskussionen an Zielen, politischen Richtlinien, Methoden und Theorien orientieren, können grundlegende unterschiedliche Positionen überhaupt nicht akzeptiert werden, weil das dazu führt, daß diese Unterschiedlichkeiten in alle Ewigkeiten festgeschrieben werden würden und jede Entwicklung blockieren. So würde sich die Praxis und die Diskussionen einer Organisation, einer Gruppe oder eines Plenums (oder um auch den autonomen Sprachgebrauch zu benutzen: Zusammenhang) sich ständig um dieselben Fragen drehen, ständig auf derselben Stufenleiter reproduziert werden. Differenzen sollten oder müssen akzeptiert werden, sofern dasselbe Ziel verfolgt wird. Wie sollen sich aber grundsätzlich unterschiedliche Positionen gemeinsam organisieren, wenn die einen meinen, einen revolutionären Kampf führen zu müssen, davon einige meinen dies unter antiimperialistischen Vorzeichen, wieder einige unter antikapitalistischen Vorzeichen, andere meinen, über antifaschistische Politik die Erfahrungen für eine zukünftige revolutionäre Praxis entwickeln zu können und letztendlich ganz andere meinen, nur Sexismus, Rassismus und Faschismus kritisieren und abwehren zu müssen. Wenn Positionen schon akzeptiert werden, dann müssen erstens diese Ausgangslagen und auch das Ziel bei den jeweiligen Gruppen klar sein, damit sie sich überhaupt zur Disposition stellen können, und zweitens werden sich diejenigen Positionen gemeinsam organisieren, die tendenziell dieselbe Zielsetzung haben. Alles andere wäre Idealismus. Dies besagt nicht, daß nicht andere Widersprüche mehr an Geltung gewinnen werden (sowohl innerhalb der AA-BO, als auch bei dem lockeren separaten »Bundes-Antifa-Treffen«). Es besagt allerdings, daß die zur Zeit entscheidende Frage soweit geklärt ist.

Wie von Euch beschrieben wird, ist es Eurer Linie nach auch nicht verwunderlich, daß Ihr unter Nr. 8 zu dem allumfassenden ganzheitlichen Widerstandsbild kommt, frei nach dem Motto: Irgendwie sollten wir doch alle dasselbe wollen. Ihr wünscht Euch »jetzt eine Struktur, in der ohne auszugrenzen heftig gestritten werden kann«. Es gibt keine längerfristigen Debatten über grundlegende Sachen, in der heftig ohne auszugrenzen gestritten werden kann. Es sollte allerdings versucht werden, durch Überzeugungsarbeit möglichst nur Positionen und politische Strömungen auszugrenzen und keine Personen. Das funktioniert nur, wenn die anfängliche »Ausgangslage«, also die politische Position »der Anderen«, die nicht klar ist, sie sich also in einem Pool von Unklarheiten bewegen, sich mit der Zeit aufklärt. Es gibt immer den Zeitpunkt der Beschlußfassung, an dem eine bis dahin geführte Diskussion erstmal zum Abschluß kommt und erstmal ein Ergebnis festschreibt. Wenn es bezüglich der grundsätzlichen Vorstellungen keine Einigung gibt, bleibt einer jeweiligen Seite überlassen, das Feld der Auseinandersetzungen zu verlassen. Auf Zeiten der Diskussionen müssen Zeiten der Praxis folgen, um die Dinge, die entschieden wurden, zu überprüfen. Das, was sich auf dem BO-Treffen im Februar '93 abgetrennt hat, ist eine relative Zahl an Gruppen und Einzelpersonen. Sie haben sich wegen grundsätzlichen Unterschiedlichkeiten getrennt, weil es auch hier zur Zeit zwei unvereinbare Linien gibt, die sich gegenseitig blockieren.

Die eine Linie, diejenigen, die in der AA-BO organisiert sind, vertreten die Meinung, daß ein organisatorischer Rahmen überhaupt erst die Möglichkeit eröffnet, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene organisiert Kämpfe zu führen, um eine längerfristige politische Bedeutung zu gewinnen.

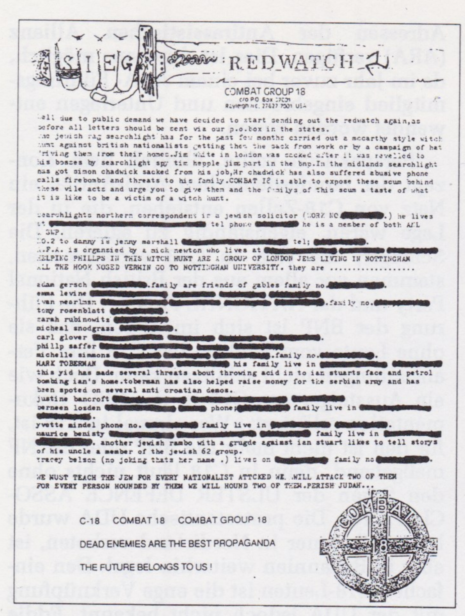
Die aus der AA-BO ausgetretenen Gruppen decken sich meines Erachtens mit den von Euch verfaßten Ansichten, nämlich daß »die Organisierungsbestrebungen im Weiterentwickeln einer bundesweiten Diskussion und Vernetzung« liegen, was natürlich m.E. keine Weiterentwicklung vorhandener Strukturen darstellt, sondern das Reproduzieren eben genau derselben Struktur darstellt – der Struktur des Denkens und Handels in autonomen und separaten Zusammenhängen.

Bliebe noch die Entwicklung revolutionärer Perspektiven, also Perspektiven, die eine grundsätzliche Gesellschaftsveränderung verfolgen. Ihr verneint nicht nur zwischen den Zeilen, sondern in der Nr. 10 ausdrücklich, daß die »Organisierung von Antifa-Gruppen (..) nicht die Entwicklung revolutionärer Perspektiven leisten« kann. Antifaarbeit ist natürlich nicht gleichzusetzen mit revolutionärer Theorie und Praxis. Wenn aber Antifaschismus nicht dienlich ist, um eine »Entwicklung revolutionärer Perspektiven« zu leisten, was ja sehr breit gefächert ist, wessen soll er dann dienlich sein? Soll er der Modernisierung oder Reformierung der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus dienen? Soll Antifaschismus dazu dienlich sein, die Jugendlichen über den Kampf, beispielsweise gegen den Rassismus in den deutschen Schulbüchern davon abzuhalten, das Schulsystem als Ganzes, in seiner Funktion fürs Kapital in Frage zu stellen und letztendlich auch davon abhalten, dieses zu bekämpfen? Soll der Antifaschismus dazu dienen, »Brüderlichkeit und Recht und Freiheit« zu verteidigen, was ja immer das Recht und die Freiheit des Kapitals ist. Soll der Antifaschismus lediglich dazu dienen, Menschen kritisch zu machen? Es sei dahingestellt, ob sich eine antifaschistische Bewegung oder eine antifaschistische Organisation zu einer revolutionären Organisation verwandeln kann oder die revolutionären Kräfte ihre eigenständige Struktur oder Organisation entwickeln müssen. Aber die Entwicklung revolutionärer Perspektiven nicht nur zu verneinen, sondern auch ausdrücklich in der politischen Arbeit auszuschließen und somit die historische Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung zur Disposition zu stellen, ist eine grundlegende Einstellung der mit dem sich sicher fühlenden Kleinbürgertum sympathisierenden Intelligenz. Es ist die Einstellung derer, die meinen, nur weil es in der Geschichte viele Niederlagen gegeben hat, sich zurücklehnen zu können, um kritisch das Weltgeschehen zu betrachten.

Revolution ist nötig und gerechtfertigt. Dies sollten wir nicht aus den Augen verlieren, Genossen und Genossinnen.

In diesem Sinne: *»Wie soll man die Wahrheit über den Faschismus sagen, als dessen Gegner man sich bezeichnet, wenn man nichts über den Kapitalismus sagen will, der ihn erzeugt? Wie könnte eine solche Wahrheit ein praktisches Vermögen haben?«* – Bertolt Brecht

Sympathisanten der Antifa Bonn/Rhein-Sieg



SIEG REDWATCH

COMBAT GROUP 18
c/o PO Box 27C01
Raleigh NC 27622 7001 USA

well due to public demand we have decided to start sending out the redwatch again,as before all letters should be sent via our p.o.box in the states.
the jewish rag searchlight has for the past few months carried out a mccarthy style witch hunt against british nationalists getting them the sack from work or by a campaign of hat driving them from their homes.Jim white in london was sacked after it was revelled to his bosses by searchlight spy tim hepple jims part in the bnp.In the midlands searchlight has got simon chadwick sacked from his job,Mr chadwick has also suffered abusive phone calls firebombs and threats to his family.COMBAT 18 is able to expose these scum behind these vile acts and urge you to give them and the familys of this scum a taste of what it is like to be a victim of a witch hunt.

searchlights northern correspondent is a jewish solicitor (WORK NO [illegible].) he lives at [illegible] tel phone [illegible] he is a member of both ANL & SWP.
NO.2 to danny is jenny marshall [illegible] tel; [illegible].
A.F.A. is organsied by a mick newton who lives at [illegible]
HELPING PHILLPS IN THIS WITCH HUNT ARE A GROUP OF LONDON JEWS LIVING IN NOTTINGHAM ALL THE HOOK NOSED VERMIN GO TO NOTTINGHAM UNIVERSITY. they are ....

adam gersch [illegible].family are friends of gables family no.[illegible].
emma levine [illegible]
ivan pearlman [illegible].family no.[illegible]
tony rosenblatt [illegible].
sarah rubinowitz [illegible]
micheal snodgrass [illegible].
carl glover [illegible].
phillp saffer [illegible]
michelle simmons [illegible].family no.[illegible].
MARK TOBERMAN [illegible] his family live in [illegible]
this yid has made several threats about throwing acid in to ian stuarts face and petrol bombing ian's home.toberman has also helped raise money for the serbian army and has been spoted on several anti croatian demos.
justine bancroft [illegible]
berneen losden [illegible] phone;[illegible] family live in [illegible].
yvette mindel phone no. [illegible] family live in [illegible].
maurice benisty [illegible] family live in [illegible]. another jewish rambo with a grugde against ian stuart likes to tell storys of his uncle a member of the jewish 62 group.
tracey belson (no joking thats her name .) lives on [illegible] family no [illegible].

WE MUST TEACH THE JEW FOR EVERY NATIONALIST ATTCKED WE .WILL ATTACK TWO OF THEM FOR EVERY PERSON HOUNDED BY THEM WE WILL HOUND TWO OF THEM.PERISH JUDAH...

C-18 COMBAT 18 COMBAT GROUP 18

DEAD ENEMIES ARE THE BEST PROPAGANDA

THE FUTURE BELONGS TO US !

COMBAT 18

Personenliste in REDWATCH

C18 Britisches Anti-Antifa-Netz aufgedeckt

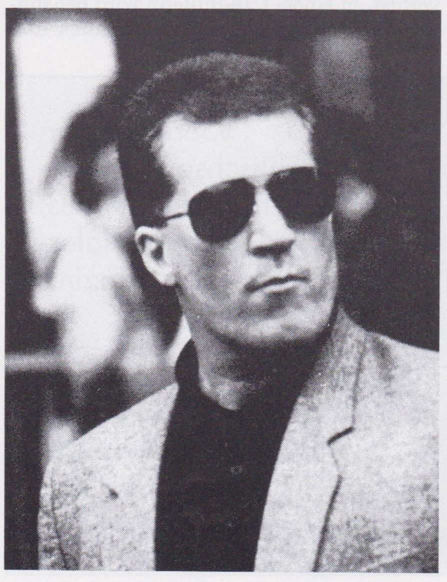
Seit Mitte letzten Jahres war England mit einer Welle von Anschlägen durch militante Neonazis konfrontiert. AntifaschistInnen gelang es, dieses Netz aufzudecken und die Schlüsselfiguren in Zusammenarbeit mit BBC World in Action öffentlich zu machen. Parallelen zur deutschen Antifa drängen sich auf.

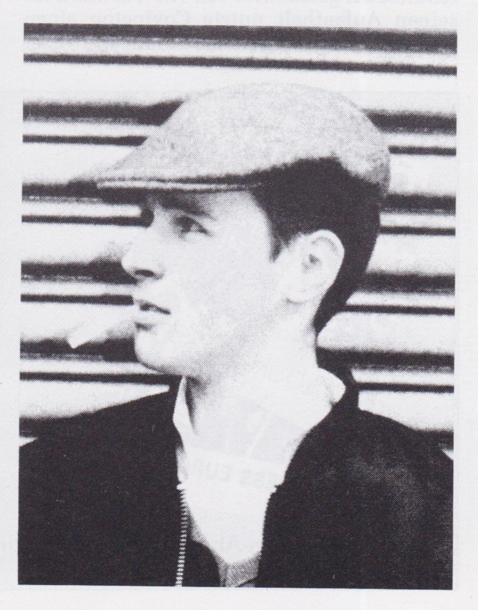
Brick Lane, im Osten von London. Leute von der Anti-Nazi-Liga vekaufen Zeitungen an einem Stand. Nachdem sich ein einzelner Faschist vergewissert hat, daß nicht mit wesentlicher Gegenwehr zu rechnen ist, stürmt eine Gruppe von ca. 20 Personen mit Flaschen, Steinen und Eisenstangen bewaffnet um die Ecke. Der Angriff dauert nur eine kurze Zeit und wird mit Präzision ausgeführt. Ein zu Boden geschlagener Mann wird mit Steinen und Flaschen eingedeckt und immer wieder wird auf seinen Kopf eingetreten. Zuvor hatte sich im August 1992 ein 60-köpfiges Kommando an Mitgliedern von Anti-Fascist Action versucht – mit weniger Erfolg. Die AFA-Leute in der Kneipe schafften es, sich die Angreifer vom Leib zu halten, konnten aber nicht verhindern, daß die Räume zerstört wurden. Ein knappes Jahr zog sich der Terror hin. JüdInnen, schwarze Familien, Anti-Apartheid-AktivistInnen, Linke bekamen Drohanrufe. Manchmal meldeten sich die Anrufer als Vertreter des britischen Ku Klux Klan. Der Terror war breit gestreut, er traf u.a. ein Reisebüro, das einen Preis für ein Anti-Apartheid-Konzert gespendet hatte, aber auch Leute, die das Pech hatten, in einer Wohnung zu leben, wo vor Jahren vielleicht ein Antifaschist oder Jude sich aufgehalten hatte. Viele Opfer ahnten nicht, daß sie auf die Anschlagsliste des C18-Blattes REDWATCH geraten und nur ein Angriffsziel unter vielen waren.

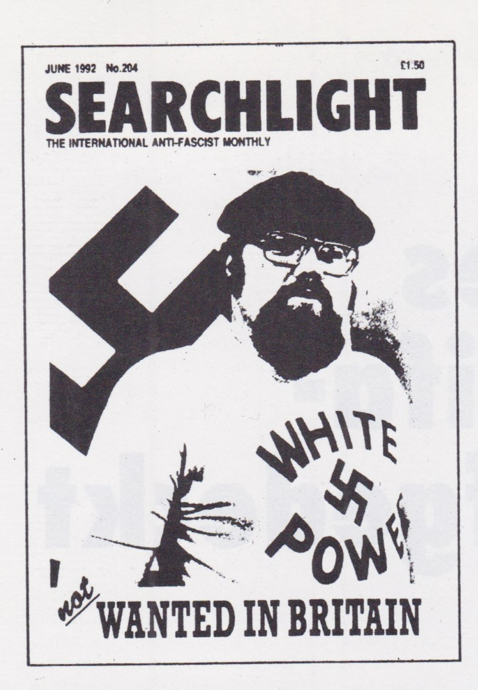
Ihre ersten Einsätze hatte C18 bei dem Schutz von Veranstaltungen der faschistischen BRITISH NATIONAL PARTY, bei denen der Auschwitz-Lügner DAVID IRVING auftrat. Den Auftakt zur Terrorwelle von C18 bildete ein Brandanschlag auf die kommunistische Zeitung Morning Star. Leuten aus einer gegenüberliegenden Kneipe, die das Feuer rechtzeitig entdeckten, war es zu verdanken, daß nicht das gesamte Gebäude in Flammen aufging. Zwei weitere Brandstiftungen gingen dann direkt auf die Veröffentlichung in der REDWATCH-Liste zurück: betroffen waren das Büro der Demokratischen Linken und das Arbeitslosen- und Nachbarschaftszentrum in Sandwell Ende November 1992. Das Nachbarschaftszentrum wurde Anfang 1993 erneut von C18 überfallen, die Fensterscheiben zerstört und die Räume verwüstet. Bei den Anschlägen wurde »C18« an die Wände gesprüht. Ähnlich verlief der Überfall auf die Büroräume und den Buchladen der anarchistischen Freedom Press. Anwesende wurden angegriffen, die Räume verwüstet und vermut-

SCHLÜSSELFIGUREN IN C 18 (v.l.n.r.): Charlie Sargent: Der »Straßen-Boss« von C 18; enger Kontakt zur UDA – Eddie Whicker: NF-Wahlkandidat und Kurier zur UDA – John Cato: Einer der Verantwortlichen für die Erstellung von »Redwatch«; leitet einen NS-Buchklub









SEARCHLIGHT enthüllt Covingtons Anwesenheit im Sommer '92

lich eine AbonnentInnen-Liste mitgenommen.

Mit Hilfe von »U-Booten« von Searchlight und aus der Jüdischen Gemeinde, die in der rechten Szene arbeiteten, gelang es schließlich, das Puzzle zusammenzusetzen und Einblick in die Struktur und Arbeitsweise von C18 zu bekommen. Als Searchlight die Anwesenheit HAROLD COVINGTONs in England aufdeckte, hatten sie noch keine Ahnung, was der US-Nazi im Einzelnen trieb. Doch das sollte sich bald herausstellen.

US-Nazi Covington in England

Covington war im Herbst 1991 nach Britannien gekommen. Seine Anwesenheit versuchte er streng geheim zu halten. Searchlight stieß im Sommer 1992 auf ihn, ironischerweise als er sich in einem »vertraulichen« Brief an seine »rassischen Kameraden« von der BRITISH NATIONAL PARTY (BNP) darüber beklagte, daß sein ebenso vertraulicher Rundbrief an die Öffentlichkeit gekommen sei. Als Vorwand für seinen Aufenthalt nutzte Covington einen Computer-Kurs; durch die Heirat mit einer Irin hat er zudem keine Aufenthaltsprobleme in EG-Ländern. Covington ist in den USA vor allem durch seine Verwicklung in das Greensboro-Massaker bekannt. Damals war er der Kopf der NATIONAL SOCIALIST PARTY OF AMERICA und hatte eine »Rassistische Einheitsfront« mit den verschiedenen KU KLUX KLAN-Gruppen aus North Carolina ins Leben gerufen. Am 3.November 1979, dem Tag einer Anti-Klan-Demonstration in Greensboro, fuhr ein Konvoi von KKK'lern und Nazis in die Stadt. Am hellichten Tage packten sie ihre Gewehre aus ihren Autos und schossen auf die DemonstrantInnen; sie töteten fünf und verletzten neun weitere. Covington war, wie immer bei solchen Anlässen, persönlich nicht vertreten.

Covington war nach der Enthüllung seines Aufenthalts in England bereits in die USA zurückgekehrt, als in britischen Faschistenkreisen das C18-Blatt REDWATCH kursierte. C18 benutzte als Kontaktadresse ein Postfach in den USA, das dem US-Nazi Covington zugeordnet werden konnte. Dadurch ließ sich für Searchlight der Bogen zu Covingtons vorheriger Anwesenheit in London schlagen. Ende 1991 war das Projekt C18 in Angriff genommen worden – das C steht für 'Combat' und die 18 für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet, also für AH/Adolf Hitler. Konkrete Formen nahm es zur Zeit der Wahlen im April 1992 an. Potentielle Rekruten für den inneren Kreis wurden per Brief zu einem Treffen in eine Londoner Kneipe eingeladen. Die neuen Mitglieder sollten sich nach weiteren Anwärtern umschauen. Diejenigen, die Infos zu zukünftigen Angriffszielen zusammentragen könnten, sollten diese an ein Postfach in die USA schicken, damit die Spur zum Herzen C18's nicht nachzuverfolgen sei. Die »Erkenntnisse« und die Mitgliedsanträge würden anschließend – hinter den Kulissen von Covington ausgewertet – an verschiedene sichere Adressen in Britannien zurückgeleitet werden.

Informationen wurden dann auch sehr breit gesammelt. Oft offensichtlich ohne Sorgfalt, denn etliche Angaben auf den C18-Listen sind veraltet oder stimmen schlicht nicht. Der Terror ist breit gestreut, er richtete sich sogar gegen einen (jüdischen) Parlamentsabgeordneten der Konservativen Partei. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß C18 über erheblich mehr Adressen verfügt. In einem C18-Bulletin wird behauptet, daß sie über mehr als 300 Namen und Adressen der Antirassistischen Allianz (ARA) verfügen. Dies ist durchaus möglich, da im Jahr zuvor bei einem ARA- Führungsmitglied eingebrochen und Unterlagen entwendet worden waren.

Perspektisch sollte, ähnlich dem Konzept der bundesdeutschen Anti-Antifa, ein Netz von C18-Zellen entstehen, die in der Lage wären, eigenständig zu agieren. Die Schläger, die sich in C18 versammelten, stammen vor allem aus der British National Party und der NATIONAL FRONT. Die Führung der BNP ist sich im klaren, daß sie ohne Leute vom Schlage des C18 ihre Veranstaltungen nicht schützen kann. Doch wie ein Aussteiger aus C18 in der BBC- Dokumentation erläutert: »Wer einmal in C18 ist, für den ist nicht mehr die BNP oder die NF maßgebend, denn in C18 läuft nichts ohne den Segen der ULSTER DEFENCE ASSOCIATION.« Die protestantische UDA wurde letzten Sommer in Nordirland verboten, ist aber in Britannien weiterhin legal. Den einfachen C18-Leuten ist die enge Verknüpfung mit der UDA jedoch nicht bekannt. Eddie Whicker, eine Schlüsselfigur in C18, hatte bei den Wahlen für die NF in Birmingham kandidiert und wurde in der letzten Zeit des öfteren bei der BNP gesehen. Er wurde dort aber nicht Mitglied, sondern sammelte für die UDA Informationen und schaute sich zwecks Neuanwerbungen für C18 um. Der C18-Abtrünnige weiß im BBC zu berichten, daß Whicker als Kurier für die UDA fungiert und sich oft in Belfast aufhält.

Covington, der mittlerweile nicht mehr, wie in früheren Jahren, in SA-Uniform herumläuft, hat sich dem Aufbau eines weltweiten Untergrundnetzes von schlagkräftigen Terrorgruppen à la C18 verschrieben. Da scheint sich einiges zu tun. In Diksmuide in Belgien beim alljährlichen internationalen Faschistentreff gab es Diskussionen über eine internationale Kampagne, die den Gegenangriff gegen AntifaschistInnen beinhalten soll – Anti-Antifa international. Der FAP'ler NORBERT WEIDNER aus dem Raum Rhein-Sieg, einer der Initiatoren der bundesdeutschen Anti-Antifa, konnte bereits einiges über deren Aktivitäten berichten. Ermutigt über die Einstellung des Bonner Ermittlungsverfahrens gegen die Anti-Antifa werden weiterhin ganz offen die »Erkenntnisse« über spätere Angriffsziele gesammelt – z.B. unter der Nr. 06131/55122 des NATIONALEN INFO-TELEFONS in Mainz. ■

SOMALIA/KANADA

Soldaten der kanadischen Luftlandetruppen, die sich als Teil der UNO-Streitkräfte in Somalia aufhalten, sind Mitglieder von Organisationen der WEIßEN VORHERRSCHAFT. Zwei sind angeklagt wegen Ermordung eines Somali, zwei weitere wegen Folter und Fahrlässigkeit im selben Zusammenhang. Untersucht wird noch die exekutionsähnliche Tötung eines unbewaffneten anderen Somali. Ein Kanadier der selben Einheiten wurde 1990 mit Hitler-T-Shirt und Hitler-Gruß photographiert. Von einem anderem ist bekannt, daß er para-militärisches Training für die in Toronto ansässige HERITAGE FRONT durchgeführt hat. Auch wurden Soldaten mit Tätowierungen des WEIßEN ARISCHEN WIDERSTANDS gesehen.

FRANKREICH

Nazi-Kongreß

Im April fand in Frankreich ein Kongreß der faschistischen Organisationen PNFE und FNE statt. Eingeladen waren auch Faschisten der deutschen FAP, der britischen BNP und einer Schweizer Faschistengruppe, vermutlich der Parti Nationaliste Suisse et Europeen (PNSE). Möglicherweise ist dieses Treffen mit Vertretern wichtiger militanter Nazi-Gruppen ein Schritt in Richtung der Gründung einer französischen NSDAP/AO. Am Kongreß teilgenommen hat auch Michel Faci (alias Leloup), der extra zu dieser Gelegenheit aus Kroatien angereist war. Pariser Koordinator für die PFNE ist Agnès Casas, zuständig auch für die Kontakte zu BNP und FAP.

NIEDERLANDE

Zunehmender Terror von Rechts

Das niederländische Faschismus-Untersuchungskollektiv (FOK) hat den dritten Jahresüberblick über rassistische und faschistische Gruppen aus den Niederlanden und ihre Aktivitäten im Jahr 1992 veröffentlicht, den wir in einer stark gekürzten und mit aktuellen Informationen angereicherten Fassung bringen. Wer sich für weitere Informationen interessiert, sei auf die Kontaktadresse am Ende des Artikels verwiesen.

Zu den wichtigsten Entwicklungen im Jahre 1992 gehört die erheblich zunehmende Gewaltbereitschaft der extremen Rechten. Im Vergleich zu den Vorjahren stiegen die Gewalttaten sprunghaft an, insbesondere Brand- und Sprengstoffanschläge sowie Körperverletzungen. Allein in Den Haag gab es eine Serie von vier Sprengstoffanschlägen. Der Bombenleger von Den Haag, Jan van Brakel, ist mittlerweile gefaßt und sitzt hinter Gittern. Der rechte Terror richtete sich gegen AusländerInnen, Flüchtlinge, Homosexuelle und Linke. Nach wie vor existiert in den Niederlanden keine starke rechtsextremistische Sammlungspartei, die etwa den Republikanern oder der französischen Front National vergleichbar wäre. Um der Zersplitterung der rechten Parteien entgegenzuwirken, bekamen die niederländischen Faschisten Unterstützung durch Filip Dewinter, den Führer des belgischen Vlaams Blok. Mit seiner Hilfe vereinbarten im letzten Jahr die größeren faschistischen Parteien CD und CP'86 ein Abkommen mit den kleineren Organisationen, wie dem Nederlands Blok (eine erst 1992 gegründete Imitation des »erfolgreichen« Vlaams Blok) und der Demokratisch Alternatief Nederland. Das Abkommen sah u.a. vor, auf einer gemeinsamen Liste zu den Europawahlen anzutreten sowie in Orten, in denen bisher keine der Parteien aktiv war, nur jeweils eine Partei zu Wahlen kandidieren zu lassen. Damit sind jedoch längst nicht alle Spannungen und Rivalitäten unter den zerstrittenen Parteien beseitigt.

CD - Centrumdemocraten

Die CD ist die größte rassistische Partei in den Niederlanden. Sie wurde 1984 nach einer Spaltung in der Centrumpartij (CP) gegründet. Die von Hans Janmaat geführte Partei hat ca. 2000 Mitglieder, Tendenz steigend. Die Zahl der aktiven Mitglieder beträgt noch keine 200. Die CD entfaltet denn auch kaum Aktivitäten. Dennoch verfügt die Partei über Sitze in Provinz- und Stadtversammlungen; der Parteivorsitzende Janmaat hält den einzigen Sitz im Parlament. Da die CD in der Vergangenheit aufgrund antifaschistischer Aktionen immer wieder Schwierigkeiten hatte, Versammlungen abzuhalten, bedient sie sich zunehmend der Hilfe von Naziskins als Saalschutz. Dank interner Querelen, die auch zu Ausschlüssen führender Mitglieder führte, war die Partei in den letzten Monaten zeitweise am meisten mit sich selbst beschäftigt.

CP'86 - Centrumpartij '86

Die CP'86 ist ebenfalls eine Abspaltung der Centrumpartij und besteht seit 1986. In Auftreten und Programmatik lehnt sich die CP'86 eng an die deutsche NPD an, mit der sie regen Austausch hat. In ihren politischen Äußerungen ist die CP'86 extremer als die CD und schlägt auch offen antisemitische Töne an. 1992 fand ein Ausbau der Kontakte zur NPD auch auf regionaler Ebene statt. Ein Beispiel ist dafür die Zusammenarbeit zwischen dem CP'86 Kreis Arnheim und dem NPD Landesverband Nordrhein-Westfalen. Im letzten Jahr nahm eine große Delegation der CP'86 am jährlichen internationalen Nazi-Treffen im belgischen Diksmuide teil. Mitglieder der Partei waren auch mit dabei, als zwei große bewaffnete Gruppen von Naziskinheads am 20. Februar 93 anti-rassistische Demonstrationen in Rotterdam und Den Haag angriffen.

ANS - Aktiefront Nationale Socialisten

Seit 1985 besteht die inzwischen verbotene ANS-Niederlande, die Teil der GdNF-Struktur ist. Zu den führenden Köpfen des niederländischen Bereiches der GdNF gehören u.a. Eite Homan und Toni Douma aus Groningen und der Alt-Nazi Gerrit Et Wolsink aus Amsterdam. Während des Prozesses, der 1990 gegen die ANS lief, kamen auch deren Verbindungen zu anderen faschistischen Organisationen, wie der CD und der Jongeren Front Nederland (JFN) zutage. Die am meisten aktiven »Stützpunkte« waren im letzten Jahr Groningen, Leeuwarden und West-Brabant. 1992 wurde der niederländische Zweig der HNG durch ANS-Aktivisten (u.a. Douma) gegründet. An der letztjährigen Hess- »Gedenkkundgebung« in Deutschland nahmen auch ANS'ler, unter ihnen Eite Homan, teil. Seit Juli 92 erscheint nach einer Pause von 1 1/2 Jahren das GdNF-Magazin »Die Neue Front«, mit Postadresse in Delfzijl, wieder regelmäßig.

Naziskins

Die Zahl der Naziskins wird auf 350-450 geschätzt. Die meisten sind Mitglieder rechtsextremer Parteien, bzw. Organisationen. Der größte Anteil fällt dabei auf die CP'86. Das einzige Naziskinmagazin heißt »Hou Kontakt« und wird von Martin van der Grind und Frankie Kattenburg vertrieben. 1986 war Kattenburg wegen Mordes an einem hippie-mäßig gekleideten Mann zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Durch das Organisieren von Konzerten versucht das Magazin interne Strukturen aufzubauen. Im Laufe der Zeit haben sich auf internationaler Ebene gute Kontakte herausgebildet. Dazu gehören u.a. die Zusammenarbeit mit Nazi-Bands (insbesondere mit No Remorse) aus dem »Blood and Honour«-Spektrum, sowie die finanzielle Unterstützung brasilianischer Naziskingruppen. Neben No Remorse nahmen noch die Nazi-Bands Squedron, Celtic Warrior, Skullhead, sowie Wiking und The Conficted (beide aus NL) an den Konzerten teil. Nach einem Skin-Treffen im letzten Jahr in Utrecht wurde ein Farbiger auf dem Bahnhof von fünf Naziskins zusammengeschlagen. Unter den festgenommenen Tätern befanden sich der ehemalige Wahlkandidat der CD und treibende Kraft des »Oi-Stuff's« Vertriebes, John van Prooyen aus Utrecht, sowie der britische Sänger von Screwdriver und »Blood and Honour«-Kopf Ian Stuart Donaldson.

Antirassistische Aktivitäten

In den Wochen um den 21. März fanden landesweit in 21 Orten antirassistische Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen statt, die von einem breiten Bündnis getragen wurden. An der zentralen Kundgebung in Amsterdam nahmen allerdings erheblich weniger Menschen als im Vorjahr teil. Trotzdem kamen immerhin 50.000 Menschen zusammen. Während der Demonstration konnte die Polizei unbehelligt Jagd auf illegale ImmigrantInnen machen, die am Rande Waren zum Verkauf anboten.

Prozeß gegen ANS-Mitglied

Am 29.April dieses Jahres fand der erste Prozeßtag gegen den 21jährigen Neonazi Gerrit Fokke Gerritsma in Leeuwarden statt. Gerritsma, der aktives ANS-Mitglied ist, hatte am 23. Januar in seinem Wohnort Bolsward bei einem Streit einen Mann, mit einem aus nächster Nähe abgefeuerten Pistolenschuß in den Hals, lebensgefährlich verletzt. Weiterhin werden ihm u.a. Verbreitung von Nazi-Propaganda, Hehlerei, Bedrohung und Mißhandlung zur Last gelegt. Der Staatsanwalt forderte in der Gerichtsverhandlung 7 1/2 Jahre Haft für den Nazi. Ein »SA Sturm Enschede« hatte zur Unterstützung des »Kameraden« nach Leeuwarden aufgerufen. Am Ende war es nur ein kleines Häufchen von Nazis, die kurzfristig vor dem Gericht erschienen. Dagegen mobilisierten AntifaschistInnen aus der Region kurzfristig zu einer Demonstration durch die Innenstadt zum Gerichtsgebäude, an der 500 Menschen teilnahmen. Vor dem Gerichtsgebäude kam es zu Übergriffen und Festnahmen gegen Antifas durch die Polizei, die das Gerichtsgebäude gegen die weitergewachsene Zahl von DemonstrantInnen abschirmte. Eine Gruppe von neun vermummten und mit Eisenstangen u.ä. bewaffneten Nazis wurde auf Drängen der Umstehenden durch die Polizei festgenommen. Unter den Festgenommenen soll sich wahrscheinlich auch Neonazi-Führer Eite Homan befunden haben. Die Urteilsverkündung (5 Jahre Knast) fand am 13. Mai statt.

Das **Fascisme-Onderzoekskollektief (FOK)** p.a. Posibus 10748 1001 ES Amsterdam kündigt an:

Die ANS-NL. Das Standbein der GdNF in den Niederlanden. Die »Kühnen-Bewegung« in den Niederlanden 1984-1992.

Voraussichtlich ab August zu beziehen über: Antifa-Versand, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin

Voraussichtlich 10,- DM plus Porto

CENTER FOR DEMOCRATIC RENEWAL

Antifa-Arbeit in den U$A



Das Center for Democratic Renewal (Zentrum für demokratische Erneuerung, CDR) ist trotz seines biederen Namens das wichtigste antifaschistische/antirassistische Dokumentations- und Koordinationszentrum in den USA, mit Kontakten zu hunderten von örtlichen Initiativen in allen Regionen des Landes. Seit Jahren dokumentiert CDR Entwicklungen in der rechtsradikalen Szene, schleust dort InformantInnen ein und berät Basisgruppen über Strategien, um Ku-Klux-Klan und anderen rechtsradikalen Gruppen vor Ort den Boden zu entziehen.

CDR sieht sich in der Tradition des linken Flügels der schwarzen Bürgerrechts-Bewegung in den USA und legt großen Wert auf "coalition building" vor Ort, d.h., auf die antifaschistische Kooperation schwarzer, jüdischer, schwulen und lesbischen, gewerkschaftlichen und explizit linken Zusammenhängen, eine Kooperation, die in den USA leider eine Seltenheit ist. Das Center verfügt über gute internationale Kontakte, in Europa vor allem zu der britischen antifaschistischen Monatszeitung Searchlight und war am 9. November letzten Jahres an der Mobilisierung für Protestaktionen an deutschen Botschaften und Konsulaten in mehreren, nordamerikanischen Städten beteiligt.

Das Center wurde 1979 unter dem Namen National Anti-Klan Network gegründet, nachdem der rassistische Geheimbund Ku-Klux-Klan in den Jahren zuvor ein aufsehenerregendes Comeback feiern konnte und innerhalb weniger Monate bei Angriffen auf antirassistische Demonstrationen fünf Menschen ermordete und zahlreiche verletzte. Als während der 80er Jahre der KKK seine führende Rolle in der rechtsradikalen Szene der USA allmählich einbüßte (andere Strömungen, wie offen nazistische Organisationen, Skinheads oder rechtspopulistische Gruppen und Einzelpersonen gewannen an Gewicht), benannte sich das Network in Center for Democratic Renewal um.

"When Hate Groups Come to Town": A Handbook of Effective Community Responses

Die internationale Vernetzung antifaschistischer Initiativen hinkt noch immer hinter der internationalen Kooperation alter und neuer Nazis hinterher. Das vor kurzem von einem CDR-AutorInnenkollektiv veröffentlichte Handbuch bietet, obwohl es sich in erster Linie an ein US-amerikanisches Publikum richtet, auch für europäische AntifaschistInnen einen ausgezeichneten, in leicht verständlichem Englisch geschriebenen Einblick in die rechtsradikale Szene in den USA und die dortigen Debatten über antifaschistische Strategien.

In einem ersten Hauptteil gibt es einen knappen, aber umfassenden Überblick über die rechtsradikale Szene in den USA, mit kurzen Kapiteln über die wichtigsten Strömungen, Organisationen und Führungskader (dem Buch liegt ein plakatgroßes Diagramm über entsprechende Verflechtungen bei). Leider enthält das Handbuch wenig Informationen über internationale rechtsradikale Querverbindungen.

CDR betont wiederholt, daß organisierte Rechtsradikale nicht als extremistische Randerscheinungen betrachtet werden sollten, sondern deren historische und aktuelle Rolle als "Stichwortgeber" für den institutionalisierten Rassismus des US-amerikanischen "mainstreams" analysiert (und bekämpft) werden muß. Insofern ist der Titel des Handbuchs etwas unglücklich gewählt: "Haßgruppen" (ein in den USA gängiger Begriff, der rassistische, antisemitische, frauen- und schwulen/lesben-feindliche Strömungen zusammenfaßt) kommen eben nicht quasi von außen "in die Stadt", sondern sind dort längst präsent.

Nach der weitgehenden Zerschlagung bewaffneter faschistischer Gruppen Anfang der 80er Jahre durch das FBI hat die radikale Rechte in den USA die Bandbreite ihrer Strategien bedeutend ausgeweitet: Vor allem Wahlkandidaturen wie die des rechtsradikalen David Duke (siehe Konkret 3/1992) und die Kooperation mit christlichen Fundamentalisten haben an Bedeutung gewonnen. Entsprechend ausgeweitet haben sich auch die Diskussionen in antifaschistischen Initiativen um Gegenstrategien, die den Schwerpunkt des Handbuch bilden.

Das Handbuch schöpft aus dem reichhaltigen Erfahrungsschatz des CDR und diskutiert anhand von erfolgreichen oder mißlungenen Fallbeispielen die Vor- und Nachteile (jeweils auf die konkrete Situation bezogen) der verschiedenen Vorgehensweisen in der antifaschistischen Praxis: von juristischen Schritten und gesetzlichen Regelungen gegen rechtsradikalen Terror, bis zu den Aktionen anti-rassistischer Skinheads, von der Arbeit im US-amerikanischen Farmgürtel oder in kirchlichen Initiativen, bis zur Verteidigung von indianischen Communities oder arabischer EinwanderInnen, gegen rechtsradikale Angriffe und Hetzkampagnen. Obwohl z.B. die Erörterung juristischer Schritte nicht unmittelbar auf BRD-Verhältnisse übertragbar ist, bietet das Handbuch doch einen guten Einblick in die US-Diskussion.

Das Buch enthält eine Fülle von detaillierten praktischen Tips (von der Einrichtung antifaschistischer Archive bis zu Sicherheitsvorkehrungen bei der Antifa-Recherche) und einen ausführlichen Anhang mit Adressen antirassistischer und antifaschistischer Gruppen und Institutionen in den USA, sowie eine Literaturliste.

Center for Democratic Renewal: When Hate Groups Come to Town: A Handbook of Effective Community Responses. Atlanta 1993 (190 Seiten Großformat) Das Handbuch ist für 25 US-$ (einschl. Porto) beim CDR, P.O. Box 50469, Atlanta, GA 30302 erhältlich.

USA

Aus den USA finanziert die NSDAP/AO die Moskauer Zeitung UNSER MARSCH, herausgegeben von der VEREINIGUNG DER RUSSISCHEN JUGEND.

Die Sendung »Rasse und Vernunft«, die die NSDAP/AO mit Herb Poinsett produziert, wird wöchentlich über Kabel- TV in Tampa/Florida und in New York City ausgestrahlt.

ÖSTERREICH

Honsiks Druckerei aufgeflogen

Der Auschwitz-Lügner Gerd Honsik und Herausgeber des Hetzblattes HALT wird sein neues »Enthüllungsbuch« über die Antifa und den »Wiedergutmachungsbetrüger Szymon Wizenthal« nicht der Öffentlichkeit präsentieren können. Die Druckerei in Österreich wurde entdeckt und ein Großteil der Auflage beschlagnahmt. Der Schaden geht voll zu Ungunsten von Honsik (bzw. seines Geldgebers), da er Druck und Binden bereits im Voraus bezahlt hatte. Bei der Druckerei handelt es sich um »Kubart«, Wien 8, bei der Binderei um »Papyrus«, Wien 23.

Da wir auch in Zukunft nicht darum herumkommen werden,uns mit seiner Person zu beschäftigen, geben wir einige Daten aus Honsiks Nazi-Karriere wieder, die 1987 in der österreichischen Zeitung »Volksstimme« veröffentlicht wurden:

Honsik ist am 10.10.41 geboren. Seine Mutter war überzeugte Nationalsozialistin und Witwe eines SS-Offiziers. Einer seiner Onkel wurde nach dem Krieg hingerichtet, er war KZ-Kommandant bei Krakau gewesen (in Steven Spielbergs neuen Film geht es auch um diesen ehemaligen Leiter des KZ Placzow - Infobl.).

Honsik flog vom Gymnasium, weil er mehrmals beim Hakenkreuzschmieren erwischt worden war. Eine Berufsausbildung hat er nicht gemacht. Der arbeitslose Hotelportier gibt heute als Berufsbezeichnung »Schriftsteller und Journalist« an.

Im Mai 1962 stand Honsik als Hauptangeklagter zusammen mit vier anderen Jugendlichen vor Gericht. Er ließ sich von seinen Mitstreitern als »Führer« anreden und hatte Briefe an Zeitungsredaktionen mit WERWOLF unterzeichnet. Die Gruppe hatte verschiedene Aktionen durchgeführt: Unter Honsiks Anleitung wurde am 28.5.61 ein »selbstgebastelter Böller« vor die italienische Botschaft geworfen, am 14.6.61 entfernte Honsik einen von Chruschtschow vor die Gedenktafel für die österreichischen Widerstandskämpfer niedergelegten Kranz, am 25.7.61 legte die Gruppe einen »selbstgebauten Knallkörper« vor dem Lokal der Fluggesellschaft Alitalia ab, am 8.10.61 schoß Honsik aus einem fahrenden PKW auf die italienische Botschaft, am 28.11.61 feuerte er mit einer Pistole auf das Parlament.

Honsik bei seiner Festnahme: Er wolle das »österreichische Marionettenregime« stürzen, jeden, der sich ihm in den Weg stelle, wolle er niederschießen. Im Knast machte Honsik den Versuch, sich Hitlers »Mein Kampf« schicken zu lassen.

Das Urteil wurde am 30.5.62 gesprochen: von den angeklagten Nazis bekam Honsik die höchste Strafe, vier Jahre verschärften Kerker.

Der Mitangeklagte GÜNTHER KÜMEL, der zu zehn Monaten strengem Arrest verurteilt worden war, erschlug 1965 bei einer antifaschistischen Demonstration den Kommunisten Ernst Kirchweger.

Nach seiner Haftentlassung exponierte sich Honsik bis Anfang der 70er Jahre nicht, was nicht bedeutet, daß er sich nicht bei rechtsradikalen Gruppen oder Burschenschaften herumtrieb.

Am 21.4.72 warf Honsik bei der Filmvorführung des Bunuel-Films »Viva la muerte« im Wiener Künstlerhaus und am 25.5.72 im Journaldienstzimmer der Bundespolizeidirektion selbstgebastetelte Knallkörper. Das brachte ihm eine 15monatige Haftstrafe ein, der er entgehen wollte, indem er bei der spanischen Botschaft um Asyl nachsuchte; dies wurde abgelehnt.

Die Aufstellung einer militanten Einsatzgruppe der NDP(Nationaldemokratische Partei, später wegen »Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus« verboten) bringt Honsik 1976 einen Platz im Bundesvorstand der Partei. Die NDP war ihm jedoch nicht radikal genug. Auf die RAPID-FRONT, die er zusammen mit Leuten der ANR (Aktion Neue Rechte, 1985 aufgelöst) gründete und die vor allem bei Fußballspielen agitierte, folgte 1980 die AUSLÄNDER-HALT-BEWEGUNG. Die erste Nummer des Honsik-Blatts HALT erschien im Dezember 1980. Die Zeitung macht Honsik fast allein; sie erscheint meist sechsmal jährlich und war von Anfang an darauf ausgerichtet, Schüler für den Faschismus zu gewinnen. An 15.000 Adressen von Schülern, Schulsprechern und Lehrern wurde »Halt« umsonst geschickt.

Am 18.11.84 riefen DIE VOLKSBEWEGUNG und die GRÜNE BEWEGUNG zur Formierung der NATIONALEN FRONT auf, bei der Gründungsversammlung sprach auch Honsik (über »Vorschläge zur Beseitungung des Systems«). Die straff organisierte Kaderpartei NATIONALE FRONT zählt 350 Personen zu ihren Mitgliedern und 4000 sympathisierende Altnazis (Stand 1987).

Auf einem Aufkleber der NATIONALEN FRONT, in ganz Österreich verbreitet, stand zu lesen:

»Alle Lehrer Österreichs, die, den Auftrag der Siegermächte erfüllend, die Verbrechen am deutschen Volk leugnen und gleichzeitig mit den ihnen anvertrauten Schülern nach Mauthausen pilgern, um dem Gasbetrug zu huldigen, werden, wenn wir die Macht gewinnen, durch ein Gesetz mit rückwirkender Kraft zu Verbrechern erklärt und so lange am Halse aufgehängt, bis daß der Tod eintritt!«

Zur finanziellen Situation schreibt die »Volksstimme«: Honsik gibt an, von seinen Gedichtbüchern zu leben. Die Herausgabe von »Halt« dürfte ihn aber jährlich mindesten eine Viertelmillion Schilling kosten.

Ochensberger zurück in der Heimat - hinter schwedischen Gardinen

Jetzt hat ihn die österreichische Justiz wieder, obwohl sie ihn nicht wollte. Trotz einer zweijährigen Haftstrafe, die sie wegen Wiederbetätigung im letzten Jahr ausgesprochen hatte, hatte sie keinen internationalen Haftbefehl gegen Ochensberger ausstellen lassen. Dies wiederum mußten die bundesdeutschen Behörden feststellen, nachdem sie diesen bei seiner Rückehr aus Litauen festgesetzt hatten. Die BRD, nach den Morden von Mölln international eh verstärkt Vorwürfen wegen ihrer mangelnder Initiative gegenüber den Faschisten ausgesetzt, wollte sich nicht noch den notorischen Auschwitz-Lügner unterjubeln lassen und drängte auf Aktivität von seiten Österreichs.

Nun wird erst mal nichts aus seiner geplanten nächsten Hilfsaktion für die »Deutschen im Memelland und die Rußlanddeutschen in Nordostpreußen«, von der er in einem seiner schwülstigen Briefe aus dem Kieler Knast schrieb. Wird da das DEUTSCHE ROTE KREUZ traurig sein, wo doch der »Patriot« Ochensberger das letzte Mal die Hilfsgüter für das DRK transportiert hatte?

dazu reinnehmen: FaxFoto: Der stolze Patriot bei der Rückehr in den Knast Feldkirch

GdNF-Bereich Österreich

Der Prozeß wegen Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus gegen den Bereichsführer der »Ostmark« GOTTFRIED KÜSSEL wird im Juli fortgesetzt.

Ebenfalls im Juli wird gegen den alten »Gauleiter« von Salzburg GÜNTER REINTHALER verhandelt.

Der stolze Patriot bei seiner Rückkehr in den Knast Feldkirch





Ersatzlose Streichung des § 218 !!!